

Politische Themen

(Die besetzten Länder der Muslime)

Politische Themen

(Die besetzten Länder der Muslime)

Dieses Buch ist von

Hizb-ut-Tahrīr

herausgegeben worden

Dār al-Umma-Verlag

Druck – Veröffentlichung - Verteilung

PF 135190

Beirut – Libanon

Inhalt

Einleitung	5
1. Palästina	7
Das Zögern der Bush-Administration, in die Palästinafrage einzugreifen	15
Die Ereignisse des 11. September schoben die Palästinafrage in die Hinterreihen	15
„Israel“ bezeichnet den palästinensischen Widerstand als Terror	16
2. Kaschmir	30
3. Tschetschenien	41
Die amerikanische Position	45
Die europäische Position.....	46
4. Afghanistan	49
5. Zypern	59
6. Der Sudan	73
7. Der Irak.....	87
Die europäische und russische Position.....	100
Die britische Position	103
Anhang.....	107

Im Namen Allahs, des Erbarmungsvollen, des Barmherzigen

Einleitung

Dieses Buch untersucht die Themen sieben der besetzten Länder der Muslime, die im ersten Viertel des Jahres 1425 n. H. – ungefähr Mitte des Jahres 2004 n. Chr. (1.3.1425 n. H./ 21.5.2004 n. Chr.) – am deutlichsten hervorgetreten sind. Diese sind: Palästina, Kaschmir, Tschetschenien, Afghanistan, Zypern, Südsudan und der Irak.

Bei diesem Buch handelt es sich nicht um eine historische Untersuchung dieser Gebiete, auch wenn es eine solche beinhaltet. Ebenso ist es keine geographische Erörterung zu diesen Ländern, wenngleich es geographische Themen berührt. Vielmehr handelt es sich dabei um eine Ermahnung an die Muslime, dass ihren Ländern vom Rande her zu Leibe gerückt wird – und nicht nur das, hat doch der Angriff bereits ihr tiefstes Inneres, ihr Herz und ihre Lebensorgane erfasst.

Das Buch ermahnt die Muslime, dass die Völker über sie hergefallen sind, doch nicht etwa wegen ihrer geringen Zahl – denn zahlenmäßig sind sie durchaus viele –, sondern wegen der Schwäche, die sie befallen hat.

Es ist auch eine Ermahnung an sie, dass sie den hintersten Rang unter den Nationen eingenommen haben, nachdem sie einmal an vorderster Stelle standen. Sie stehen heute am Rand der Ereignisse, wo sie doch früher diese geführt und hervorgerufen haben.

Das Buch stellt einen Aufruf an sie dar, sich vom finsternen Schleier der westlichen Kultur und von ihrer dekadenten Geistesbildung durch das strahlende Licht des Islam zu befreien. Denn wo Licht und Helligkeit sind, kann keine Finsternis sein.

Darüber hinaus ist es ein an das Gehör der Muslime gerichteter Aufschrei, dass der Verlust ihrer Länder durch drei Faktoren verursacht wurde:

Der erste und folgenschwerste für sie war der Verrat der Herrscher in den islamischen Ländern und ihre treue Verbundenheit mit den ungläubigen Kolonialherren.

Der zweite Faktor war, dass die Muslime es vernachlässigten, die Herrscher zur Rechenschaft zu ziehen. Sie schwiegen zu deren Untaten und setzten sich nicht für ihre Veränderung ein.

Der letzte Faktor mit dem geringsten Anteil ist der des klaren, offenkundigen, ungläubigen Feindes.

Nach alldem ist das Buch eine Einladung, ein Aufruf an die Muslime, die Hilfeschreie der Frauen, der Alten und Kinder zu erhören und auf die schlimmen Verletzungen von Ehre und Unantastbarkeiten sowie auf die Schrecklichkeiten der Folterkerker endlich zu reagieren.

Es ist ein Aufruf, der das Blut in den Adern zum Sieden bringen und die Herzen mit Zorn erfüllen soll, damit ein aufrichtiger Wille und eine starke Entschlossenheit daraus

erwachsen und sich die Seelen nach einem würdevollen Leben im Diesseits und einem ewigen Wohlergehen im Jenseits sehnen.

Es ist auch ein Aufruf an jeden, der ein Herz im Leibe hat, der hört und somit zum Zeugen wird, dass er sich mit stählernem Willen für die Wiedererrichtung des **Rechtgeleiteten Kalifats** einsetzt, ohne zu erweichen oder willensschwach zu werden, bis Allah ihn siegreich unterstützt oder er dabei untergeht. Und wer solche Eigenschaften aufweist, dem ist – so Gott will – die siegreiche Unterstützung gewiss.

Ebenso ist das Buch ein Aufruf, den rechtgeleiteten Kalifen aufzustellen, hinter dem man kämpft und durch den man sich schützt, damit er Länder und Völker rettet, bevor das Unglück größer und schlimmer wird.

Schlussendlich ist es ein lauter Aufschrei aus den besetzten Ländern der Muslime an alle mit Verstand: „*O mein Mu^ʿtasim, o mein Kalif!*“

Und Allah ist wahrlich der Starke, der Unbesiegbare.

1.

Palästina

Palästina wurde zur Perle in der islamischen Geschichte, seitdem Allah, der Erhabene, es mit dem Heiligen Haus in Mekka mit einem Strang verband, als Er Seinen Gesandten (s) die Nachtreise (*al-Isrāʾ*) von der heiligen Moschee (in Mekka) zur Al-Aqsa-Moschee (in Jerusalem) unternehmen ließ.

﴿سبحان الذي أسرى بعبده ليلاً من المسجد الحرام إلى المسجد الأقصى الذي باركنا حوله﴾

„Gepriesen sei Derjenige, Der des Nachts seinen Diener von der heiligen Moschee zur fernen Moschee (Al-Aqsa), deren Umgebung Wir gesegnet haben, hinführte.“¹ Allah ließ diesen Boden somit zu einem guten, gesegneten Boden werden. Was die Herzen der Muslime noch stärker mit Jerusalem, dem Zentrum Palästinas, verband, war die Tatsache, dass Allah es zu ihrer ersten Gebetsrichtung (*Qibla*) machte, bevor Er ihnen die zweite Gebetsrichtung zur heiligen Kaaba hin 16 Monate nach der Hidschra vorschrieb. Dies geschah, bevor Palästina durch den zweiten Kalifen ^c*Umar Ibn al-Ḥaṭṭāb* (r) unter islamische Herrschaft kam, der es im Jahre 15 nach der Hidschra für den Islam eröffnete. Er bekam die Stadt von Sophronius überreicht und gab ihm das berühmte ^cUmar'sche Versprechen, das – auf Wunsch der Christen hin – unter anderem besagte, dass „keine Juden mit ihnen in der Stadt leben“.

Palästina war also eine Perle in der islamischen Geschichte – vor und nach dessen Eröffnung. Es stellte den Schwerpunkt der islamischen Länder dar: Immer wenn ein Aggressor es anzugreifen versuchte, zerschellte er daran, wie lange seine Aggression auch andauerte. So war Palästina das Grab der Kreuzritter und Tataren, und – so Gott will – wird es auch das Grab der Juden werden, der Feinde Allahs. Dort fanden die entscheidenden Schlachten gegen die Kreuzritter und Tataren statt: die Schlacht von *Ḥiṭṭīn* (583 n. H./ 1187 n. Chr.) und die Schlacht von ^c*Ain Ḡālūt* (658 n. H./ 1260 n. Chr.). Es werden auch noch andere entscheidende Schlachten gegen die Juden folgen, um Palästina in reiner und vollkommener Weise den Stätten des Islam zurückzuführen.

Die Palästinafrage begann sich in der Neuzeit seit der Regierungsperiode des Kalifen Abdulhamid II. politisch zu bewegen, als einige Führungspersonen unter den Juden in Zusammenarbeit mit den damaligen Staaten des Unglaubens, insbesondere Großbritannien, bestrebt waren, sich ein Standbein in Palästina zu schaffen. Dabei versuchten sie die Finanzkrise des osmanischen Staates auszunutzen. So machte Theodor Herzl, ein damaliges Oberhaupt der Juden, 1901 das Angebot, im Gegenzug dafür der osmanischen Staatskasse Finanzmittel zukommen zu lassen. Der Kalif Abdulhamid lehnte ein Treffen jedoch ab und machte dem Oberrabbi gegenüber seine berühmte Aussage, die dieser an Herzl weiterleiten sollte: „Gebt Dr. Herzl den Ratschlag, in dieser Sache keine ernsthaften Schritte zu unternehmen. Nicht einmal einen Handbreit vom Boden Palästinas könnte ich abtreten. [...] Dieser Boden gehört nämlich nicht mir [...], sondern ist Eigentum der islamischen Umma. [...] Mein Volk hat für diesen Boden gekämpft und ihn mit seinem Blut getränkt. [...] Sollen die Juden ihre Millionen doch behalten [...]. Wenn der **Kalifatsstaat** eines Tages zerrüttet

¹ Sure *Al-Isrāʾ* 17, Aya 1

werden sollte, so können sie Palästina dann ohne Entgelt an sich reißen. Solange ich aber am Leben bin, ist es mir lieber, wenn das Seziermesser meinen Körper zerstückelt, als dass ich es mit ansehen müsste, wie Palästina vom **Kalifatsstaat** abgetrennt wird. Und dies wird wahrlich nicht geschehen. Ich kann meine Einwilligung nicht dafür geben, dass unsere Körper seziert werden und wir noch am Leben sind.“ Seine Befürchtungen haben sich bewahrheitet, möge Allah seiner Seele gnädig sein. Nachdem das **Kalifat** zerstört wurde, kamen Vasallenherrscher in den islamischen Ländern an die Macht, die den Juden die Besetzung Palästinas ermöglichten. Mehr noch: Sie ermöglichten ihnen sogar, andere Gebiete an sich zu reißen.

Nach dem Ende der Besetzung Jerusalems durch die Kreuzritter und nach dessen Befreiung von ihrer Schändlichkeit am 27. *Rağab* 583 n. H., dem 2. Oktober 1187 n. Ch., blieb die Gier der Ungläubigen, die dem Islam hasserfüllt entgegenstehen, jedoch weiterhin bestehen. Sie trugen ihren Hass gegen die Muslime und ihre Länder und vor allem gegen Palästina weiterhin in ihrem Herzen. Als sie während des Ersten Weltkriegs am 11. Dezember 1917 in Palästina neuerlich eindringen, erklärte der britische General Allenby, Befehlshaber der alliierten Streitkräfte: „(Erst) heute sind die Kreuzzüge beendet!“ Somit betrachtete er das osmanische **Kalifat** als ein Fortbestehen jener Muslime, die die Kreuzritter vor acht Jahrhunderten besiegt hatten. Mit dem Sieg der Engländer über das **Kalifat** und ihrer Besetzung Palästinas haben sie die Kreuzritter in die Länder der Muslime zurückgebracht, wo sie – ihrer Meinung nach – für immer bleiben und nie wieder besiegt werden.

Noch im gleichen Jahr, am 2. November 1917, gaben die Briten eine Deklaration ab, die den Namen ihres damaligen Außenministers „Balfour“ trug. Darin verpflichtete sich Großbritannien, den Juden die Besetzung Palästinas zu ermöglichen und dort einen eigenen Staat zu gründen.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Zerstörung des **Kalifats** gründeten die Siegermächte den so genannten „Völkerbund“, der 1922 die britische Protektorsurkunde über Palästina erließ. Zu deren Artikeln zählte, dass Großbritannien die Balfour-Deklaration erfüllt.

Großbritannien begann nun Maßnahmen zu ergreifen, die die Juden in die Lage versetzten, aus aller Herren Länder nach Palästina zu kommen. Sie wurden von den Briten ausgebildet und bewaffnet. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden die Vereinten Nationen, und am 29. Oktober 1947 kam es zum Teilungsbeschluss, der von der Generalversammlung als Resolution Nr. 181 erlassen wurde. Dieser Beschluss teilte Palästina zwischen seinen Einwohnern und den Aggressoren auf. Nachdem Großbritannien die Angelegenheit vollkommen vorbereitet hatte, fasste es den Entschluss, den größten Teil Palästinas den Juden zu übergeben und dort einen Staat für sie zu gründen. Um diesen Plan durchzuführen, wurde ein bestimmtes Szenario inszeniert: Die Briten hielten zwischen den Juden und den arabischen Vasallenherrschern – damals sieben an der Zahl - einen Scheinkrieg ab, mit dem Argument, die Juden an ihrer Staatsgründung zu hindern. Das Ergebnis sollte den Anschein erwecken, dass es die Juden geschafft hätten, die sieben arabischen Armeen zu besiegen. Damit gaben sie den Juden – die mit Erniedrigung und Elend beschlagen sind – den Nimbus von Stärke und Mut, der ihnen tatsächlich nicht zusteht. Es war eine Donation durch die Kriegsflucht verräterischer Vasallen, damit die Juden

sodann verkünden konnten, sie hätten sieben Armeen zurückgeschlagen, in einem Krieg, den sie nunmehr als „Unabhängigkeitskrieg“ bezeichneten. Und am 15. Mai 1948 wurde ihnen ein Staat proklamiert.

Die ungläubigen Staaten beeilten sich daraufhin, dieses entstellte Gebilde eines Staates anzuerkennen. Die damaligen Großmächte – die USA, Russland, Großbritannien und Frankreich – konkurrierten regelrecht um dessen Anerkennung. Danach wetteiferten die ungläubigen, kolonialistischen Staaten, die einen Einfluss in dieser Region hatten, miteinander, um Pläne für das Palästina-Problem, das sie später als „Nahostkrise“ bezeichneten, zu entwickeln. All diese Pläne dienten den eigenen Interessen dieser Staaten, um den Judenstaat zu behüten und ihm ein Gewicht in der Region zu verleihen, das das Gewicht aller anderen Staaten in der Region übertrifft.

Der ungläubige Westen erreichte durch die Behütung des Judenstaates, als eingepflanzter giftiger Dolch im Herzen der islamischen Länder, mehrere Ziele:

1. Er schuf zwischen den Muslimen in diesem Gebiet einen Fremdkörper, der ihre Verbindung unterbricht und ihren Zusammenschluss in die Ferne rücken lässt.

2. Er beschäftigte die gesamte Region mit dem Kampf gegen die Juden und versuchte, die Muslime dadurch von ihrer eigentlichen Auseinandersetzung mit dem ungläubigen Westen, der das **Kalifat** zerstört hatte, abzulenken. Bevor den Juden die Gründung eines Staates in Palästina ermöglicht wurde, war es ein (offener) Kampf zwischen den Muslimen und dem Westen. Mit der Besetzung Palästinas durch die Juden konzentrierte sich der Kampf nunmehr auf dieses Usurpationsgebilde, und der Kampf gegen jene, die es gegründet hatten, trat in den Hintergrund.

3. Gleichzeitig entledigte sich der Westen des Judenproblems in seinen Ländern. Die Juden sind bekannt für ihre Schlechtigkeit und Unheilstiftung, wo immer sie sich niederlassen. Dem amerikanischen Präsidenten Benjamin Franklin war dieser Umstand bewusst, als er in einer Rede vor dem Gründungskongress zur amerikanischen Verfassung 1789 dem amerikanischen Volk Folgendes riet: *[...] Eine große Gefahr bedroht die Vereinigten Staaten von Amerika; es ist die Gefahr der Juden. Wo immer sie sich niederlassen, senken sie das Niveau von Moral und wirtschaftlicher Aufrichtigkeit. [...] Sie sind Blutsauger und Gelderpresser [...]. Ich warne euch, verehrte Herren, wenn ihr die Juden nicht endgültig rauswerft, werden euch eure Kinder und Kindeskinde in euren Gräbern verfluchen. [...]*

Auf diese Weise errichtete der ungläubige Westen dieses Krebsgeschwür in den Ländern der Muslime. Zwischen den ungläubigen westlichen Staaten – vor allem zwischen den USA, Großbritannien und später Europa - folgte daraufhin eine heftige internationale Auseinandersetzung um Palästina. Die Auseinandersetzung dehnte sich über die Palästinafrage hinweg aus, um schließlich die gesamte Region zu erfassen. Denn Palästina blieb in den Herzen der Muslime lebendig – ein Einflusszentrum für alle arabischen Nachbarstaaten. Das Problem dehnte sich sogar auf die restlichen, nichtarabischen Länder der Muslime aus.

Nach dem Teilungsbeschluss von 1947 und der Gründung eines Jüdengebildes im Jahre 1948, das den Boden Palästinas besetzt hielt, folgten nacheinander internationale

Resolutionen, denen allesamt ein gemeinsamer Aspekt innewohnte: der Erhalt des Jüdengebildes und seine Unterstützung mit allen Faktoren der Stärke. Dies zu dem, was die Seite der Juden betrifft. Doch was die Seite der Araber anlangt, so war es die „menschliche“ Lösung des Flüchtlingsproblems: wo sie sich niederlassen sollen und ihre Beziehung zu den arabischen Staaten, in die sie geflüchtet sind. Alle Resolutionen gingen nunmehr von diesen beiden Aspekten aus: 1. das Jüdengebilde ist real vorhanden und darf nicht angetastet werden, vielmehr soll danach gestrebt werden, eine Anerkennung seitens der arabischen Herrscher zu erlangen; 2. die „humanen Rechte“ der Palästinenser, indem die Situation der Flüchtlinge durch ihre Ansiedelung entweder im Rest von Palästina oder in den arabischen Staaten geregelt wird. Auch sollten ihre Beziehungen zu ihren Gastländern geordnet werden.

War der Teilungsbeschluss vom 29. November 1947 die Vorbereitung für die „legale“ Grundlage des Jüdenstaates, so war seine Aufnahme als Mitglied der Vereinten Nationen am 28. März 1949 die internationale legale Untermauerung seiner Existenz.

Großbritannien, mit seiner hinterlistigen politischen Tücke, war der Ansicht, dass ein säkularer, demokratischer Staat in ganz Palästina entstehen sollte: in Palästina, das 1948 besetzt wurde, und im Rest von Palästina, dem Westjordanland, das damals Jordanien angeschlossen war, und dem Gazastreifen, der unter ägyptischer Verwaltung stand. Das gesamte Gebiet sollte zu einem palästinensischen Staat auf demokratischer Grundlage – gleich dem Libanon – vereint werden. Die Herrschaft in ganz Palästina sollte somit – unter Einbeziehung einiger muslimischer und christlicher Minister – den Juden gehören. Dieser Staat, den die Juden de facto regieren, sollte ein Mitglied in der Arabischen Liga und somit von der Region akzeptiert werden. Die Briten waren der Ansicht, dass diese Lösung den Verbleib der Juden als aktiven Faktor in der Region garantiert. Wenn sie sich jedoch in einem eigenen Staat absondern, bleiben sie in den Augen der Muslime für immer Feinde und werden früher oder später vernichtet, wie es auch mit den Kreuzrittern geschah. Auch viele der jüdischen Politiker waren davon überzeugt und strebten ebenso diese Lösung an. Großbritannien bereitete diese Lösung auch vor, indem es zwischen den Juden und den arabischen Herrschern – die damals in ihrer Gesamtheit britische Vasallen waren – Friedensverträge abschließen wollte. Danach sollte das Problem in der dargestellten Weise gelöst werden.

Nachdem jedoch die diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten für den Nahen Osten im Jahre 1950 unter der Führung von George Magy, dem damaligen Staatssekretär für Nahostfragen im amerikanischen Außenministerium, in Istanbul zusammenkamen, beschlossen die USA, mit ihrem ganzen Gewicht in die Region einzudringen. Die Lösung aller „heißen“ Fragen wollten sie nun selbst in die Hand nehmen, und zwar ohne Großbritannien und als sein Substitut. Zu den Beschlüssen dieser Konferenz gehörte: „Die Unterstützung der Vereinten Nationen bei der Umsetzung des Planes zur Teilung Palästinas in zwei Staaten, einen arabischen und einen jüdischen Staat, und die Lösung des Flüchtlingsproblems.“ Die USA begannen nun, die Umsetzung dieses Planes in Angriff zu nehmen. Sie versuchten die Politiker der Juden davon zu überzeugen, dass ein eigener jüdischer Staat besser imstande sei, ihren Verbleib in Palästina zu gewährleisten, als wenn sie sich zu anderen dazuintegrieren und dann assimiliert würden. Die Araber würden schließlich die Herrschaft in Palästina zurückerlangen. Jedoch ermöglichte der große politische Einfluss Großbritanniens auf die früheren Politiker der Juden – wie etwa Ben Gurion – und ihr

Ehrgeiz, ganz Palästina an sich zu reißen, den Amerikanern anfänglich nicht, in ihrem Plan erfolgreich voranzuschreiten.

Im Jahre 1959, am Ende der Ära Eisenhower, adoptierten die USA ihren Plan mit Nachdruck und etwas genaueren Ausführungen. Zusammenfassend sah er vor, dass im Westjordanland und Gazastreifen ein palästinensisches Staatsgebilde entstehen sollte. Jerusalem sollte einen internationalen Status erhalten, und das Problem der palästinensischen Flüchtlinge sollte dahingehend gelöst werden, dass ein kleiner Teil von ihnen in das von Israel besetzte Palästina zurückkehren sollte, während die überwiegende Mehrheit eine Entschädigung erhalten und außerhalb Palästinas angesiedelt werden sollte. Gamal Abd el-Nasser, dem amerikanischen Hauptagenten in der Region, wurde die Umsetzung dieses Planes übertragen. Ebenso wurde der zweite amerikanische Agent Abdulkarim Qasim im Irak mit dessen Umsetzung betraut. Letzterer rief dazu auf, eine palästinensische Republik zu gründen und die palästinensischen Einwohner zu rekrutieren, um ihr Land zu „retten“. Die palästinensische Oberbehörde wurde kontaktiert und vereinnahmt. König Saud – ebenfalls amerikanischer Agent – wurde beauftragt, König Hussein von Jordanien zu kontaktieren und Druck auf ihn auszuüben, um ihn dazu zu bewegen, mit diesem Plan mitzuziehen. Die Presse begann in sehr auffälliger Weise, diesen Plan zu propagieren. Jedoch stimmte König Hussein diesem Plan – auf Rat der Briten – nicht zu und widersetzte sich ihm aufs Heftigste. Nun begann Amerika Druck auf Jordanien auszuüben. Die Arabische Liga hielt im Jahr 1960 im libanesischen Shtora eine Konferenz ab, und unter starkem Druck stimmte der jordanische Premierminister *Huzā' Al-Mağālī* dem amerikanischen Plan schließlich zu. Er gab also sein Einverständnis, im Westjordanland ein palästinensisches Gebilde zu errichten. Doch hatte dieses Einverständnis keinen großen Wert, da *Al-Mağālī* kurz darauf ermordet wurde.

Als Kennedy im Jahr 1961 an die Macht kam, schickte er seine berühmten Briefe an König Saud, dem König Saudi-Arabiens, an Abd El-Nasser, dem ägyptischen Präsidenten, an Abdulkarim Qasim, dem irakischen Präsidenten, an König Hussein von Jordanien und an Fouad Shehab, dem libanesischen Präsidenten. Diese Briefe beinhalteten das amerikanische Versprechen, die Flüchtlingsfrage zu finanzieren und das Problem des Jordanwassers zu lösen. Daraufhin wurde am 10. Juni 1961 in Kairo eine arabische Konferenz einberufen und der Druck auf Jordanien wurde verstärkt, die Idee eines palästinensischen Staates zu akzeptieren. Am Vorabend der Konferenz traf sich der amerikanische Botschafter mit Bahjat Talhouni, dem jordanischen Premierminister, und versuchte ihn dazu zu bringen, einem palästinensischen Gebilde zuzustimmen. Doch König Hussein lud Talhouni vor und bedrohte ihn. So brachte er den amerikanischen Plan ein zweites Mal zu Fall und ließ die Konferenz scheitern.

Auf diese Weise wurden die amerikanischen Versuche zur Errichtung eines palästinensischen Gebildes im Westjordanland und in Gaza sowie eines internationalen Statuts für Jerusalem fortgesetzt. Sie alle scheiterten jedoch an der Ablehnung der Briten und König Husseins. Ihr Plan sah nämlich vor, einen einzigen säkularen Staat in Palästina zu errichten, den die Juden kontrollieren und der in besondere Beziehungen zu Jordanien treten sollte. Danach wurde die palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) unter der Führung Ahmad al-Shuqairis und mit der Unterstützung Gamal Abd el-Nassers gegründet. Dies geschah auf der arabischen Gipfelkonferenz im Jahr 1964. Hinter diesem Beschluss steckte das Bestreben, das Westjordanland von Jordanien abzutrennen, um dort ein

unabhängiges palästinensisches Staatsgebilde zu errichten, neben einem internationalen Status für Jerusalem und Bethlehem.

Die britische Antwort auf diese amerikanischen Versuche und Pläne kam auf dem Wege des tunesischen Präsidenten al-Habib Bourqibas, dem britischen Agenten mit langer Tradition. So rief er in den Jahren 1964 und 1965 zur Errichtung eines einzigen säkularen Gebildes in ganz Palästina auf, das auf der Grundlage des Gleichgewichts der Volksgruppen bestehen sollte, wobei die Juden darin die natürliche Mehrheit bilden. Die arabischen Staaten waren bezüglich dieser beiden Pläne geteilter Meinung. Der amerikanische Plan sah vor, ein von Jordanien und „Israel“ getrenntes palästinensisches Staatsgebilde zu errichten, und der britische Plan – Bourqibas Plan – war die Entstehung eines einzigen säkularen Staatsgebildes, das auf dem Gleichgewicht der Volksgruppen gründet und mit dem libanesischen Gebilde vergleichbar ist.

Als die ägyptische Rolle, die die amerikanische Nahostpolitik verkörperte, mit dem steigenden Einfluss Nassers größer wurde, gerieten die Briten und ihre Agenten zunehmend in die Verteidigungsposition. Nachdem auch die arabische Öffentlichkeit Bourqibas Plan ablehnte und Nassers Feldzug gegen König Hussein und die englische Politik in der Region immer stärker wurde, bereitete Großbritannien einen arabisch-israelischen Krieg vor, demgemäß König Hussein das Westjordanland an die Juden abtreten sollte, um sich des Drucks zur Gründung eines palästinensischen Staates darauf zu entledigen. Und tatsächlich provozierte König Hussein Abd el-Nasser, um ihn in den Krieg mit hineinzuziehen und ihn so in die Klemme zu bringen, da Nasser für einen Krieg gegen Israel nicht vorbereitet war. Es sollte ihm auf diese Weise ein harter Schlag versetzt werden, damit der amerikanische Druck auf Hussein, der sich in der Stärke Nassers und seiner wachsenden Popularität manifestierte, nachließ. Und so kam es vor dem Krieg zu einigen militärischen Aktionen gegen Israel, um den Juden damit einen Kriegsgrund zu liefern. Abd el-Nasser ließ sich provozieren, da er mit der Größe des israelischen Militärschlags gegen Ägypten nicht gerechnet hatte. So schloss er die Meerenge von Tiran vor der israelischen Schiffsflotte im Roten Meer und wies die internationalen Truppen aus. Israel nutzte dieses Vorgehen und nahm es zum Vorwand für einen umfassenden Angriff auf Ägypten, Jordanien und Syrien im Juni 1967. Ergebnis war, dass das Westjordanland, die Golanhöhen, der Gazastreifen und der ganze Sinai innerhalb von sechs Tagen in die Hände des jüdischen Staates fielen. Die Anführer der Juden gaben nun vor, drei arabische Armeen gleichzeitig besiegt zu haben. Demzufolge sei der Staat „Israel“ ihrer Behauptung nach „unbesiegbar“, obwohl sie genau wussten, dass ihr „Sieg“ nicht auf ihre Stärke zurückzuführen war, sondern auf die Verschwörung der arabischen Herrscher und ihr mattes Einknicken ihnen gegenüber. So hatte sich das Regime in Ägypten auf einen Krieg gar nicht vorbereitet, das Regime in Jordanien zog sich aus dem Westjordanland einfach zurück und übergab es den Juden, und das syrische Regime verkündete den Fall der Stadt Qunaytirah, obwohl diese sich hinter den Linien der syrischen Armee befand, die am Golan noch kämpfte. Dadurch machte sich innerhalb der Armee Verunsicherung breit, und sie zog sich zurück.

Dieser inszenierte Krieg wurde als gravierender Wendepunkt im arabisch-israelischen Konflikt und in allen daraufhin präsentierten Initiativen angesehen.

Nachdem vor dem Krieg von der Gründung eines palästinensischen Gebildes und eines internationalen Statuts für Jerusalem die Rede war, konzentrierten sich nunmehr die

Gespräche darauf, wie die Spuren des Angriffs beseitigt werden könnten. Die Dinge waren festgefahren, und „Israel“ vermochte es, das Westjordanland, den Gazastreifen und den Golan zu „verschlucken“. Die Gespräche drehten sich nun um die Frage, dass sich Israel aus den 1967 besetzten Gebieten zurückziehen sollte. Und so erließ der UNO-Sicherheitsrat die Resolution Nr. 242, die für ihre Wortspielerei und ihre unbestimmte Formulierung berühmt ist. Die Resolution rief „Israel“ dazu auf, sich aus „Gebieten“ zurückzuziehen, die es im Krieg besetzt hatte. Die USA begannen nun, sich auf das Ordnen der Beziehung zwischen „Israel“ und Ägypten zu konzentrieren, da dies in ihren Augen dringlicher war. So wurde das „Palästinadossier“ zur Seite gelegt. Und die Vereinigten Staaten fingen an, einen neuen Krieg vorzubereiten, um den Friedensprozess in Bewegung zu bringen und ihren Einfluss in der Region zu festigen, der in seiner Hauptbasis erschüttert wurde. Diese Hauptbasis bildete Ägypten, das im Krieg vernichtend geschlagen wurde und den gesamten Sinai verloren hatte.

Und so vergingen nur wenige Jahre, bis die USA es vermochten, einen begrenzten Krieg zwischen Ägypten und Syrien auf der einen Seite und „Israel“ auf der anderen Seite zu entfachen. Es kam zum Oktoberkrieg von 1973, der dazu diente, die Situation [politisch] in Gang zu bringen. Dieser Krieg führte schließlich zur Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens zwischen Ägypten und „Israel“ am 17. September 1978. Der ägyptische Präsident Anwar al-Sadat hatte durch seinen Besuch im besetzten Jerusalem und seine Rede vor der israelischen Knesset im Jahre 1977 diesem Abkommen den Weg geebnet.

Nachdem Ägypten das Camp-David-Abkommen unterzeichnet hatte, räumte Israel die Halbinsel Sinai und gab sie als waffenfreie Zone an Ägypten zurück. Es wurden multinationale Streitkräfte unter amerikanischer Führung stationiert, um zu gewährleisten, dass Ägypten aus dem Kriegsgeschehen endgültig ausgeschieden war. Andererseits wurde Israel damit von seiner südlichen Flanke her eingegrenzt. Ebenso konnten die Amerikaner das Vertrauen in ihre Agenten, den ägyptischen Herrscher Anwar al-Sadat, bei seinem Volk wiederherstellen, nachdem dieser es verloren hatte.

Nach Abschluss des Friedensvertrages mit Ägypten nahm das amerikanische Gewicht in der Region zu. Die Aktivitäten verlagerten sich nun auf die Nordflanke. So gaben die USA Israel den Wink zur Libanoninvasion, um die palästinensische Befreiungsorganisation aus dem Libanon zu vertreiben, und es kam zum Krieg von 1982. Israel besetzte den Libanon und zwang Arafat dazu, unter dem israelischen militärischen Druck und dem diplomatischen Druck der USA den Libanon zu verlassen und nach Tunesien ins Exil zu gehen. Vor seiner Abreise jedoch kam eine amerikanische Kongressdelegation nach Beirut und rang ihm die offene Anerkennung des jüdischen Gebildes ab, als Vorbereitung für einen Friedensvertrag mit den Juden. Am 25. Juli 1982 unterschrieb Arafat das so genannte McLusky-Dokument, in dem er erklärt: „Die PLO erkennt jetzt Israels Existenzrecht an.“ Das amerikanische Kongressmitglied McLusky las daraufhin das Dokument den Journalisten im Beisein Arafats vor und sagte: „Jasir Arafat hat – in seiner Eigenschaft als Chef der palästinensischen Befreiungsorganisation – ein schriftliches Dokument unterschrieben, welches besagt, dass die PLO sämtliche UN-Resolutionen die Palästinafrage betreffend anerkennt.“ Mit seiner Unterschrift unter dieses Dokument hat Arafat somit die britische Idee zur Errichtung eines einzigen säkularen Staates in Palästina, der auf einem Gleichgewicht der Volksgruppen gründet, aufgegeben und den ersten Schritt in Richtung des amerikanischen Planes gesetzt, der die Gründung eines palästinensischen Staates neben dem Staat Israel vorsah.

Auf dem palästinensischen Nationalkongress in Algerien im Oktober des Jahres 1988 und ebenso vor der UNO-Versammlung in Genf im Dezember des gleichen Jahres folgte sodann der zweite Schritt. Arafat erklärte vor den Konferenzteilnehmern, dass die Idee eines einzigen palästinensischen Staates auf dem gesamten Boden des historischen Palästinas beendet sei und dass dieser Traum der Vergangenheit angehöre. Er akzeptiere die Errichtung eines palästinensischen Staates auf den palästinensischen Gebieten, die 1967 besetzt worden seien. Daraufhin verkündete er die Entstehung eines palästinensischen Staates – auf dem Papier.

Im Juli desselben Jahres (1988) war König Hussein bereits dazu genötigt worden, sein Einverständnis für eine verwaltungstechnische und juristische Trennung zwischen Jordanien und dem Westjordanland zu geben. Dies war ein Wink von ihm, dass er mit der Gründung eines palästinensischen Staates darauf einverstanden war.

Auch Großbritannien und Europa erklärten sich nun mit der Idee der Gründung eines palästinensischen Staates einverstanden. Somit hatte der amerikanische Plan die Oberhand über den britischen gewonnen, dessen Stimme immer stiller und dessen Einfluss immer geringer wurde. Ausgenommen davon ist manches Geschwätz Gaddafis, Chef des libyschen Regimes, der zu Anfang des 21. Jahrhundert noch davon redet, die Lösung der Palästinafrage sei – gemäß dem früheren britischen Plan – ein gemeinsamer Staat in Palästina für Araber und Juden. Allerdings gab er der Angelegenheit einen neuen Schriff, indem er diesem Staat einen eigenen Namen schuf, nämlich „Isratin“, was sich aus den arabischen Wörtern für Israel und Palästina zusammensetzt. Keiner aber schenkte ihm für diese seine beiden Kuriositäten Gehör: der Kuriosität der Namensgebung und der Kuriosität des Wiederbelebungsversuches des britischen Planes, der längst gestorben war.

Nach dem Zweiten Golfkrieg führten die USA alle Parteien in der Madrider Friedenskonferenz von 1991 zusammen und schrieben ihnen vor, einen Lösungsweg nach amerikanischen Maßstäben zu beschreiten. Großbritannien unternahm jedoch – in Absprache mit Rabin und Peres, den Führungspersonen der damals in Israel regierenden Arbeiterpartei – seine letzten Versuche, um den amerikanischen Plan zu konterminieren. Und es gelang den Briten im Jahre 1993, den Vertrag von Oslo zwischen der PLO und Israel abzuschließen. Dieses Abkommen war ein britisch-europäischer Versuch, die Idee der Madrider Konferenz zu umgehen, die von den USA nach dem Zweiten Golfkrieg zur Lösungsgrundlage gemacht wurde. Es war ein Abkommen, das durch die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Anführern des Judentums und der PLO zustande kam.

Gemäß diesem Abkommen kam Arafat ins Westjordanland und nach Gaza. Man erlaubte ihm, eine palästinensische Autonomiebehörde einzurichten, die über keine wirkliche Autorität verfügte. Denn alle Gewalt lag noch in Händen Israels. Die USA vermochten es aber, dieses Abkommen in langwierige und komplizierte Verhandlungen, die von ihnen kontrolliert wurden, umzuwandeln. Damit wollten sie garantieren, dass die Lösung ausschließlich nach den amerikanischen Maßstäben erfolgt.

Andererseits wurde am 25. Juli 1994 eine Konferenz in Washington zwischen König Hussein von Jordanien und dem israelischen Premierminister Rabin abgehalten, unter der Obhut des amerikanischen Präsidenten Clinton. Ergebnis war die so genannte Washington-Proklamation, die den Kriegszustand zwischen Israel und Jordanien nun für beendet erklärte.

Daraufhin wurde das Abkommen von Wadi Araba unterzeichnet, das den Kriegszustand zwischen beiden Staaten auch offiziell aufhob.

Es kam auch zum zweiten Oslo-Abkommen (Gaza-Jericho) am 4. Mai 1994 und danach zum Abkommen von Wye River am 23. Oktober 1998. Doch allen war kein Leben beschert; im Grunde handelte es sich dabei um Totgeburten.

Im Jahre 2000 versuchte die Clinton-Administration, ein umfassendes Friedensabkommen zwischen Ehud Barak und Arafat in Camp David abzuschließen. Es wurde als Camp-David-2-Abkommen bekannt. Clinton war darauf bedacht, seine Amtszeit mit diesem Abkommen zu krönen. Doch waren weder die öffentliche Meinung in Israel noch die unter den Palästinensern für so einen umfassenden Friedensvertrag bereit. Und so wurde im September 2000 die so genannte „al-Aqsa-Intifada“ entfacht. „Israel“ begann nun, täglich Blutbäder unter der palästinensischen Bevölkerung anzurichten, um sie zur vollständigen Kapitulation und zur Aufgabe des letzten Rests an „unveräußerlichen Grundprinzipien“, an denen sie festhielten, zu zwingen. Mit dem Abgang Clintons am Ende seiner zweiten Amtsperiode und dem Antritt George W. Bushs Anfang 2001 verschwand auch das Camp-David-2-Abkommen.

Das Zögern der Bush-Administration, in die Palästinafrage einzugreifen

Seit dem Beginn ihrer Amtszeit hat die Bush-Administration die Palästinafrage nicht mit der gleichen Ernsthaftigkeit behandelt wie ihre Vorgängerinnen unter den Regierungen der Vereinigten Staaten. Die Hinwendung zum gesamten israelisch-palästinensischen Konflikt war von sehr langsamer Art. So gab die Bush-Administration im Februar 2001 die Clinton-Vorschläge und auch die intensive Vermittlungstätigkeit zwischen den Palästinensern und den Israelis auf. Und am 7. Februar 2001 erklärte der Sprecher des Außenministeriums Richard Boutcher den Journalisten: „Die Ideen und Vorschläge, die in den letzten Monaten diskutiert wurden, waren Vorschläge und Ideen des Präsidenten Clinton. Demzufolge sind es keine präsidentialen Vorschläge und auch keine Vorschläge der Vereinigten Staaten mehr, nachdem er aus dem Präsidentenamt ausgeschieden ist.“ Die USA gaben „Israel“ beim Töten, Morden und Einschüchtern der palästinensischen Bevölkerung freie Hand, sei es in jenen Gebieten, welche der Autonomiebehörde unterstehen, oder in den anderen. Bush begann nun, seine Leute in die Region zu entsenden, was jedoch mehrheitlich den allgemeinen Beziehungen diene. So kam Mitchell mit seinem Bericht. Dann kam George Tenet mit dem vorübergehenden Waffenstillstand, den er garantieren wollte (!). Auf diese Weise nahmen die Dinge von Besucher zu Besucher ihren Lauf, bis es zu den Ereignissen des 11. September 2001 kam.

Die Ereignisse des 11. September schoben die Palästinafrage in die Hinterreihen

Die Angriffe des 11. September schafften andere Prioritäten als den israelisch-palästinensischen Konflikt. Dieser Konflikt war für die Bush-Administration nunmehr von sehr untergeordneter Priorität. Denn die Vereinigten Staaten bereiteten sich nun auf einen neuen Krieg gegen die islamische Welt vor, unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung.

Israel nutzte diese Chance (Terror), um jene Gebiete neuerlich zu besetzen, die es der palästinensischen Behörde zur Verwaltung übertragen hatte, wie Jericho, Jenin, Gaza-Stadt und Araba, wobei unverhältnismäßige Gewalt gegen die Palästinenser eingesetzt wurde. So setzte Israel Panzer, Hubschrauber und israelische Kampfflugzeuge ein, um die Kontrolle über diese Städte zu sichern. Das Ausmaß der brutalen Verbrechen, die auf Sharons Befehl hin begangen wurden, trat nun deutlich zutage. Und so befürchteten die Vereinigten Staaten, dass dies einen negativen Einfluss auf ihre Vorbereitungen für den bevorstehenden Angriff auf die Länder der Muslime haben könnte (Afghanistan und später der Irak). Deswegen wollten sie die Lage beruhigen, indem sie vorgaben, sich um die Situation in der Region zu kümmern. So verkündeten die USA im Oktober 2001, was sie als „Initiative für einen neuen Nahen Osten“ bezeichneten. Ziel dieser Initiative war es, die Unterstützung der Araber für Amerikas „Krieg gegen den Terror“ zu erhalten.

„Israel“ bezeichnet den palästinensischen Widerstand als Terror

Israel begann jetzt, den israelisch-palästinensischen Konflikt als einen Kampf zwischen Israel und dem Terrorismus anzusehen. Dies hat Sharon auch in dieser Form vor der Knesset verkündet: „Wir müssen uns erinnern, dass Arafat es war, der Flugzeugentführungen vor Jahrzehnten rechtfertigte.“ Israel war aber nicht das einzige Land, das den Ausspruch „Krieg gegen den Terror“ dazu verwendete, um brutal gegen die Muslime vorzugehen. So taten es Indien, Russland und China ebenso. Sie bezeichneten nunmehr die Muslime, die für ihre Unabhängigkeit kämpften, allesamt als Terroristen. Israel fokussierte seinerseits medial darauf, vor allem was die amerikanische Öffentlichkeit betrifft, dass es zwischen al-Qaida und den palästinensischen Widerstandsgruppen keinen Unterschied gebe. Davon ausgehend, entfachte Israel einen bestialischen Krieg gegen die palästinensischen Widerstandsbewegungen, ja sogar gegen die palästinensischen Polizeikräfte, die die Widerstandsgruppen unterstützten. So führte die israelische Armee am 13. Februar 2002 brutale Militäraktionen im Gazastreifen durch. Der israelische Minister Ephraim Sneh erklärte, dass die Soldaten tagelang in den palästinensischen Gebieten in Gaza bleiben würden, bis man die Raketenfabriken finde. Er erklärte weiter, dass die Streitkräfte noch mehr Luftangriffe über einen noch längeren Zeitraum durchführen würden, sollten weiterhin Raketen [auf Israel] abgeschossen werden.

Zu den Dingen, die das Jahr 2002 auszeichneten, gehörte die Natur der israelischen Gewalt: das Umzingeln und Absperren der palästinensischen Gebiete unter dem Vorwand der Bekämpfung des palästinensischen Terrors, in Nachahmung des erklärten amerikanischen Krieges gegen den „Terrorismus“. Dieses Jahr war ebenfalls gekennzeichnet durch die offene Aufforderung der USA an die palästinensische Autonomiebehörde, eine andere Führung zu schaffen, die näher zu Amerika steht und weiter von Europa und Großbritannien entfernt ist. Die USA merkten nämlich, dass die palästinensische Führung, insbesondere Arafat, sich vor einem Gang mit ihnen – allein nach ihrem Willen – zu winden versuchte und Arafat zu seiner ursprünglichen Bindung an Europa und insbesondere an Großbritannien zurückgekehrt war. Dies verärgerte die Amerikaner. Deshalb versuchten sie, die Situation so zu korrigieren, dass die gesamte palästinensische Behörde von Europa vollkommen getrennt wird und ausschließlich ihnen hörig ist. Dies trat in den Erklärungen Amerikas und Europas, insbesondere Großbritanniens, deutlich zutage:

So erklärte die nationale Sicherheitsberaterin der USA, Condoleeza Rice, in einem Interview, das die *San Jose Mercury News* veröffentlichte: „Offen gesagt ist die palästinensische Behörde, die verdorben und mit der Gewalt verschworen ist, nicht die Grundlage, die das Voranschreiten in Richtung eines palästinensischen Staates erlauben wird.“ Eine Woche später rief Präsident Bush offen dazu auf, Arafat abzusetzen. Die Erklärungen Europas hingegen, insbesondere Großbritanniens, wichen deutlich davon ab. Während eines G8-Gipfels am 26. Juni 2002 erklärte der britische Premierminister Tony Blair entschieden: „Es obliegt allein den Palästinensern, ihre Führung zu wählen.“ Der britische Außenminister Jack Straw wurde noch deutlicher, als er sagte: „Wir verkehren mit jenen Führern, die gewählt worden sind, und im Falle der diktatorischen Regime auch mit jenen Führern, die nicht gewählt worden sind. Wenn Präsident Arafat von der palästinensischen Behörde wiedergewählt wird, so werden wir mit ihm verkehren.“ Arafat reagierte auf die amerikanischen Erklärungen, indem er einige Sicherheitsverantwortliche absetzte und auch einige andere Veränderungen vornahm. Doch war das den Amerikanern nicht genug, da sie Arafat selbst als den Europäern und Briten zu nahe stehend betrachteten.

Diese Auseinandersetzung hielt bis zum 25. September 2002 an, als Tony Blair erneut versuchte, dem Friedensprozess Leben einzuhauchen. So erklärte er: „Wir benötigen eine neue Konferenz für den Friedensprozess im Nahen Osten, die auf dem Dualprinzip eines sicheren Israel und eines aktiven palästinensischen Staates basiert.“ Danach, im Oktober 2002, begann Blair auf die Doppelmaßstäblichkeit in der amerikanischen Politik bezüglich Israels, Palästinas und des Irak hinzuweisen. Während der Konferenz seiner Arbeiterpartei in Black Bowle sagte er: „Was jetzt im Nahen Osten geschieht, ist hässlich und falsch. Die Palästinenser leben in erbärmlichen, demütigenden und desperaten Verhältnissen. Die israelischen Zivilisten werden brutal getötet. Ich erkläre mich einverstanden, dass die UNO-Resolutionen in diesem Fall genauso angewendet werden müssen wie im Falle des Irak. Sie dürfen aber nicht nur auf Israel, sondern müssen auf alle Parteien angewendet werden.“ Dies veranlasste die Amerikaner dazu, Bushs Ideen über die Entstehung eines bedingten palästinensischen Staates neben „Israel“ – was er unter der Bezeichnung „Roadmap“ in seiner Rede vom 24. Juni 2002 verkündet hatte – zumindest verbal zu bewegen. Es kam daraufhin zu mehreren aufeinander folgenden Besuchen amerikanischer Verantwortlicher in der Region. So wurde der Generalbeauftragte Anthony Zinny zweimal entsandt, und auch der amerikanische Vizepräsident Dick Cheney besuchte die Region. Trotzdem rechtfertigte „Israel“ weiterhin seine mörderische Politik in den besetzten Gebieten, indem es den palästinensischen Widerstand zu einem Synonym für Terrorismus machte.

Amerika drückte deswegen vor Sharons Verbrechen ein Auge zu, da sie unter demselben Vorwand begangen wurden wie Bushs erklärter „Krieg gegen den Terror“. Auch ist dies auf seinen Ausspruch zurückzuführen: „Entweder mit uns oder mit den Terroristen!“ Somit machte sich Israel diesen Vorwand zunutze, um mit Hingabe seine brutalen Verbrechen gegen die palästinensischen Städte, Dörfer und Flüchtlingslager fortzuführen. Die unverschämte Arroganz der Juden trat nun bemerkenswert offen zutage, denn Israel gab vor, mit Amerika gemeinsam den „Krieg gegen den Terror“ zu führen. Was das Judengebilde dazu veranlasste, seine Verbrechen unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung mit diesem Nachdruck zu begehen, ohne irgendwelche Gegenkräfte zu berücksichtigen, ist Folgendes:

1. Die breite Unterstützung des Judenstaates seitens der Neokonservativen in der Bush-Administration. Seitdem mit dem Amtsantritt Bushs die Neokonservativen an die

Macht kamen, begannen manche von ihnen, wie Douglas Feith und Richard Perle, für den israelischen Likud-Block die politischen Richtlinien vorzugeben. So legten sie ein politisches Papier unter dem folgenden Titel vor: „A Clean Break: A New Strategy for Securing the Realm in 1996“ (Ein sauberer Neuanfang: Eine neue Strategie zur Sicherung des Reichs [Israels] 1996). Dieses Papier riet dem damaligen israelischen Premierminister Netanjahu, „einen Neuanfang im Friedensprozess zu unternehmen“, indem er die Vereinbarungen des Oslo-Vertrages von 1993 annulliert und „das Recht Israels auf das Land durch die Ablehnung des Prinzips ‚Land für Frieden‘ wiederherstellt“. Das Papier riet Israel weiter, die palästinensischen Territorien wiederzubesetzen, eine Alternative für Arafat zu suchen und eine neue, stärkere Beziehung zu den USA aufzubauen, die auf dem Prinzip der Selbstverantwortlichkeit und des gegenseitigen Nutzens gründet. Nun scheint es, dass sowohl Ehud Barak als auch Sharon dieses Papier zur de facto Roadmap für Israel machten. Ebenso wurde Elliot Abrams, der Chef der Nahostabteilung im nationalen Sicherheitsrat der USA, mit der Vorbereitung der Roadmap betraut. Auch hat Elliot Abrams eine wichtige Rolle gespielt, um die Bush-Administration dahin zu bewegen, Sharons Rückzugsplan (aus Gaza) zu akzeptieren. Während Wochen der Diplomatie waren sowohl Condoleeza Rice als auch Abrams die aktiven Kräfte bei der Unterstützung der Sicht Scharons für die Sicherung der Zukunft des Judenstaates.

2. Das Verzichtdenken bei der PLO und infolge bei der Autonomiebehörde. Die Juden sahen nämlich, dass sie mit ihren zunehmenden Verbrechen neue Zugeständnisse erhielten. So verzichtete die „Befreiungsorganisation“ auf Palästina von 1948 und verlangte nur mehr nach dem Palästina von 1967. Danach verlangte sie nicht mehr nach dem gesamten Palästina von 1967, sondern nach dem überwiegenden Teil davon. So setzten sich die Zugeständnisse fort. Was heute noch als unveräußerlich gilt, ist morgen nicht mehr so. Das Recht der Flüchtlingsrückkehr beispielsweise wurde dereinst nicht nur als eine, sondern gleich „als mehrere nicht zu überschreitende rote Linien“ bezeichnet. Danach begann man erst andeutungsweise und schließlich ganz offen, diesen Standpunkt aufzugeben. So wurde am 1. Dezember 2003 das Genfer Abkommen unterzeichnet, mit verschämter Billigung der palästinensischen Behörde hinter vorgehaltener Hand – ja sogar ohne vorgehaltene Hand. So entsandte Abu ‘Ammar (Jasir Arafat) seinen Sicherheitsberater Dschibril Radschub und ebenso den Staatssekretär Qaddoura Fares nach Genf. Auch wurde im Namen Arafats, dem Präsidenten der Autonomiebehörde und dem Chef der palästinensischen Befreiungsorganisation, eine Rede gehalten. Diese Rede wurde während der Abschlusskonferenz zur Unterzeichnung des Dokuments vorgetragen, was bedeutet, dass die PLO das Genfer Abkommen offiziell anerkannt hatte. Demzufolge war das Rückkehrrecht kein unveräußerlicher Standpunkt und auch keine rote Linie mehr, sondern wechselfarbig zwischen gelb und grün.

Zu diesen beiden vorgenannten Faktoren – die (grenzenlose) Unterstützung für den Judenstaat durch die Neokonservativen in der amerikanischen Administration und die wiederholten Zugeständnisse seitens der PLO und somit der Autonomiebehörde – kommt noch ein dritter hinzu, nämlich die unterwürfigen und mattschwachen Standpunkte der arabischen Herrscher. So haben Jordanien und Ägypten offene Beziehungen zu den Juden, und die Tore der Botschaften stehen weit geöffnet. Es kommt zu wechselseitigen Besuchen und zu normalen, ja sogar bevorzugten Beziehungen. Andere Staaten – wie Katar, Marokko und Oman – haben wiederum eigene, gut funktionierende Verbindungswege (Hochgeschwindigkeitsstrecken) zu den Juden geschaffen, und zwar unter den

verschiedensten Bezeichnungen wie „Handelsbüro“, „Büro für humanitäre Angelegenheiten“ oder „wirtschaftliche bzw. sportliche Konferenzen“. Die Staaten, die ihre Beziehungen am wenigsten „normalisiert“ haben, sind jene, die den Judenstaat praktisch – ohne offizielle Verkündung – anerkennen. Sie nehmen an Verhandlungen mit ihm teil und akzeptieren so seine staatliche Existenz. Demzufolge gibt es keinen arabischen Staat mehr, der „Israel“ als ein illegales Gebilde ansieht, das beseitigt werden muss, weil es Palästina besetzt hält, die verschiedenartigsten Verbrechen gegen Land und Leute begeht und wir deswegen mit den Juden [Israels] in einem tatsächlichen Kriegszustand stehen, bis dieses Okkupationsgebilde verschwunden und Palästina in den Schoß des Islam zurückgekehrt ist. Die arabischen Staaten in all ihren Gipfelkonferenzen – beginnend mit ihrem ersten Gipfel in Kairo bis zu ihrem letzten in Tunis – beseitigen keinen Feind und stören ihn nicht einmal. So stellte die saudische Initiative beim Gipfel von Beirut eine Anerkennung des Judenstaates und eine Aufgabe Palästinas dar, gleich irgendeiner Initiative, die seitens der USA oder Europas zur Unterstützung der Juden gestartet wird. Die arabischen Staaten sind nicht „gegen“ die Juden, auch stehen sie ihnen nicht neutral gegenüber, vielmehr nehmen sie aktiv an der Entwicklung von Initiativen teil, die im Interesse der Juden sind. Nicht nur das, sie retten den Judenstaat sogar, wenn dieser in eine Klemme gerät. So sind die Pendelbesuche des ägyptischen Geheimdienstchefs beim jüdischen Feind ein Zeugnis dafür.

Wegen all dieser Faktoren haben die Juden bei ihren Verbrechen in Palästina alle Grenzen überschritten. Jedoch erachteten es die USA als notwendig – nachdem sie den Überfall auf den Irak schon geplant hatten und nur mehr den günstigsten Moment abwarteten –, das Klima entsprechend vorzubereiten, um ihr internationales und regionales Image zu verbessern und ihre Verbrechen während des Angriffs auf den Irak zu vertuschen. In diese Richtung ging auch Bushs Rede vom 24. Juni 2002. So präsentierte er Ideen zur Lösung des Nahostkonflikts, indem er die Gründung eines palästinensischen Staates – der an gewisse Bedingungen gebunden ist – neben „Israel“ vorschlug. Diese Ideen proklamierte er unter der Bezeichnung „Roadmap“. Die Medien, insbesondere die amerikanischen unter ihnen, begannen nun, über Bushs Ideen in seiner „Map“ zu sprechen und darüber, dass dieser der Nahostfrage Aufmerksamkeit schenke. Die Diskussionen darüber wurden fortgesetzt, bis Bush am 30. April 2003 das Ende der Hauptphase seines Angriffs auf den Irak, der am 19. März 2003 begonnen hatte, verkündete. Am gleichen Tag gab er auch seine Roadmap in ihrer Endversion offiziell bekannt und übergab sie – ebenfalls am 30. April 2003 – dem Ministerpräsidenten der Autonomiebehörde Abu Mazen sowie dem israelischen Premierminister Sharon.

Bei genauerer Untersuchung der Absicht, mit der die Roadmap (Wegweiser) entwickelt wurde, wird klar, dass folgende Motive dahinter steckten:

1. In Wahrheit handelte es sich dabei eher um einen vorbereitenden „Wegweiser“ für den Überfall auf den Irak als um einen [ernsthaften] Plan zur Lösung des Palästinaproblems. So fiel die Bush-Rede, die die Roadmap am 24. Juni 2002 beinhaltete, genau in die Vorbereitungsphase für den Irakkrieg. Die Diskussionen darüber setzten sich fort, bis der Überfall auf den Irak am 19. März 2003 begann. Die Abgesandten der amerikanischen Regierung füllten die Region in dieser Zeit mit ihrem Kommen und Gehen und sprachen über die Ideen des Präsidenten Bush zur Lösung des Palästinaproblems durch die Schaffung zweier, nebeneinander existierender Staaten in Palästina. Dies erzeugte ein allgemeines Klima, dass die amerikanische Administration an die Ausübung eines gewissen Druckes auf

die Juden denke, damit diese die Entstehung eines palästinensischen Staates an ihrer Seite akzeptieren. Die amerikanische Administration rechnete damit, dass dieses Klima, das sich aus dieser Initiative ergibt, die negativen Spuren ihres Überfalls auf den Irak mildern würde.

2. Die amerikanischen Agenten waren nun in einer peinlichen Situation. Denn die Vereinigten Staaten, denen sie treu ergeben sind, führen einen offenen, himmelschreienden Aggressionskrieg gegen den Irak. Vor den Menschen waren sie aber als Vasallen Amerikas bereits entblößt. So befanden sie sich ihnen gegenüber in einer peinlichen Situation. Die USA wollten ihnen deswegen ein Diskussionsthema zur Verfügung stellen, um „die Gerechtigkeit Amerikas“ in der Region zu vermarkten, so dass sie sagen konnten: „Seht doch die USA: Wie sie dem Irak den Krieg erklären, so üben sie in gleicher Weise (!) Druck auf die Juden aus, damit sie einen Staat für die Einwohner Palästinas akzeptieren.“

3. Europa begann sehr viel und sehr intensiv über die Lösung des Nahostkonflikts (Palästina und Israel) zu reden, und dass die Lösung dieser Krise am dringlichsten sei, statt eine neue Krise im Irak zu beginnen. Die USA wollten Europa mit seinen wiederholten Forderungen zur Lösung des Nahostkonflikts den Weg abschneiden, indem ihnen die Roadmap als Antwort präsentiert wurde und als Beleg dafür, dass eine Lösung der Nahostfrage, nämlich die Roadmap, bereits im Gange sei.

Bis zu einem gewissen Grad ist dieser Plan den USA auch gelungen. So haben die Autonomiebehörde und die arabischen Herrscher die Roadmap – trotz ihrer Schlechtheit – als „Sieg“ angesehen, weil sie zumindest den Hinweis auf einen palästinensischen Staat enthält, obwohl das, was in den Etappen der Roadmap angeführt wird, diesen „Staat“ zu einem inhaltlosen Begriff macht.

Die Europäer fingen diesen Ball allerdings auf, und so wurde die Roadmap zum internationalen „Wegweiser“ der großen Vier: der USA, Europas, Russlands und der Vereinten Nationen. Konferenzen wurden nacheinander abgehalten, und die Delegierten pendelten nunmehr zwischen der Autonomiebehörde, Europa, den Vereinten Nationen und den Vereinigten Staaten hin und her.

Trotz alledem waren die USA nicht ernsthaft um eine Durchführung der Roadmap bemüht, da sie voll und ganz mit ihrem Überfall auf das offizielle Regime im Irak beschäftigt waren und anschließend mit dem heldenhaften irakischen Widerstand gegen die Besatzungsmacht. Die USA waren also mit Dingen beschäftigt, die klaren Vorrang vor der Roadmap hatten. Deswegen ließen sie das Verbalgerede in der Region seinen Lauf nehmen, während sich die praktischen Handlungen in einem Großaufgebot amerikanischer und mit ihnen verbündeter Truppen im Irak manifestierten. Ihre Truppen wurden in einen heißen Krieg verwickelt, der nur kurz erlischt, um sich von neuem zu entzünden.

Die Juden hingegen wussten, dass Amerika nicht ernsthaft versucht, die Roadmap umzusetzen, zumindest nicht in dieser Phase der Bush-Regierung. Denn die USA sind mit ihrer derzeitigen Klemme im Irak sowie mit den Präsidentschaftswahlen beschäftigt. Deswegen legten sie 25 Vorbehalte zur Roadmap vor, die daraus etwas anderes, undurchführbares machten. Gleichzeitig setzten sie ihre bestialischen Verbrechen in Palästina unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung fort. Trotzdem wurde das Gerede

um die Roadmap sinnlos weitergeführt – manchmal lauter, manchmal leiser. Denn sie wurde im Grunde um des berühmten Sprichworts willen entworfen: „Viel Lärm um nichts.“

Die USA sind durch die Klemme, in die sie im Irak geraten sind, stark in Anspruch genommen. Ihre größte Sorge gilt nun dem Schutz ihrer Soldaten vor dem irakischen Widerstand. Die Palästinafrage hingegen überließen sie militärisch den Verbrechen Sharons und politisch den Wechselwirkungen der Roadmap, wobei ihnen bewusst ist, dass diese seit ihrem Bestehen tot ist. Diese Situation hielt an, bis Sharon seinen Plan vom einseitigen Rückzug aus Gaza bekannt gab.

Sharon fokussierte auf seinen Plan vom Rückzug aus Gaza, schenkte ihm seine größte Aufmerksamkeit und ergänzte ihn – als reine Augenauswischerei – mit einem marginalen, kaum erwähnenswerten Rückzug aus dem Westjordanland (lediglich vier jüdische Randsiedlungen wurden geräumt, wobei die großen Siedlungskonglomerate de facto dem Judenstaat angeschlossen wurden). Somit war der Rückzug, den sein Plan vorsah, ausschließlich ein Rückzug aus Gaza. Mit anderen Worten hat es Sharon vermocht, das Palästinaproblem grundsätzlich nach Gaza zu verlegen, und zwar in der gewohnten Art der Juden, ein Problem von seiner Gesamtheit zu einem Teilaspekt und schließlich zu einem Teilaspekt des Teilaspekts zu verlegen. So war das Problem anfangs das geraubte Palästina von 1948. Dann wurde es zum Problem der Westbank und Gazas von 1967 und später zum Problem von Teilen der Westbank und dem Gazastreifen. Heute sieht es aus, als ob das Problem gänzlich in den Gazastreifen verlegt wird. Trotz einer Räumung der vier Randsiedlungen in der Westbank, wird diese in ihrer Gesamtheit fast überhaupt nicht in Sharons Plan mit einbezogen.

Darüber hinaus führte Sharon seinen Plan (des einseitigen Rückzugs aus Gaza) entsprechend ein, als er im April 2004 Washington besuchte und während dieses letzten Besuches alle Zusagen von George W. Bush erhielt, die er sich wünschte. Der amerikanische Präsident erklärte seine Unterstützung und Befürwortung des Planes, den Ariel Sharon bewarb und der den einseitigen Rückzug aus Gaza und aus vier Randsiedlungen im Westjordanland vorsah. Bush tat dies, indem er Sharons Vorschlag als einen „mutigen und historischen“ Schritt bezeichnete.

Bush erklärte auch auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Sharon in Washington am 13. April 2004, dass die palästinensischen Flüchtlinge im zukünftigen palästinensischen Staat angesiedelt werden müssten und nicht in „Israel“. Und in einem großen Zugeständnis an die israelische Position erklärte er weiter, dass die Situation am Boden sich geändert habe, was den Rückzug Israels aus den Siedlungen im Westjordanland betreffe.

Nach seinem Treffen mit Sharon im Weißen Haus sagte Bush: „Wenn die Parteien sich entscheiden, diesen Plan (Sharons Plan) zu befolgen, so würde das Tor zur Erzielung eines Fortschritts geöffnet und einer der kompliziertesten Konflikte auf der Welt beendet werden.“

Der amerikanische Präsident fügte hinzu: „Dies könnte auch zur Entstehung eines friedlichen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staates führen.“

Somit hat Bush die „Fragen der Endlösung“, wie sie es nennen, nach den Wünschen Sharons bereits entschieden.

Sharon erklärte seinerseits, dass sein Plan „einen besseren Status quo für den Staat Israel kreieren“ werde und eine Grundlage darstellen könne, um die Verhandlungen mit den Palästinensern wieder aufzunehmen. Am 22. April erklärte der israelische Premierminister vor dem israelischen Parlament, der Knesset: „Die amerikanische Unterstützung für meinen Rückzugsplan aus Gaza stellt einen noch nie da gewesenen Erfolg dar. Seit der Gründung unseres Staates haben wir noch nie eine ähnliche Unterstützung erhalten wie jene, die Präsident Bush zum Ausdruck brachte.“ Er setzte fort: „Die Palästinenser wissen, dass die schriftlichen Versprechen Bushs der härteste Schlag sind, der ihnen seit unserer Unabhängigkeitserklärung – 1948 – zugefügt wurde.“

Der israelische Premierminister ergänzte, dass er den Bau des „Schutzwalls“ im Westjordanland beschleunigen wolle, und erinnerte an die schriftlichen Versprechen, welche ihm die Amerikaner bei seinem letzten Besuch im Weißen Haus gegeben hatten.

Die Einverständniserklärung Bushs zu Sharons Plan untermauert, dass die USA nicht ernsthaft an eine Umsetzung der Roadmap in der Amtszeit der jetzigen Bush-Administration denken. Denn trotz einiger Wortspielereien zerstört Sharons Plan die Roadmap in vielen ihrer Punkte. Würde Bush es nämlich mit seiner Roadmap ernst meinen, dann hätte er Sharons Plan nicht akzeptiert und nach seinem Treffen mit ihm im Weißen Haus nicht gesagt: „Wenn die Parteien sich entscheiden, diesen Plan (Sharons Plan) zu befolgen, so würde das Tor zur Erzielung eines Fortschritts geöffnet und einer der kompliziertesten Konflikte auf der Welt beendet werden.“ Dies bedeutet, dass er seinen Plan zur Lösung des Problems aufgegeben hat und nun „Sharons Initiative“ die Lösung darstellt.

Dies bedeutet nicht, dass die Roadmap besser wäre als Sharons Plan, denn beide überbieten sich an Schlechtheit. Es bedeutet lediglich, dass Bush mit seiner Darlegung der Roadmap nichts weiter bezweckte, als der palästinensischen Autonomiebehörde und den arabischen Herrschern – von denen er weiß, dass sie alles akzeptieren würden – die Augen auszuwischen und ihre Gefühle damit zu streicheln, dass er spätestens 2005 einen Staat für sie haben wolle. Was Bush bei der Bekanntgabe seiner Ideen zur Roadmap – während seiner Rede am 24. Juni 2002 und bei ihrer offiziellen Vorlage und Übergabe an die Autonomiebehörde und Israel am 30. April 2003 – wirklich motivierte, war ausschließlich das Interesse der USA und ihr Krieg gegen den Irak. Er beabsichtigte, die Gefühle der Autonomiebehörde und der arabischen Herrschern mit schönen Worten zu bewegen und auch die Europäer hinters Licht zu führen, indem er vorgab, das, wovon sie reden, für sie erreicht zu haben, nämlich eine Lösung des Nahostkonflikts.

Die Unseriösität der amerikanischen Administration wird zusätzlich durch ihre widersprüchliche Haltung zur Trennmauer unterstrichen, was auf eine Absprache zwischen Bush und seinem Freund Sharon in dieser Frage hindeutet. Deswegen ist niemand in Israel mit der Roadmap ernsthaft umgegangen, da die Juden wussten, dass sich Bush nicht mit der genügenden Ernsthaftigkeit für ihre Durchführung einsetzt.

Es scheint, dass die europäischen Staaten erkannt haben, dass sie hinters Licht geführt und von der amerikanischen Administration durch ihre Übernahme von Sharons Plan übergangen wurden – insbesondere nachdem Europa stets für eine Lösung plädiert hat, die die betroffenen Parteien unter der Schirmherrschaft des Vierergremiums für Frieden im Nahen Osten [gemeinsam] erzielen. Europa, das im Namen der Europäischen Union noch

immer von einer aktiven politischen Rolle in Nahost träumt, sah sich nun an den Rand gedrängt und übergangen, obwohl es die wirtschaftliche Hauptlast für jede Lösung trägt, die der Region aufgesetzt wird. Deswegen verkündeten die europäischen Außenminister, dass sie die Roadmap wiederbeleben wollen, indem sie Konferenzen zwischen den vier Gremiumsmitgliedern abhalten, die den Plan unterstützen: den USA, den Vereinten Nationen, Russland und der Europäischen Union.

Der irische Außenminister Brian Cowen, dessen Land zur Zeit den Ratsvorsitz der Europäischen Union innehat, betonte nach einer Zusammenkunft der Außenminister der Union, dass die Roadmap den „einzigsten politischen Mechanismus“ darstelle, der imstande sei, einen dauerhaften Frieden in der Region zu erzielen.

Jedoch begrüßte Europa – als ob es retten wollte, was noch zu retten ist – bei der letzten Zusammenkunft des Vierergremiums (USA, Russland, die Vereinten Nationen und die EU) den Plan des israelischen Premierministers, sich von den Palästinensern abzukoppeln. So gab die EU bekannt, dass sie diesen Schritt, der eine seltene Chance zur Friedenserlangung im Nahen Osten darstelle, begrüße und unterstütze. Diese Aussage belegt ein gewisses Folgen der amerikanischen Politik, damit den Europäern der Zug nicht vollends davonfährt und sie den Amerikanern das Spielfeld nicht vollständig überlassen. Deswegen willigten sie in Dinge ein, die der zuvor erklärten europäischen Politik widersprachen. So akzeptierten sie Sharons Plan, sich verhandlungslos von den Palästinensern zu lösen, obwohl dies der Roadmap grundsätzlich widerspricht. Trotzdem lobten sie seinen Plan.

Dies steht im Gegensatz zur Position Großbritanniens, das sich der amerikanischen Politik, wie immer diese geartet sei, anpasst, mit dem Versuch, einige Vorteile daraus zu ergattern oder diese zumindest zu erhalten. Gleichzeitig bemühen sich die Briten, gute Beziehungen zur Europäischen Union zu halten. Diese Haltung manifestiert sich in Blairs Stellungnahme vom 14. April 2004 nach der Bush-Erklärung vom Vortag: „Der britische Regierungschef bringt seinerseits seine Unterstützung für Sharons Pläne zur einseitigen Loslösung von den Palästinensern zum Ausdruck.“ Nach seinen Gesprächen mit Bush am 17. April 2004 erklärte Blair weiter: „Die Roadmap bleibt die Grundlage für die Friedensverhandlungen. Sharons Plan stellt diesbezüglich keine Übergehung dar.“ Dies ist nichts weiter als eine Tatsachenverdrehung in der gewohnten englischen Hinterlist. Obwohl beide Pläne – die Roadmap als auch Sharons Abzugsplan – gleich schlecht sind, stellt Sharons Plan definitiv eine Übergehung der Roadmap dar.

Sharons Plan sieht nämlich vor, vier jüdische Randsiedlungen im Westjordanland und 21 Siedlungen im Gazastreifen zu räumen. Israel zieht sich demgemäß aus diesem Gebiet mit Ausnahme der Philadelphia-Linie (eines Streifens entlang der gesamten israelisch-ägyptischen Grenze) zurück, wobei es sich das grundsätzliche Recht zur Selbstverteidigung vorbehält. Dazu zählen Abschreckungs- wie auch Vergeltungsaktionen sowie das Recht, Gewalt gegen jede Bedrohung einzusetzen, die in den Gebieten, aus denen sich die Armee zurückzieht, entsteht. Mit anderen Worten gibt Israel den Palästinensern nur das, was ihnen Sharon seit seiner Regierungsübernahme angeboten hat: 40 % des Westjordanlandes, ohne jede Kontrolle über Luft, Wasser und Grenzübergänge. Außerdem muss dieses palästinensisches „Reich“ waffenfrei sein.

All dies ist einseitig entschieden worden, ohne Verhandlungen zwischen beiden Parteien, wie es die Roadmap vorsieht. Ebenso enthält Sharons Plan keine Erwähnung eines palästinensischen Staates, weder eines entwaffneten Staats noch eines schwachen, reinen Verwaltungsstaats. Nichts dergleichen, was die Roadmap erwähnt, kommt in seinem Plan vor.

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass Sharons Plan zum Rückzug aus Gaza nichts Neues darstellt. Seit langem verlangt dies die israelische Linke, insbesondere Shimon Peres. Der Rückzug aus Gaza war eines seiner erklärten Ziele. Die demographischen Verhältnisse lassen die Situation dort schwieriger erscheinen als im Westjordanland. Außerdem wird der Abzug aus Gaza keinen dramatischen Einfluss auf die Sicherheitslage des Judenstaates haben, anders als im Westjordanland, das an einigen Orten – wie Tulkarem und Qalqilya – nur einige wenige Kilometer vom Mittelmeer entfernt ist. Und das gewährleistet nicht die erforderliche strategische Tiefe für den Judenstaat, der nicht einmal mit der Besetzung des Westjordanlandes die notwendige strategische Tiefe besitzt, mit der er sich vor einem Bodenangriff vom Ostufer her verteidigen könnte. Grund dafür ist die Länge der Frontlinie und ihre geringe Breite. Deswegen wird der Rückzug aus Gaza weder schmerzlich noch von nennenswertem Einfluss sein. Im Gegenteil, sind damit zahlreiche Vorteile für den Judenstaat verbunden. So wird er sich mit einem Schlag 1,3 Millionen Menschen entledigen, die gemäß den offiziellen Statistiken in Gaza leben, wobei den Judenstaat gleichzeitig die demographische Sorge plagt, die sich in der wachsenden Zahl der Araber innerhalb der grünen Linie² sowie im Westjordanland und in Gaza widerspiegelt. Mit dem erwähnten Rückzugsplan entledigen sich die Juden auch vom sprichwörtlichen Wespennest, wie ihre Politiker den Gazastreifen zu nennen pflegen. Nachdem Israel jedoch die Kontrolle über den Philadelphia-Übergang behält, wird es den Gazastreifen demzufolge in ein großes Gefängnis für die Palästinenser verwandeln, das sie nur mit Erlaubnis des jüdischen Kerkermeisters verlassen können.

Dazu kommt noch das Wasserproblem, unter dem der Gazastreifen leidet. So hatten die israelischen Behörden seit den Achtzigerjahren systematisch Brunnenanlagen entlang der Ostgrenze zwischen dem Gazastreifen und dem Negev gegraben, nachdem sie ausgedehnte Probebohrungen und Untersuchungen über die unterirdischen Wasserspeicher und ihre Verläufe durchgeführt hatten. Seit dieser Zeit begann der Negev zu erblühen, während das Brunnenwasser im Gazastreifen stetig zurückging und viele der Brunnenanlagen im Gazastreifen sogar Salzwasser lieferten, weil das Meerwasser zunehmend voranschritt und den Platz des unterirdischen Süßwassers einnahm. Dieser Prozess ist jedoch irreversibel. Das heißt, auch wenn Israel in Zukunft kein Wasser mehr [aus dem Gazastreifen] in den Negev pumpt, wird das Wasser an den Stellen, an denen das Salz bereits eingedrungen ist, auch weiterhin salzig bleiben, da dieser Prozess mit der Ionisierung und den chemischen Reaktionen verbunden ist. Ebenfalls ist bekannt, dass die Gemeinde der Stadt Gaza seit Ende der Achtzigerjahre neue Brunnen außerhalb der Grenzen der Stadtgemeinde gegraben hat, insbesondere in den nördlichen Gebieten, die zu den Gemeinden Dschabalija und Beit Lahia gehören, um den Verlust auszugleichen, der durch die Versalzung der ihr zugehörigen Brunnen entstanden ist. Zweck der Auflistung dieser Fakten des Wasserproblems in Gaza ist ihre Verknüpfung mit den geheimen Nachträgen des mit Ägypten geschlossenen Camp-David-Abkommens. Das Abkommen sieht vor, Israel über den

² Grenzlinie von 1948.

Weg des Salam-Kanals mit Nil-Wasser zu versorgen. Wenn wir also ins Auge fassen, dass Gaza laut geschätzter Erwartungen 2020 keinen Tropfen Süßwasser mehr haben wird, so wird dies die passende Rechtfertigung liefern, den Salam-Kanal zu bauen, um den Sinai mit Nil-Wasser zu versorgen und ihn bis zum Gazastreifen und nach Israel zu verlängern, und zwar unter dem Vorwand, den Gazastreifen und die Palästinenser mit Wasser versorgen zu wollen!

An dieser Stelle ist ein interessanter Aspekt zu erwähnen. Wie oft hatte Bush auf einen Wechsel in der palästinensischen Führung gepocht, mit der Behauptung, diese sei zur Herstellung des Friedens nicht fähig. Er verlangte danach, eine neue Führung einzusetzen, welche in der Lage sei, mutige Beschlüsse zu fassen (!), die zu einer Friedenslösung im Nahen Osten führen. Deswegen übte die US-Administration Druck auf die palästinensische Autonomiebehörde aus, um den Posten eines Ministerpräsidenten zu schaffen. Und so betrat Mahmud Abbas die Bühne, dessen sich Arafat jedoch schnell wieder entledigte, nachdem er erkannte, dass Abbas ihm in der Autonomiebehörde das Zepter aus der Hand zu reißen versucht, indem er ihm seine Vollmachten entzieht. Dies betraf insbesondere die Verhandlungsdossiers und den Sicherheitsapparat, den er Muhammad Dahlan übertragen wollte. Dieser wurde bereits als Kandidat für das Amt des Innenministers in der Abbas-Regierung gehandelt. Arafat brachte daraufhin Kurei ins Spiel, um sich der Loyalität der Person, die das Ministerpräsidentenamt bekleidet, sicher zu sein.

Arafat war den USA in ihren Nahost-Plänen nicht mit ganzer Hingabe gefällig, auch gehörte er nicht zum Kreis ihrer getreuen Männer, denn seit Gründung der PLO befand sich Arafat auf der Linie der Briten. Doch angesichts des geschrumpften britischen Einflusses im Nahen Osten wiesen die Briten ihn an, der US-Linie zu folgen, und so stimmte er der Gründung eines Staates in den besetzten Gebieten und im Gazastreifen zu. Das, nachdem er stets einen säkularen Staat in Palästina für alle Religionsgemeinschaften gefordert hatte: für Muslime, Christen und Juden – ganz nach britischer Sicht. Hierdurch sollte die Akzeptanz der Juden in der Region und ihre Hegemonie darüber leichter fallen. Doch Arafats enge Bande zu Europa, insbesondere zu Großbritannien, waren nicht abgeschnitten. Seine Willfährigkeit gegenüber den USA sahen diese daher nicht als Garant für Resultate an und sprachen offen von der Dringlichkeit, ihn in seiner Funktion als Palästinenserführer loszuwerden. An seine Stelle sollte keine palästinensische Führung treten, die mit den USA zwar mitzieht, sich aber weiterhin Europa verbunden fühlt, sondern eine, die einzig auf die USA fixiert ist. Diesbezüglich folgten die Juden den USA. Deswegen war die Idee des Ministerpräsidenten die Vorbereitung dafür, dass dieser an Arafats Stelle die Befugnisse in die Hand nimmt. Doch internationale und vor allem europäische Umstände haben – wie es scheint – die USA davon abgehalten, den tatsächlichen und vollständigen Schritt zu dessen Ablösung zu wagen. Sie vertraten vielmehr die Auffassung, Arafat seiner Funktionen schrittweise zu beschneiden. Denn hätten sie gegenwärtig die ernsthafte Absicht gefasst, diesen Schritt zu vollziehen, hätten sie es getan. Schließlich befindet sich der Mann in der Gewalt der Juden, und es wäre ein Leichtes gewesen, die geeignete Inszenierung für seine Beseitigung zu gestalten.

Europa jedenfalls stellt sich noch immer hinter Arafat; er steht weiterhin in Kontakt zu Europa, besonders zu Großbritannien, und auch die Verbindungen Europas zu ihm sind ungebrochen. Nun stellt sich die Frage: Wird Europa weiterhin in der Lage sein, ihn zu unterstützen und sich dem Wunsch der USA zu verschließen, auch wenn dieser Wunsch sich zu einem ernsthaften Beschluss wandeln sollte? Erwartet wird, dass Europa – haben die USA

sich einmal entschieden, ihr genanntes Vorhaben umzusetzen – nicht imstande sein wird, den Weg bis zum Ende zu gehen. Schließlich hat sich Europa schon in zahlreichen Fragen den USA entgegengestellt. Doch hatten die USA erst einmal die endgültige Entscheidung getroffen, machte Europa stets eine Kehrtwendung, insbesondere dann, wenn Europa durch ein Mitziehen mit den USA einige seiner Interessen verwirklichen konnte. Aufgrund dessen wird eher erwartet, dass Europas Unterstützung für Arafat nachlassen wird, wenn er sich zu einem Verlustpferd, für das ein Einsatz nicht lohnt, entwickeln sollte und Europa merkt, dass europäische Interessen nicht mit Arafat an der Seite zu verwirklichen sind.

Augenfällig ist die Tatsache, dass dieser Sachverhalt – nämlich der Wechsel in der Führung – begonnen hat, unterschiedliche Reaktionen auszulösen und die Organisationen nun um die Solidarität mit dem belagerten Symbolpräsidenten (!) wetteifern. Unterdessen liquidiert Israel hemmungslos den einen und anderen, bringt Menschen um und vernichtet nach Belieben Baum und Stein, während dem von Israel unter Hausarrest stehenden Präsidenten kein Haar gekrümmt wird. Hier kehrt die Geschichte um die Juni-Niederlage wieder, als der Spruch zu hören war: Solange es dem Kommandanten und Führer gut geht, geht es dem Vaterland gut – selbst wenn ein Großteil davon okkupiert wurde.

Ihr Muslime!

Palästina wird von der Schlechtigkeit der Juden nicht befreit, wenn sich Herrscher zum Schutz eines kläglichen Thrones und einer erbärmlichen Krone in die Arme der Feinde stürzen und offen und unverhüllt die Heiligtümer der Umma an sie abtreten. Ebenso wenig wird eine Autonomiebehörde – bar jeglicher Macht und Befugnis – es befreien können. Schließlich wurde Palästina von ^cUmar eröffnet und durch Saladin von den Kreuzfahrern befreit. Und es bedarf der Nachkommen ^cUmars und Saladins, um es erneut von der Schlechtigkeit der Juden zu befreien.

Das Palästina-Problem ist nicht allein Angelegenheit seiner Bevölkerung bzw. der Araber, sondern in Wirklichkeit eine islamische Angelegenheit. Es ist schlichtweg ein Problem um islamisches Territorium und islamische Heiligtümer, die von den ungläubigen Juden unter Mithilfe der ungläubigen Großmächte Großbritannien und der USA und mit Unterstützung der muslimischen Vasallenherrscher usurpiert wurden. Denn Palästina ist ein islamisches Gebiet und bildet den Südtel von *Bilad al-Scham*³, den die Muslime mit ihrem Blut eröffnet haben. Es existiert kaum eine Handspanne, die nicht vom Staub bedeckt wurde, den das Pferd eines *Mudschahid* aufgewirbelt hat, oder von einem Blutstropfen getränkt wurde, der von einem Märtyrer stammt. Das Land ist Eigentum aller Muslime, und so ist es die Pflicht aller Muslime, ihr Herz und ihre Seele für seine Rückgewinnung herzugeben. Der Verzicht auf eine Handbreit davon stellt einen Verrat an Allah, an Seinem Gesandten und den Gläubigen dar. Denn Allah trug den Muslimen den Dschihad auf, um Palästina vom Judenstaat zu erlösen, das Judengebilde samt seinen Wurzeln aus Palästina auszureißen und der dortigen Hegemonie der USA und aller ungläubigen Staaten ein Ende zu bereiten.

So sieht es um die Palästinafrage und ihre Realität aus. Sie hatte sich im Laufe der letzten Jahrzehnte zu einer Arena des internationalen Machtkampfes zwischen Amerika und Großbritannien und zu einer Frage der internationalen Beziehungen entwickelt, nachdem

³ Bezeichnung für das Gesamtgebiet von Jordanien, Palästina, Syrien und den Libanon, die in der Geschichte stets eine Einheit bildeten

der osmanische Staat zerfallen und die Region von den ungläubigen westlichen Staaten gemäß ihrer Sicht neu geordnet wurde.

Die Bevölkerung Palästinas stellte in den letzten Jahrzehnten das Kanonenfutter dieses Konfliktes dar und muss bis heute mit ihrem Blut und ihrem Leben teuer für die Verwirklichung von Zielen bezahlen, die in den meisten Fällen dem ungläubigen Kolonialisten dienlich sind.

Der Einfluss der USA auf die Region erwies sich im letzten Jahrzehnt der Geschichte des Palästina-Konfliktes als der stärkere – nicht nur auf die eigenen Vasallen. So sind auch die Vasallen Großbritanniens nicht imstande, sich den USA entgegenzustellen, und wenn doch, so haben sie schleunigst wieder Platz genommen. Und somit prägte der Stempel Amerikas die Lösungsvorschläge in der Nahostkrise. Es ist augenscheinlich, wie die USA die Pläne und Entwürfe vorlegen und die anderen sie aufschnappen und versuchen – je nach Interesse oder Position innerhalb des Konflikts – mit ihnen weiterzuschreiten. Während den arabischen Herrschern keine andere Rolle zufällt als das Umsetzen, versuchen die Großmächte, die durch Russland, Großbritannien und Frankreich verkörpert werden, eine teilhabende Rolle an der Seite der USA zu erhaschen, indem sie den US-Plänen folgen. Die USA geben also die Pläne vor, woraufhin die übrigen Staaten sie aufschnappen und ihnen folgen. Besonders deutlich wird dies im Zusammenhang mit der Roadmap: Als die USA den Plan veröffentlichten, folgten ihnen die anderen Staaten und adoptierten ihn ebenso. Diesen Staaten kommt – wie sie es selber zugeben – eine ergänzende und ebene Rolle für die amerikanische zu, jedoch keine alternative Rolle zu den USA.

Hierzu muss Folgendes erwähnt werden:

- die Tatsache, dass die USA weltweit die Oberhand haben, dass ihr Einfluss in der Region der stärkste ist und dass die übrigen mächtigen Staaten nicht imstande sind, die USA von ihrer Position als Führungsmacht zu verdrängen;

- die Tatsache, dass die Juden das verwöhnte Kind der USA sind, das von ihnen mit Waffen, Kriegsmaterial, Finanzmitteln und selbst mit Männern versorgt wird, die mit beiden Staatsbürgerschaften ausgestattet sind;

- die Tatsache, dass die Mitglieder der Autonomiebehörde und die arabischen Herrscher den ungläubigen Besatzern, sowohl aus Europa als auch aus den USA, helfend zur Seite stehen.

All dies bedeutet nicht, dass man sich den USA ergeben und ihnen die Geschicke der islamischen Länder, besonders die Palästinas, dem gesegneten und edlen Boden, in die Hände legen soll.

Ebenso wenig besagt es, dass die USA unbesiegbar und nicht zu bezwingen sind. Ihre Männer sind gar nicht fähig, einer Konfrontation oder einem Angriff standzuhalten – trotz ihrer zahllosen Waffen und ihrer hoch entwickelten Ausrüstung. Ihr Unvermögen, sich aus ihrem Dilemma in Afghanistan und dem Irak zu befreien, ist ein schlagender Beweis dafür. So verschwand die Ehrfurcht vor ihnen in den heldenhaften Schlachten von Falludscha samt diesem Nimbus, der um sie geschaffen wurde. Wenn also die Lage der USA derart ist, wie

steht es dann erst um diejenigen, die minderer Stellung sind, wie Großbritannien, oder jene, die von den USA vollkommen abhängig sind, wie die Juden?!

Ihr Muslime!

Ihr seid imstande, eure Feinde zu schlagen und jede besetzte Handspanne islamischen Bodens zurückzuerlangen. Ihr seid sogar imstande, ihre Länder zu eröffnen, das Wohl weltweit zu verbreiten, wieder zum Leuchtturm der Welt und zur besten Umma, die je unter den Menschen hervorgebracht wurde, aufzusteigen.

Zu all dem seid ihr fähig, und das rechtgeleitete **Kalifat** bildet den Schlüssel dafür. Die muslimischen Länder sind Länder der Reichtümer und Männer. Vor allem aber bilden sie den Boden der gewaltigen Ideologie; des großartigen Islam, der den Nationen Leben einhaucht und sie von Unterdrückung und Tyrannei und vom amerikanischen Schurkentum des 21. Jahrhunderts erlösen wird.

Ihr seid der Dreh- und Angelpunkt dieser Welt. Eure Länder stellen den Schauplatz für Konkurrenz und Rivalität unter den ungläubigen Besatzungsmächten dar, wegen ihrer bedeutenden strategischen Lage und der großen Reichtümer, die Allah euch als Gabe zur Verfügung gestellt hat. Ist den Ungläubigen etwa die Mächtigkeit eurer Reichtümer und eurer Stellung bewusst, um die sie wetteifern, während ihr die Augen vor der Gabe Allahs verschließt, die Er euch an Wohltaten und Stärke darbrachte?

Seid ihr es nicht gewesen, die die Eröffnungen vollbrachten und viele Völker dazu bewegten, ihre falschen Religionen und verdorbenen Nationalismen aufzugeben, um zu einer einzigen Umma zu verschmelzen, welche durch den Islam vereint und durch ihn bewegt wird?

Habt ihr nicht die Mongolen in der Blüte ihrer Macht bezwungen und Sippen von ihnen zum Eintritt in den Islam gebracht, deren Nachkommen im Norden der muslimischen Länder leben und bis heute den Islam tragen?

Habt ihr nicht die Kreuzfahrer geschlagen, nachdem sie Fürstentümer und Staaten auf eurem Boden erbaut hatten, worauf Himmel und Erde sie ausstießen und sie gedemütigt und in Schande verjagt wurden?

Die heutigen Tyrannen, die USA, Großbritannien und ihre Mitläufer, gehören dem gleichen Typus an wie jene Verstaubten. Mehr als eine Schlacht verkrafteten sie nicht; besiegt wurden sie danach in die Flucht geschlagen. **Ḥiṭṭīn** war der Auftakt zum Untergang der Kreuzfahrer und **ʿAin Ğālūt** leitete den Niedergang der Mongolen ein. Ebenso wird es denen heute ergehen: eine einzige entscheidende Schlacht wird ihr Gebäude und ihre Struktur zum Einsturz bringen. Wer, wenn nicht das **Kalifat**, wird diese Schlacht eröffnen? Wir haben bereits andere Schlachten erlebt, mit zahlreichen Waffen und vielen Soldaten. Jedoch kämpften sie nicht, weil sowohl ihr Glaube als auch ihr Diesseits verdorben waren.

Allein das **Kalifat** ist imstande, die USA und Großbritannien von der Weltbühne zu verdrängen, die amerikanische Beherrschung der internationalen Lage zu beenden, die Welt

von ihrem Übel zu erlösen, das Gute auf Erden zu verbreiten und das Judengebilde zu beseitigen, das Palästina, das Land der Nacht und Himmelfahrt, besetzt hält, um es vollständig in den Schoß des Islam zurückzuführen. All dies liegt in eurer Hand, ihr Muslime!

﴿وَأَنْتُمْ الْأَعْلَوْنَ وَاللَّهُ مَعَكُمْ وَلَنْ يَتْرُكَمُ أَعْمَالَكُمْ﴾

„Ihr behält die Oberhand und Allah ist mit euch, und Er wird den Lohn eurer Taten nicht vermindern.“⁴

⁴ Sure Muhammad 47, Aya 35

2.

Kaschmir

Indien führt einen tollwütigen Feldzug gegen Kaschmir, während es in das Lied von Terror und Terrorismus mit einstimmt. Es verfolgt dabei die Absicht, das Problem in dichten Nebel zu hüllen, um den einen oder anderen glauben zu machen, Kaschmir gehöre zum Besitzrecht der Hindus und unterstehe damit ihren Herrschaftsansprüchen. Die Gegenwehr der kaschmirischen Muslime gegen die Aggressionen Indiens wird als Rebellion gegen den indischen Staat gewertet, der sich infolgedessen das Recht zugesteht, den Aufstand niederzuschlagen. Während man das Problem gerne auf verzerrte Weise wiedergibt, handelt es sich bei Kaschmir in Wahrheit um ein islamisches Land. Mehr noch, ganz Indien wurde von den Muslimen eröffnet und aus der Finsternis ins Licht geführt. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts unterstand es der Herrschaft des Islam, bis Großbritannien in den indischen Subkontinent eindrang, Massaker an der Bevölkerung anrichtete und sowohl Mensch als auch Natur schändete.

Fakt ist, dass es sich bei Kaschmir um ein von den Muslimen eröffnetes islamisches Land handelt, in welchem der Islam Ende des ersten Jahrhunderts nach der Hidschra im Zuge der Eröffnungen des muslimischen Führers Muhammad Ibn al-Qasim im Sindh und in Indien Einzug hielt. Sie begannen 94 n. H. (712 n. Chr.), und unter der Herrschaftszeit des abbasidischen Kalifen al-Mu^ctasim, 218-225 n. H. (833-839 n. Chr.), verstärkte sich die Ausbreitung des Islam sowohl dort als auch im übrigen indischen Subkontinent. Der Machtbereich des Islam wurde weiter aufrechterhalten und umspannte den gesamten Subkontinent einschließlich der heute als Indien, Pakistan, Kaschmir und Bangladesch bekannten Staaten

Die Invasion des indischen Subkontinents durch Großbritannien erfolgte 1819. Allerdings setzten sich die Muslime heftig zur Wehr, so dass auf dem indischen Subkontinent nun ein wechselhafter Kampf zwischen dem Aggressor Großbritannien auf der einen und der islamischen Herrschaft auf der anderen Seite entbrannte. Dem Aggressor standen einige Kräfte des Unglaubens, wie Hindus, Sikh, Buddhisten und andere, zur Seite. Erst nach 27 Jahren heftiger Kriege mit den Muslimen, nämlich 1846, konnte Großbritannien dort Fuß fassen und Indien unter seine Kontrolle bringen.

Großbritannien vermochte hierauf, die Region zu beherrschen und sie in drei Gebiete aufzuteilen. Ein Gebiet, das 55% des Subkontinents umfasste und mehrheitlich von Muslimen bewohnt war, wurde von Großbritannien direkt regiert. Einen weiteren Teil regierte Großbritannien mittels der Provinzgouverneure – Hindus ebenso wie Muslime –, die in über 565 autonom regierten Provinzen eingesetzt wurden. Einen dritten Teil, nämlich Kaschmir, verpachtete Großbritannien im Rahmen eines entsprechenden Pachtvertrags, welcher in Amritsar unterzeichnet wurde, für einen Zeitraum von hundert Jahren an einen hinduistischen Lehnsherrn. Dieser ist als Vertrag von Amritsar bekannt geworden. Das Abkommen sollte von 1846 bis 1946 Gültigkeit besitzen.

Und so unterstand das islamische Land Kaschmir gemäß dem erwähnten Pachtabkommen der Regentschaft der Hindus. Die Fläche Kaschmirs umfasst 217.935 km² und grenzt an Pakistan, Indien, China und Afghanistan. Die Anzahl der Einwohner beträgt 12

Millionen, die zu 85% aus Muslimen bestehen. Die restlichen 15% sind Anhängern anderer Religionen, wie Hindus, Sikhs und Buddhisten. Kaschmir wurde von den erobernden Muslimen aufgrund seines angenehmen Klimas, seiner vielfältigen Vegetation, seiner immensen Reichtümer und wegen seiner weltweit höchsten Berggipfel (Himalaja) als Dach der Welt bzw. als Paradies Allahs auf Erden bezeichnet. Kaschmir ist ein Land, das reich an Niederschlägen und Gewässern ist. Es fließen dort die Flüsse Indus, Jelhum und Jonab. Das kaschmirische Land befindet sich allgemein 1.200 m über dem Meeresspiegel, durch das auch ein Teil der berühmten Seidenstraße verläuft, und es stellt den einzigen Verbindungsweg zwischen China und Pakistan dar. Unlängst (1983) wurde dort Saphir entdeckt, was Indien darin bestärkte, weiterhin zäh an der Okkupation und der Beherrschung Kaschmirs festzuhalten.

So sieht also die Lage um Kaschmir aus: Es wurde von Großbritannien okkupiert, einem gewaltsamen Aggressor, der Kaschmir widerrechtlich den muslimischen Einwohnern entriss und es dann einem hinduistischen Tyrannen, einem Feind der Bevölkerung, verpachtete. Und nun behaupten sie, Kaschmir sei Eigentum des indischen Staates und es handle sich bei dem Widerstand der Muslime Kaschmirs um Terrorismus und um einen feindseligen Akt!

Der hinduistische Maharadscha, der Kaschmir im Rahmen des Pachtabkommens der Briten regierte, setzte jede Form von brutaler Gewalt und Misshandlung gegen die Muslime ein, und zwar in einem solchen Ausmaß, dass selbst einer seiner Minister aufgrund der Abscheulichkeit der Verbrechen, mit denen die Regierung des Maharadschas gegen die Menschen in Kaschmir vorging, seinen Rücktritt einreichte. Dieser äußerte sich einmal mit den Worten: „Das Volk Kaschmirs wird wie Vieh behandelt. Es wird drangsaliert und unterdrückt, und keiner der Verantwortlichen hört sein Klagen.“ Er erklärte weiter: „Die Regierung in Kaschmir ist von den Menschen vollkommen isoliert.“ Wenn dies die Aussagen der Feinde sind; wie sieht dann wohl die Wahrheit wirklich aus?

Die hinduistische Regierung war stets darauf aus, die Heiligtümer der Muslime zu entweihen, wie den Koran und die Moscheen. Dies zeigt der Vorfall von 1931, bei dem einer der hinduistischen Sicherheitsoffiziere den Koran beschmutzte, woraufhin Unruhen unter den dort lebenden Muslimen ausbrachen. Nun waren die muslimischen Kaschmirer – wenn es ums Recht ging – für ihre Stärke und Unnachgiebigkeit bekannt. Ein Beispiel für ihre eindrucksvolle Zähigkeit ist die Begebenheit vom 13 Juli 1931, die die Muslime Kaschmirs gerne mit der Schlacht von Mu'ta vergleichen. An diesem Tag versammelte sich eine große Zahl kaschmirischer Muslime, um ihre Solidarität mit einem Mann namens Abdulqadir Khan zu bekunden, der eine Freitagspredigt gegen Beschlüsse des hinduistischen Monarchen hielt, die gegen die Muslime gerichtet waren. Ein hinduistischer Polizeioffizier untersagte ihm daraufhin die Fortsetzung der Predigt und man warf ihn ins Gefängnis. Während der Solidaritätsbekundung vor dem Gefängnis brach die Zeit des Mittagsgebets an, woraufhin einer der Anwesenden damit begann, den Gebetsruf auszurufen. Die hinduistischen Sicherheitskräfte eröffneten daraufhin das Feuer auf ihn und töteten ihn. Anschließend wollte ein anderer den Gebetsruf fortsetzen, der ebenfalls erschossen wurde. Ein weiterer Mann wollte es seinen Brüdern gleichtun, als auch ihn das gleiche Schicksal ereilte, so dass bei diesem Ereignis 22 Personen sterben mussten, bis der gesamte Gebetsruf ausgerufen war.

Der Widerstand der Muslime gegen die hinduistische Herrschaft wurde zwar fortgeführt, doch griffen die Briten zugunsten des hinduistischen Maharadschas mit ihrer üblichen Niedertracht und List gewaltsam ein. Sie behaupteten, das Abkommen laufe schließlich 1946 aus, und danach werde man den Sachverhalt erörtern. In Kaschmir bildete sich die islamische Kongresspartei, die die erste innenpolitische Organisation Kaschmirs darstellte und sich auf die Phase nach Auslauf des Pachtabkommens einstellte.

Doch auch nach Ablauf des Vertrages wurde die hinduistische Herrschaft einmal mit offener und einmal mit verborgener englischer Unterstützung fortgesetzt. 1947 teilten die Briten den Subkontinent – mit Ausnahme Kaschmirs – in zwei Staaten auf: Indien und Pakistan – entsprechend der Einwohner. Doch der hinduistische Herrscher Kaschmirs schloss sich, entgegen dem Willen der muslimischen Einwohner, Indien an. Bemerkenswert ist, dass im Zusammenhang mit der britischen Teilung des indischen Subkontinents zwischen Indien und Pakistan die britische Ministerialmission in ihrem an alle 565 Provinzfürsten ergangene Schreiben vom 12. Mai 1946 betonte, dass beim Anschluss ihrer Provinzen an einen der beiden Staaten – Indien oder Pakistan – der Wille der Bevölkerung einzuhalten sei.

Allerdings wurde bei drei Provinzen die Angliederung an Pakistan blockiert: bei Haidarabad, Junagrah und Kaschmir. Dies lag darin begründet, dass Haidarabad und Junagrah zwar von Muslimen regiert wurden, jedoch mehrheitlich von Hindus bewohnt waren und deshalb Indien angegliedert wurden. Die Einwohner Kaschmirs hingegen waren mehrheitlich Muslime, allerdings war der Regent ein Hindu, und so wurde es ebenfalls an Indien angeschlossen. Es war die Parteinahme der Engländer für die Hindus, die es Indien ermöglichte, diese drei Provinzen, insbesondere Kaschmir, anzugliedern. In der Folge entbrannten zahlreiche Kriege zwischen Indien und der Hindu-Regierung auf der einen und Pakistan und den Muslimen Kaschmirs auf der anderen Seite. Und so kam es dazu, dass Indien zwei Drittel (65%) von Kaschmir okkupierte, während der pakistanischen Seite 30% verblieben und China 5% von Kaschmir an sich riss. Dies ist der heutige Status quo in Kaschmir.

Zu Beginn des Krieges, am 13. August 1948, erging die erste Resolution des Weltsicherheitsrates in der Angelegenheit um Kaschmir, die die Beendigung der Kämpfe sowie die Zusammensetzung einer internationalen Beobachtertruppe forderte, um eine Fortsetzung des Waffenstillstandes zu gewährleisten. Dem folgte ein Beschluss zum Abzug sowohl der indischen als auch der pakistanischen Streitkräfte aus der Region Kaschmir, um den Weg für ein Referendum zu ebnen, mit dem das Volk Kaschmirs über sein endgültiges Schicksal entscheiden sollte. Am 5. Januar 1949 stimmten sowohl Pakistan als auch Indien dieser Resolution zu. Doch Indien lehnte einen Abzug ab, und Jawaharlal Nehru gliederte 1956 denjenigen Provinzteil Indien an, der der Kontrolle der indischen Armee unterstand. Er ließ die indische Flagge über die Staatsgebäude hissen und betrachtete den Landesteil als untrennbaren Teil Indiens.

Am 14. Februar 1957 verabschiedete der Sicherheitsrat eine weitere Resolution, die die Verpflichtung zum Abzug der indischen Truppen aus der Provinz noch einmal bekräftigte. Indien ignorierte jedoch wie üblich – in gemeinsamer Verschwörung mit Großbritannien – die Resolution und begann nun, nach Mitteln zu forschen, die von den Tyrannen zur Zerstörung des Islam und der Muslime und zum Abbringen der Muslime von ihrem Glauben eingesetzt wurden. Diese Mittel wollte man mit gleicher Absicht in Kaschmir einsetzen.

Deswegen entsandte Indien 1965 ein Expertenteam nach Spanien, um zu studieren, wie man die Muslime Andalusiens nach dem Fall Granadas ausrottete. Ferner beauftragte Indien seinen Botschafter in Moskau mit der Aufgabe, die Mittel zur Zerstörung der islamischen Persönlichkeit zu erforschen, die von der ehemaligen Sowjetunion gegen die dortige muslimische Präsenz eingesetzt wurden. Auch intensivierten die indischen Behörden ihre Zusammenarbeit mit dem Judenstaat, nachdem sie diesen samt seiner Usurpierung Palästinas anerkannten. Sie begannen, die Taktiken der Juden bei ihren Massakern gegen die Muslime zu studieren. Ihre Äußerungen haben diese Kooperation offengelegt. So erklärte Benjamin Shan, ein Minister der ehemaligen Regierung Shamirs: „Indien und der Staat Israel sehen sich einer gemeinsamen Gefahr gegenüber, nämlich dem islamischen Fundamentalismus in Palästina und Kaschmir. Wir haben erkannt, wie wir mit den Arabern und Muslimen umzugehen haben, und wir werden unsererseits Indien mit den Erfahrungen, die wir in diesem Bereich gemacht haben, versorgen.“

Eifrig brachte Indien die vielfältigsten Mittel in Kaschmir zum Einsatz, mit dem Ziel, ganze Generationen hervorzubringen, die entweder keinen Bezug mehr zur Religion haben oder vom Islam nur noch ein fehlerhaftes Bewusstsein tragen. Indien hegte die Hoffnung, dass der Islam nach einem gewissen Zeitraum aus Kaschmir verschwunden sein würde. Doch das Resultat war anders, als Indien erhofft hatte, denn die Menschen hielten mit jedem abscheulichen Angriff der indischen Staatsmacht – ob in Form von Gewalt und Repression oder anderer subtilerer Methoden wie Verfälschungen und Täuschungen – stärker an ihrer Religion fest, und ihre Loyalität zum Islam wuchs weiter an.

1989 richtete Indien Massaker in Kaschmir an, bei denen insgesamt 25.000 Menschen als Märtyrer ums Leben kamen, gefolgt von weiteren Massakern in den darauf folgenden Jahren. Die Hilfsorganisation kaschmirischer Muslime veröffentlichte eine Statistik, die auf UNO-Quellen, auf Nachrichten der indischen Presse, auf internationalen Nachrichtenagenturen und auf kaschmirischen Quellen, zu denen sie Kontakt aufnahmen, beruhten, wonach sich die indischen Behörden in Kaschmir von Dezember 1990 bis Januar 1998 folgender Verbrechen schuldig gemacht haben:

63.275 Märtyrer kamen durch Gewehrkugeln ums Leben.

775 Politiker, Gelehrte und Imame von Moscheen wurden liquidiert.

3.370 Märtyrer wurden zu Tode gefoltert.

81.161 Personen befinden sich ohne Anklage in den Gefängnissen.

Hinzu kommen Verletzungen der Familienehre, Entweihung von Heiligtümern und Hunderttausende von Verletzten und Vermissten. Die von Indien in Kaschmir begangenen Gräueltaten füllen die Berichte internationaler Organisationen, so, wie den von Amnesty International vom 6. Februar 1999.

Dies war ein kurzer Abriss von der Gewalt und den Misshandlungen, die indische Behörden in Kaschmir anwendeten. Was die weiteren Mittel sowie Verdunkelung und Irreführung betrifft, so verbannte die Staatsmacht das Lehren des Koran und der arabischen Sprache aus den staatlichen Schulen und führte die indische Sprache als Pflichtfach ein. Darüber hinaus machte sie sich die Medien zunutze, um verstärkt mit Kampagnen gegen die

islamischen Werte in der Familie und gegen die islamische Kleidung der Frau vorzugehen. Daneben forcierte sie den Verkauf von Alkohol in Kaschmir und initiierte Gesetze zur Mischehe zwischen Muslimen und Hindus. Ferner trieb sie ein Programm zur Geburtenkontrolle voran, das die Pflicht zu operativen Eingriffen vorsah, so dass Kaschmir – mit einer muslimischen Mehrheit – die höchste Auszeichnung für Geburtenkontrolle erhielt.

Das ist also Kaschmir, das unter den Gräueltaten, die seitens der indischen Armee und der indischen Polizeikräfte gegen die Muslime verübt werden, zu leiden hatte und immer noch leiden muss. Die Kaschmirfrage zeigt große Parallelen zum Palästina-Problem auf. Die Besetzung Kaschmirs durch die Hindus erfolgte im gleichen Zeitraum, in welchem die Juden Palästina okkupierten und dort ihren Staat errichteten. So, wie die arabischen Regenten Palästina im Stich ließen und nichts zu seiner Rettung unternahmen, verhielten sich die pakistanischen Regenten gegenüber Kaschmir.

Lange Zeit, von 1947 an, dem Jahr der Aufteilung und der Unabhängigkeit, bis zum Jahr 2003, pochte Pakistan unaufhörlich auf die Umsetzung der internationalen Resolutionen und die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts für das kaschmirische Volk. Indien hingegen lehnte diese Beschlüsse stets ab, so, wie „Israel“ es zu tun pflegte. Doch mit Beginn des Jahres 2003 änderte sich die Haltung Pakistans. Es sah von Verhandlungen auf Grundlage der internationalen Resolutionen ab, verzichtete auf das geforderte Selbstbestimmungsrecht und stimmte direkten bilateralen Verhandlungen mit Indien zu, ohne das Problem auf internationaler Bühne zu erörtern. Es war außerdem zu einem Verzicht auf pakistanische Bedingungen, die an das Selbstbestimmungsrecht des kaschmirischen Volkes geknüpft waren, bereit.

Die Ursache für den Verlust Kaschmirs und den unterlassenen Schutz der Muslime dort liegt nicht am Unvermögen der Muslime in Pakistan; sie wären mit Leichtigkeit imstande, Kaschmir von Indien zurückzugewinnen. Doch das Vasallentum der pakistanischen Machthaber gegenüber den USA veranlasste sie dazu, einen Teil Kaschmirs nach dem anderen an Indien abzutreten. Ayyub Khan hat im Jahr 1965 einen Krieg um Kaschmir geführt und dabei drei Flüsse, die zu Pakistan gehörten, an Indien verloren. Yahya Khan und Zulfikar Ali Bhutto verloren wiederum Ostpakistan 1971, woraus Bangladesch entstanden ist. In der Regierungszeit Ziaul Haks besetzten die Inder die Berghöhen von Sianchin. In der Amtszeit Nawaz Sharifs wurden die Mudschahidin und die pakistanische Armee 1999, nachdem die Muslime kurz vor einem Sieg standen, am Erhalt der Kargil-Höhen gehindert, indem Nawaz Sharif der Armee und den Kämpfern auf Geheiß Amerikas den Befehl zum Rückzug erteilte. Der damalige Premierminister Indiens Vajpajee sollte damit gestützt und gegenüber seinem Konkurrenten, dem indischen Nationalkongress, auf Kosten muslimischen Blutes zum Volkshelden erhoben werden.

Schließlich erfolgte in der Amtszeit Pervez Musharraf zum ersten Mal ein Verzicht auf die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts für das kaschmirische Volk und somit auf ein Herauslösen Kaschmirs aus dem Klammergriff Indiens.

Das Kaschmirproblem kam mit der USA-Visite Musharraf und seinem Empfang in Camp David am 24. Juni 2003 durch Bush ernsthaft auf den Verhandlungstisch. Dieser Besuch war eine Zäsur für die weitere politische und militärische Vorgehensweise bezüglich Kaschmirs. Bis dato hatte es nämlich kein pakistanischer Machthaber gewagt, eine Lösung

auf Grundlage direkter Verhandlungen mit Indien und einer Teilung Kaschmirs öffentlich zu propagieren. Bei jeder früheren Unterbreitung eines politischen Vorschlages wurde deutlich gemacht, dass ganz Kaschmir, sowohl das zu Pakistan gehörende Azad-Kaschmir als auch der zu Indien gehörende Teil Jammu und Kaschmir, von Indien unabhängig sein sollte. Indien hingegen lehnte dies stets ab und betrachtete Jammu und Kaschmir als Teil Indiens, so, wie Nehru es im Jahr 1956 in seiner Erklärung verdeutlichte.

Während dieser US-Visite erklärte Musharraf offen seine Zustimmung zu einer Roadmap (!), um das Kaschmirproblem nach dem Lösungsmuster für das Nahostproblem beizulegen. Er erklärte zusätzlich seine Bereitschaft zu wichtigen Zugeständnissen, um im Fall Kaschmir eine dauerhafte Lösung mit Indien zu erzielen. Die Unterbreitung (der Verzicht) erfolgte während seines oben erwähnten Besuches am 26. Juni 2003 im Rahmen von Unterredungen, die er mit amerikanischen Abgeordneten in Washington führte. Anschließend fügte er hinzu, dass er sich den muslimischen "Extremisten", d. h. den kämpfenden Gruppen in Kaschmir, entgegenstellen werde.

Daraufhin lud der pakistanische Präsident Pervez Musharraf am 11. August 2003 Indien zu Verhandlungen ein, um die Streitigkeiten beizulegen. Die Erklärungen Musharrafs, in denen er das Festhalten an Verhandlungsgesprächen mit Neu-Delhi bekräftigte, ergingen einen Tag nachdem der indische Premierminister Atal Bihari Vajpajee von einer Notwendigkeit der Beendigung des Blutvergießens zwischen beiden Ländern sprach.

Am 17. Dezember 2003 berichtete die Nachrichtenagentur Reuters aus einem Interview mit Musharraf, dass er bereit sei, sich mutig und flexibel bei den Anstrengungen um einen Frieden zwischen beiden Nuklearnachbarn zu zeigen. Musharraf gab in dem Interview seine Flexibilität im Falle Kaschmirs zum Ausdruck und sagte: „Wenn wir zu einer Lösung für dieses Problem gewillt sind, so müssen beide Seiten zu flexiblen Gesprächen bereit sein, die öffentlich erklärten Positionen überwinden und sich in der Mitte treffen.“

Musharraf erließ nun ein Gesetz nach dem anderen, um jeglichen Widerstand der Muslime gegen die indische Okkupation Kaschmirs zu verbieten und zu unterdrücken, bis es schließlich am 5. Januar 2004 zu einem Treffen mit Vajpajee kam und die praktischen Grundzüge der Verhandlungen mit Indien um die Kaschmirfrage gelegt wurden.

In Folge kam es zur Verkündung sich ähnelnder Verhandlungspositionen. So äußerte der stellvertretende indische Ministerpräsident Lal Krishna Advani am 12. März 2004, dass "sein Land zu Verhandlungen bereit" sei, "um zu versuchen, mit Pakistan bezüglich der" umkämpften "Kaschmirregion einen Frieden zu erzielen".

In einem ungewöhnlichen Vorschlag an Pakistan, erklärte Vajpajee am Freitag, den 18. April 2004: „Der Dialog ist der einzige Weg, den Frieden in Kaschmir herzustellen.“ Zafrullah Jamali, der pakistanische Ministerpräsident, beeilte sich, diese Einladung zu begrüßen, indem er dies als eine „positive Entwicklung“ bezeichnete, und dem Angebot des indischen Premierministers zur Aufnahme von Verhandlungsgesprächen um Kaschmir positiv entgegensah. Jamali unterrichtete die Korrespondenten in Islamabad darüber, indem er erklärte: „Die Position Pakistans ist noch immer die gleiche. Sobald jedoch die Verhandlungen beginnen ... werden sich beide Seiten flexibel zeigen.“

Indien und Pakistan hatten bereits am 16. Februar 2004 die Gespräche wieder aufgenommen, nachdem man sie aufgrund der Spannungen zwischen beiden Ländern, die vor zweieinhalb Jahren ihren Gipfel erreichten, abgebrochen hatte. Vertreter beider Länder führten in Islamabad Gespräche, die zum Ziel hatten, einen Arbeitsplan sowie einen Verhandlungsrahmen zu schaffen, in der Hoffnung, den Kaschmirkonflikt, der ja den Hauptpunkt der Streitigkeiten zwischen beiden Ländern darstellt, beizulegen.

Die Vereinigten Staaten streben seit geraumer Zeit nach einer Verbesserung ihrer Beziehungen zu Indien, und zwar seit dem Zerfall der Sowjetunion, d. h. seit Beginn der Neunzigerjahre. Nachdem sie die Phase der kontrollierten Einbindung Chinas abgeschlossen hatten, gingen sie zur Phase der Einschränkung Chinas über. Und da Indien traditionell mit China verfeindet ist und zudem ein hohes Menschen- und Militärpotential besitzt, erweist sich Indien als vielversprechender Kandidat für die Erfüllung dieser Rolle. Die Vereinigten Staaten erkannten diese potentielle Rolle Indiens. Bereits seit 1947, d. h. seit der „Unabhängigkeit“ Indiens, bemühen sie sich, dort an Einfluss zu gewinnen, doch die Briten und die Kongresspartei standen dem im Wege. Nach einer bedeutungsvollen Entwicklung setzten die USA ihre Versuche 1990 auf höherer Ebene fort und schickten den CIA-Chef Robert Gates auf Mission. Doch ihre Bemühungen brachten erst mit dem Aufstieg Vajpajees im Jahr 1998 den erhofften Erfolg. In den USA wurde die Frage von Führungs- und Zentralmächten in den unterschiedlichen Regionen der Welt erörtert. Diese sollten von Amerika dazu animiert werden, die Führung in der jeweiligen Region zu übernehmen. Dabei kam Indien für die Führungsrolle in der südasiatischen Region in Frage.

Da das Kaschmirproblem Indien schwer zu schaffen machte, gleich einem Stachel im Leib, gingen die USA gezielt dazu über, Indien von diesem Stachel zu befreien, so dass sich Indien ganz auf China als Rivalen konzentrieren konnte. Zudem sollte das heiße Eisen des Kaschmirproblems nicht den US-Krieg gegen Afghanistan beeinflussen.

Da nun beide Staaten, sowohl Indien als auch Pakistan, dem amerikanischen Einflussbereich unterworfen waren, forcierten die USA jetzt die gegenseitige Annäherung beider Staaten in der Frage um Kaschmir. Dabei änderten sie ihre grundlegende Ansicht, was die Lösung des Konflikts betraf, denn zu Beginn beabsichtigten sie, das Problem zu einer internationalen Angelegenheit zu erheben, während sie nun beide Seiten dazu anspornen, nach einer bilateralen Lösung zu suchen. Nach US-Meinung sollte die Lösung nun in der Teilung Kaschmirs bestehen, wonach das Freie Kaschmir bei Pakistan und der von Indien kontrollierte Teil Kaschmirs bei Indien verbleiben soll. Den mehrheitlich von Muslimen bewohnten und von Indien besetzten Regionen Kaschmirs soll eine Art Autonomieverwaltung zuerkannt werden, jedoch sollen sie unter der Obhut der indischen Regierung bleiben. Und obgleich sowohl Musharraf als auch Vajpajee (vor den letzten Wahlen in Indien) von amerikanischer Hand gelenkt wurden, gab es noch immer Barrieren auf dem Weg des Teilungsplans. Diese Hindernisse bildeten sich zum einen aus Elementen im pakistanischen Militär und zum anderen aus Elementen radikaler Hindus. Die Ereignisse des 11. September 2001 gaben Amerika die Gelegenheit, sich diesen Hindernissen entgegenzustellen und sich ihrer zu entledigen. Pakistan wurde gezwungen, eine ganze Reihe von Nivellierungen und Konzessionen zu machen, welche die Position Vajpajees gegenüber den radikalen Hindus stärkten.

Diese Zugeständnisse von Seiten Pakistans sahen folgendermaßen aus: ein Ende der Unterstützung der Dschihad-Gruppen und eine Schließung der Ausbildungslager; eine verminderte Präsenz der pakistanischen Armee an der Trennlinie und die Beendigung jeglicher Unterstützung der Muslime Kaschmirs. Schließlich ging, wie bereits erwähnt, Pervez Musharraf, der große Vasall Amerikas und größte Feind der Muslime in dieser Region, so weit, dass er im Rahmen seines US-Besuches sein Einverständnis zu einer Roadmap verkündete, um nach Art der Roadmap für den Nahen Osten eine Lösung für das Kaschmirproblem herbeizuführen. Diese soll zu direkten Verhandlungen mit Indien zur Erörterung der amerikanischen Lösung führen. Musharraf erklärte, dass er sich den muslimischen Extremisten, d. h. sowohl den kämpfenden Gruppierungen in Kaschmir als auch den islamischen Bewegungen und Parteien in Pakistan, entgegenstellen werde.

Die USA erhofften sich als Resultat dieser Zugeständnisse eine wachsende Popularität Vajpajees und seiner Partei beim indischen Wähler, insbesondere da sie Vajpajee militärische Unterstützung zukommen ließen, während sie Pakistan die hoch entwickelten Waffen vorenthielten (indem sie beispielsweise die Abwicklung des Flugzeuggeschäfts hinauszögerten, obwohl Pakistan dafür bereits bezahlt hatte). Amerika schloss mit Indien ein Abkommen zur strategischen Zusammenarbeit, damit Vajpajee vor dem indischen Volk als Konstrukteur der militärischen Überlegenheit über den pakistanischen Gegner dasteht. Auch wirtschaftlich wurde Vajpajee unterstützt, um einen Aufschwung auszulösen. Dies alles, weil nach US-Meinung die Kongresspartei einen starken Stand hatte, während die Janata-Partei einen Zusammenschluss aus mehreren Gruppen darstellt, der ohne Unterstützung nicht in der Lage sein würde, vor der Kongresspartei zu bestehen.

Doch der Absturz der Janata-Partei lag gerade in dieser – insbesondere der wirtschaftlichen – Unterstützung begründet. Die Wirtschafts- und Finanzhilfen der USA flossen im Übermaß an die Janata-Regierung, die auch dazu gedrängt wurde, Privatisierungsmaßnahmen durchzuführen. So entstanden dort riesige Konzerne, und die Wirtschaft blühte auf, jedoch nach kapitalistischem Modell, d. h. der verstärkten Konzentration von Kapital, was sich für ein Land mit verbreiteter Armut als unangemessen erweist. So entstanden Finanz- und Industriebetriebe in den Städten sowie Personen mit großem Reichtum, während die Armen, besonders auf dem Land und in den Dörfern, immer ärmer wurden.

Zu dieser Wirtschaftslage (mit den beiden Gegensätzen: unermesslicher Reichtum und erdrückende Armut) kam noch ein zweiter Aspekt hinzu, nämlich ein religiös-nationalistischer Fanatismus der Hindus, welche Massaker an den Muslimen verübten, gegen Moscheen vorgingen, sie teilweise zerstörten und sogar Angehörige anderer Religionsgemeinschaften bedrängten.

Zu dem kam noch ein dritter Aspekt hinzu, nämlich die traditionelle Etabliertheit der Kongresspartei und ihre politische Verschlagenheit nach britischer Art. Sie bekämpfte den religiösen Radikalismus der Janata-Partei durch einen nach außen bekundeten Säkularismus der Kongresspartei, die keine Religion der anderen den Vorzug gibt. Den Privatisierungskapitalismus der Janata-Partei bekämpfte sie durch die Hervorkehrung ihrer "linksgerichteten" Einstellung, indem sie zur Gründung staatlich geführter Projekte aufrief, um Arbeitsplätze für Arbeiter und Arme zu schaffen. Sie nahm auch die Position der Janata-Partei hinsichtlich Kaschmirs ins Visier, und stellte sie als Schwäche gegenüber Pakistan dar,

denn die Kongresspartei würde das besetzte Kaschmir niemals zum Verhandlungsgegenstand machen. Schließlich war es Nehru, der für den Anschluss Kaschmirs aufgrund eines Beschlusses aus dem Jahr 1956 gesorgt und es als untrennbaren Teil Indiens manifestiert hatte.

Und so kam es zum Ergebnis der allgemeinen Wahlen vom 10. Mai 2004, das folgendermaßen aussah: ein Verlust für die BJP, der regierenden Janata-Partei, und ein Sieg für die probritische Kongresspartei. Damit war der US-Plan zunichte gemacht, der vorsah, die Auseinandersetzung um Kaschmir durch die Annäherung beider Staaten beizulegen. Die Niederlage der BJP bedeutete auch einen Schlag gegen den umfassenderen Plan der USA, Indien als Bollwerk gegen die zunehmende Macht Chinas zu nutzen.

Der Sieg der Kongresspartei bedeutet, dass Indien Kaschmir noch stärker als die BJP umklammern wird. Eben dies drang nach dem Sieg der Kongresspartei an die Oberfläche. Am 9. Mai 2004 äußerte der amtierende indische Sicherheitsberater J. N. Dixit: „Mit Sicherheit werden wir noch stärker an Kaschmir festhalten [...]. Wir werden keinen indischen Boden von Jammu und Kaschmir abtreten. Das Einzige, was erzielt werden kann, sind Marginalkorrekturen entlang der Trennlinie.“ Am 23. Mai 2004 erklärte der indische Außenminister Natwar Singh, dass die Grundlage der Beziehungen zwischen Pakistan und Indien in dem Abkommen von Simla (1972) sowie in den Folgeverträgen und Erklärungen zwischen beiden Ländern gelegt worden sei. Am 24. Mai 2004 erwiderte Musharraf auf die Bemerkungen Natwars mit den folgenden Worten: „Wenn Natwar gemeint hat, dass kein Beschluss bezüglich des statischen oder beweglichen Zustandes existiert, so möge er mir einen Einspruch erlauben. Dies ist keine Lösung. Wenn die Trennlinie zum dauerhaften Zustand werden soll und fertig, so ist dies keine Lösung. Wenn er meint, dass wir uns mit dem Abkommen von Simla zufrieden geben sollen, so kann ich ihm nicht beipflichten.“

Die Kongresspartei machte deutlich, dass sie an freundschaftlichen Beziehungen zu den USA interessiert sei. So sagte Natwar: „Es gehört zu unserem, zu ihrem und zum Nutzen der Welt, dass die Beziehungen zwischen Indien und den USA stabil und nicht vorübergehender Natur sind.“ Trotzdem erschien in dem von der Kongresspartei im Jahre 2004 veröffentlichten Dokument zu Fragen der Politik, der Sicherheit und der Verteidigung Folgendes: „Es ist bedauerlich, dass ein großes Land wie Indien so eingeschränkt wurde, um lediglich zu einem Anhängsel der USA zu werden, dessen Gefolgschaft sie sich sicher sind. Das ist das Resultat der Regierungspolitik der BJP/NDA, die die US-Politik und den Willen der USA über die Interessen Indiens hinsichtlich seiner Außenpolitik und seiner nationalen Sicherheit gestellt hat. [...] Die Kongresspartei wird diese schlecht geführte Politik in eine neue Richtung lenken, wobei sie die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in unserer Region und anderswo stets vor Augen haben wird.“ In dem Kommuniké der Kongresspartei wurde zudem dafür plädiert, die indische Außenpolitik auf die Anschauungen Nehrus auszurichten, was auf eine britisch orientierte Außenpolitik hindeutet. In dem Text heißt es: „Die wichtigste Aufgabe der Kongresspartei ist es, Indien bei seinen Außenbeziehungen eine freie Wahl zu gewährleisten. [...] Dies ist das Wesen der Außenpolitik, auf dessen Grundlage Jawaharlal Nehru einen nationalen Konsens aufbauen konnte. Dieser Konsens geriet während der Regierungszeit der BJP/NDA arg ins Schwanken.“

All das bedeutet, dass die USA ihre Position in Bezug auf Indien überdenken werden. Und sie würden Pakistan dazu drängen, die Zügelung des kaschmirischen Widerstandes aufzugeben, um die Kongresspartei samt ihren Verbündeten zu schwächen und Druck auf sie auszuüben. Doch das starke Sehnsuchtsgefühl der Muslime Pakistans zur Rückkehr des Islam und des Dschihad – seiner Speerspitze – sowie die instabile Position Musharrafs halten die USA vor diesem riskanten Schritt zurück. Noch schlimmer für die USA ist die Tatsache, dass die Kongresspartei begann, eine Neuformierung der Streitkräfte Indiens, die ein sehr intensives Verhältnis zu den USA hatten, in Angriff zu nehmen. Tatsächlich hat sie auch damit angefangen, die Armee von US-freundlichen Offizieren zu säubern. Zweifellos wird dies die Fähigkeit der USA beeinträchtigen, Einfluss auf die indischen Streitkräfte zu nehmen, womit den USA keine andere Wahl bleibt, als abzuwarten. Das Wahrscheinlichste wird sein, dass sie vor den US-Wahlen Ende 2004 wohl keine neue Politik gegenüber Indien entwickeln werden. Keinesfalls werden die USA jedoch so leicht von Indien ablassen, nachdem sie während der Vajpajee-Regierung dort Fuß fassen konnten. Und so wird das Kaschmirproblem weiterhin ein Spielball der ungläubigen Kolonialisten bleiben, der – je nach Interesse und Einfluss – zwischen ihnen hin- und hergeschoben wird.

Wie kann nun der Verrat der Regenten Pakistans an den Mudschahidin und den Muslimen Kaschmirs beendet werden?

Die Antwort auf diese Frage beschränkt sich darauf, dass die Muslime Pakistans ernsthaft dafür tätig werden, die Regierung Musharrafs zu stürzen und einen Islamischen Staat in Pakistan zu errichten, welcher Kaschmir durch Dschihad und Waffengewalt zurückgewinnt und Indien so lange bekämpft, bis der gesamte indische Subkontinent in den Schoß des Islam zurückfällt – wie es zuvor für einen langen Zeitraum gewesen ist. Dies ist nicht unmöglich, solange die Stärke des Glaubens und des Willens vorhanden ist und die Entschlossenheit zu einer dauerhaften Beschreitung dieses Weges, bis die Muslime ihr Ziel, ihre Länder vom Schmutz der hinduistischen Kuh-Anbeter zu befreien, verwirklicht haben. Insbesondere da Pakistan über ein schlagkräftiges Militär und Nuklearwaffen verfügt, womit es nur zu winken braucht, um Kaschmir zu befreien, nachdem alle diplomatischen Wege seit mehr als einem halben Jahrhundert gescheitert sind.

Ihr Muslime!

Kaschmir, ja ganz Indien, ist ein islamisches Land. So, wie das islamische **Kalifat** sie im ersten Jahrhundert der Hidschra eröffnet hat, wird das **Kalifat** imstande sein, die Herrschaft des Islam in Kaschmir und im ganzen indischen Subkontinent wiederherzustellen und der Unterdrückung, der Repressionen sowie den brutalen Aktionen der Hindus und ihrer Anhängerschaft gegen die Muslime ein Ende zu bereiten. Die auf dem Subkontinent lebenden Muslime sind wahrlich in der Lage dazu; Pakistan alleine wäre fähig dazu, sobald ein aufrichtiger Herrscher, ein rechtgeleiteter Kalif, es führen würde, es mit dem regiert, was Allah herabgesandt hat, und mit ihm in den Dschihad gegen die Feinde Allahs zieht. Pakistan verfügt über genügende Voraussetzungen für das rechtgeleitete **Kalifat**, das den Muslimen ihre Würde wiedergibt und sie aus dem Unheil, von dem sie Tag und Nacht heimgesucht werden, befreit. Dieses Unheil wird ihnen nicht nur durch die Hand der Ungläubigen zugefügt, sondern auch durch die Hand der Vasallenherrscher, die das

Potential der Soldaten im Kampf gegen ihre muslimischen Geschwister vergeuden, im Osten wie im Westen des Landes, zur Wahrung der Interessen der USA und Indiens.

Ihr, das Volk Pakistans, seid dazu imstande, den Funken des Guten wieder zu entzünden und das Banner des **Kalifats** zu erheben, das Banner von "*La Ilaha illallah Muhammadun Rasulallah*"⁵

﴿ولينصرن الله من ينصره إن الله لقوي عزيز﴾

"Und Allah wird gewiss dem zum Sieg verhelfen, der für Seinen Sieg eintritt. Wahrlich, Allah ist machtvoll und erhaben."⁶

⁵ "Es gibt keinen Gott außer Allah und Muhammad ist der Gesandte Allahs"

⁶ Sure Al-Hağğ 22, Aya 40

3.

Tschetschenien

Tschetschenien ist ein Teil des Kaukasus, einer zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer gelegenen Gebirgsregion. Dieses Gebiet umfasst die Republiken Inguschetien, Dagestan, Nordossetien und Tschetschenien, die sich alle im Nordkaukasus befinden. Es umschließt ebenfalls Georgien, Armenien, Aserbaidschan sowie Teile der Türkei und des Iran, die sich im Süden des Kaukasus befinden.

Sowohl der Norden als auch der Süden des Kaukasus gelten als islamische Gebiete, in denen der Islam schon früh Einzug gehalten hat. Sie wurden noch vor Persien und Byzanz eröffnet. Die Muslime gelangten 22 n. H. dorthin, also in der Herrschaftszeit von ʿUmar Ibn Al-Ḥaṭṭāb, wobei der ehrenwerte Sahabiy⁷ Abu Duḡāna an dessen Eröffnung teilhatte. Tiflis, die Hauptstadt Georgiens, wurde vom Amir Habib Ibn Maslama unter ʿUthman Ibn Affān eröffnet.

Das Kaukasus-Gebiet blieb sowohl in der omayyadischen als auch in der abbasidischen **Kalifatszeit** ein Teil des Dar ul-Islam (Stätte des Islam). Doch bedingt durch die Schwäche, die sich, ausgelöst durch den Mongolensturm auf Bagdad im Jahre 656 n. H., in den Außengebieten des Abbasidenstaates eingeschlichen hatte, wurde der islamischen Herrschaft im Kaukasus durch die Mongolen ein jähes Ende bereitet. Die Ironie dabei war, dass gerade die Mongolen, die den Muslimen Abscheuliches angetan hatten, von der bezwungenen Kaukasusbevölkerung zum Eintritt in den Islam bewegt wurden und im 13. Jahrhundert eine islamische Herrschaft im Kaukasus errichteten. Das östlich von Moskau gelegene Kazan, wurde zum Zentrum ihrer Herrschaft. Ihr Staat gewann an Macht und Stärke und konnte sich nach Süden hin ausbreiten, indem er sich die kaukasischen Gebiete angliederte. Sein Machtbereich erstreckte sich bis nach Sibirien und sogar bis nach Moskau. Aufgrund der Goldfülle seiner Hauptstadt, seines überragenden Reichtums und seines hohen Ansehens unter den damaligen Nachbarstaaten wurde er als "das goldene Königreich" bekannt. Doch der Aufstieg des russischen Reiches und die Vereinigung seiner russisch-orthodoxen Fürstentümer unter der Führung Moskaus führten zu anhaltenden Konfrontationen mit dem islamischen Mongolenstaat. Zwei Jahrhunderte später endeten diese Auseinandersetzungen mit dem Fall des Mongolenstaates, der Zerstörung seiner Hauptstadt Kazan und der Preisgabe seiner Bevölkerung. Mit Gewalt wurden sie zu Russen gemacht, nachdem der männliche Teil der Bevölkerung ausgelöscht und viele der Frauen mit russischen Männern zwangsverheiratet wurden. Einer islamischen Präsenz im Herzen Russlands wurde damit - in einem Moment der Unachtsamkeit der Muslime, die es versäumt hatten, die Verbindung zu ihren Geschwistern im Süden, wo sich das Staatszentrum befand, aufrecht zu halten – ein jähes Ende bereitet. In der Zwischenzeit hatte sich der osmanische Staat herausgebildet, der damit begonnen hatte, den kaukasischen Muslimen zu helfen und sie zu betreuen. Er trat nun in eine Auseinandersetzung mit dem Russischen Reich um die Beherrschung der Kaukasusregionen, die nun zu Grenzgebieten zwischen zwei Großmächten – Russland und dem Osmanischen Staat – geworden waren.

⁷ Prophetengefährte

Dem osmanischen Staat gelang es schließlich – mit Ausnahme Aserbeidschans, das 1578 in den Einflussbereich des iranischen Safawidenstaates geriet –, den Kaukasus unter seine Kontrolle zu bringen. Die islamische Herrschaft dauerte im Kaukasus bis 1722 an, als der russische Zar Peter der Große eine Offensive gegen den Kaukasus führte und einen Teil davon besetzte. Die Muslime konnten jedoch die Russen 1735 n. Chr. zeitweilig zurückdrängen, und ein wechselhafter Krieg zwischen Russen und Muslimen wurde fortgesetzt.

Mit Unterstützung der Osmanen gelang es den Kaukasiern drei Jahrhunderte lang, sich vor den russischen Invasionsheeren zu behaupten, bis der osmanische Staat schwach wurde und es den Russen aufgrund dessen gelang, die Oberhand über den islamischen Widerstand zu gewinnen und den Kaukasus in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts unter ihre Kontrolle zu bringen.

Doch der Widerstand der Kaukasier gegen die russischen Zaren blieb bestehen, obwohl die Russen brutalste Unterdrückungsmethoden anwandten. Sie reichten von Ausrottung über Zwangsbaptisierung, Deportationen, Folter, der Verbrennung von Waldgebieten bis hin zur Ersetzung der arabischen, türkischen und persischen Sprache durch das Russische.

Der Widerstand der Tschetschenen hob sich jedoch vom gesamtkaukasischen Widerstand in einer Weise ab, die eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Gelehrte und Mudschahidun tauchten auf, die es vermochten, das tschetschenische Volk dschihadistisch erfolgreich zu führen, sodass es zu gewaltigen Opfern bereit war und den aufeinander folgenden russischen Zaren schlaflose Nächte bereitete. Während der Zarenzeit machte sich Scheich Mansur al-Schischani im zähen tschetschenischen Widerstand gegen die russische Besatzung einen Namen, als er von 1785-1794 einen heftigen Krieg gegen die russische Besatzungsmacht führte, den er als "heiligen Dschihadkrieg" bezeichnete. In dessen Fußstapfen trat dann Imam Mawlay Muhammad, der von 1824-1832 einen blutigen Krieg gegen die russischen Besatzer befehligte. Anschließend trat Imam Schamil in Erscheinung und lieferte sich dreißig Jahre andauernde (1832-1859) Schlachten mit den Russen.

Der Aufstand gegen die Russen wurde unter der Führung des Tschetschenen Umadijev sowie unter den Bewegungen von Tabi Adajev, von Salmajev und des tschetschenischen Führers Ali Bey Hāġi, den die Russen 1878 in Grosny hinrichteten, weiter fortgeführt. Die Russen setzten jede ihnen zur Verfügung stehende List ein, um die Tschetschenen vom Dschihad abzuhalten. So lenkten sie die Aufmerksamkeit der Tschetschenen zu den Sufi-Orden hin, damit sie ihre Energien in den Gebetsnischen und den Dikr-Kreisen auslassen können. Doch den Russen brachte dies keinen Nutzen, da sich alle Tschetschenen mit all ihren religiösen Richtungen – darunter auch die Sufis - dem Kampf gegen die Russen verschrieben hatten.

Der Widerstand der Muslime im Kaukasus gegen die russische Armee war von solch zäher Hartnäckigkeit, dass die Russen in starke Bedrängnis gerieten, so dass Lenin die rasch aufeinander folgenden Niederlagen der russischen Armee im Ersten Weltkrieg als Folge der Ermattung deutete, die sich aufgrund der jahrhundertelangen heftigen Kriege im Kaukasus bei dieser Armee breit gemacht hatte.

In der Sowjet-Ära ließ Stalin Ende des Zweiten Weltkrieges das gesamte tschetschenische Volk aus seiner Heimat nach Sibirien und Kasachstan deportieren, wo die Hälfte des tschetschenischen Volkes, das schätzungsweise 1,2 Millionen Menschen zählte, umkam. In diesem Exil verblieb es bis 1957, als ihm die Rückkehr erlaubt wurde.

Die Willkür der russischen Kommunisten gegen die tschetschenischen Muslime war noch härter als die während der Zarenzeit. Sie zerstörten Moscheen, schafften den Religionsunterricht ab, zwangen den Menschen das kommunistisch-atheistische Denken auf und gingen mit äußerster Brutalität gegen sie vor.

Trotz allem behielten die Tschetschenen ihre Stärke in Gott und ihre Größe in ihrer Religion bei. Die an ihnen durch die Kommunisten verübten Verbrechen machten sie nur noch unnachgiebiger und standhafter. Viele russische Schriftsteller legen davon Zeugnis ab. So bekundeten Puschkin, Lermontow und sogar Tolstoi ihre Faszination für die Tschetschenen, die fast schon einer Ehrfurcht gleichkam. Tolstois Roman „Hadschi Murat“ war nichts anderes als ein Lobgesang auf den Mut der Tschetschenen und ihre Sehnsucht, sich aus der Schlinge der Ungläubigen zu befreien. Hirzin stellte sich die Frage, ob die Tschetschenen einer besonderen Menschenspezies angehören. Während seiner Haftzeit im Archipel Gulag, einer russischen Gefängniskette, kam Solschenitsyn mit Häftlingen aus 150 Volksgruppen zusammen. Er erklärte, dass die Tschetschenen die Einzigen unter ihnen waren, deren Wille nicht gebrochen wurde.

Nachdem die Sowjetunion 1991 in 15 Teilrepubliken zerfiel, gehörten die Länder des Kaukasus nicht zu den unabhängigen Republiken, sondern blieben der russischen Föderation angegliedert. Am 1. November 1992 proklamierten die Tschetschenen unter der Führung Dschohar Dudajevs ihren eigenen unabhängigen Staat. Dessen Anerkennung lehnten die Russen jedoch unverzüglich ab, bekämpften ihn rücksichtslos und starteten 1995 eine militärische Offensive gegen ihn. Sie scheiterten jedoch in diesem Krieg und mussten schwere Verluste hinnehmen, während der tschetschenische Staat weiterhin nach vollständiger Unabhängigkeit von Moskau strebte. 1999 gelang es den Russen, Tschetschenien zu besetzen und die Proklamation des Staates aufzuheben. Sie richteten ausgedehnte Massaker an und verübten abscheuliche Gräueltaten, ohne dass irgendein Staat auf der Welt aktiv wurde, um dem tschetschenischen Volk zu helfen oder es vor einer noch nie da gewesenen Bestialität der Russen zu schützen.

Anna Politkowskaja hat ein Buch über die in Tschetschenien verübten Verbrechen der russischen Armee mit dem Titel *Die russische Schande* verfasst. Sie gehört zu den bekanntesten Journalisten der postkommunistischen Ära und ist Korrespondentin der *Nowaja Gazeta*, des „Neuen Magazins“. Seit 1999 besuchte sie mehrmals Tschetschenien. In ihrem Buch spiegelt sie lebendige Szenen russischer Gräueltaten im Tschetschenien-Krieg wider und zeichnet die Realität der tschetschenischen Tragödie auf: „Die Hauptstadt Grosny liegt in Schutt, während Hunderte tschetschenischer Dörfer Geisterorten gleichen. Im Land existieren Massengräber, und die Hälfte der Bewohner lebt im benachbarten Inguschetien unter menschenunwürdigen Bedingungen in Flüchtlingszelten“. Anna Politkowskaja hat des Weiteren Kriegsverbrechen aufgelistet, die in Tschetschenien verübt wurden, wie etwa die Massenvertreibungen, die dazu führten, dass die Hälfte aller Bewohner Tschetscheniens ihre Häuser verlassen mussten, und die Massenhinrichtungen. Ferner deckte Politkowskaja

die Exekution von 150 tschetschenischen Zivilisten auf, die mithilfe der russischen Streitkräfte und ohne vorherigen Prozess vollzogen wurde.

Die regierungsunabhängige Menschenrechtsorganisation Memorial wirft den russischen Behörden vor, in Tschetschenien ähnliche Methoden anzuwenden wie in den finstersten Jahren stalinistischer Diktatur. Auf einer Pressekonferenz im Hauptsitz der internationalen Föderation der Menschenrechtsverbände warfen Lidia Jusupowa, Koordinatorin der Memorial-Organisation in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny, und Oleg Orlov, Direktor der Menschenrechtsorganisation in Moskau, den Russen vor, auf Methoden zurückzugreifen, die denen des stalinistischen Politpolizeiapparates in den Dreißiger- und Vierzigerjahren ähneln. Ferner erklärte Jusupowa, dass die russischen und die ihnen untergebenen tschetschenischen Sicherheitskräfte zunehmend ganze Familien in Gewahrsam nähmen, um – unter Anwendung stalinistischer Geheimpolizei-Methoden – Druck auf gesuchte Personen auszuüben und sie zur Aufgabe zu zwingen.

1999 fiel die russische Armee erneut in Tschetschenien ein, um das Problem zugunsten Russlands zu beenden, nachdem Tschetschenien kurz davor stand, seine Unabhängigkeit durchzusetzen. Das russische Vorgehen basierte auf einer russisch-amerikanischen Übereinkunft, die sich aus einem Geheimabkommen zwischen Iwanow und Albright ergab. Doch der Entschlossenheit der Tschetschenen tat dies – wie man es von ihnen bereits kannte - trotz der erlittenen Verluste keinen Abbruch, und sie setzten auf mutige Weise ihren Kampf gegen die gesamte russische Militärmaschinerie fort.

Nach den Ereignissen des 11. September 2001 und dem Aufruf Bushs zum „Krieg gegen den Terror“ mühte sich Putin, die Situation zugunsten Russlands in Tschetschenien zu nutzen. Und so rief er zu einem umfassenden Krieg gegen den Terror auf und arbeitete auf eine internationale Anerkennung des Tschetschenien-Krieges als Krieg gegen den Terror hin. Dies wiederholte er immer wieder, zuletzt am 6. Februar 2004, als Wladimir Putin die Staatengemeinschaft nach dem Anschlag auf den U-Bahnzug in Moskau zu einer "Allianz für die Bekämpfung des Terrors" aufrief, den er als „Geißel des 21. Jahrhunderts“ bezeichnete. Dies, obwohl der ehemalige russische Informationsminister Boris Mironow in einem Interview mit der Zeitung *Al-Hayat* auf die Zeitgleichheit der großen Anschlagsserie mit den Wahlen aufmerksam machte, unter dem Hinweis, dass der Metro-Anschlag eine „identische Kopie“ der Sprengstoffanschläge auf die Wohnhäuser sei, die den Präsidentschaftswahlen von 1999 vorausgegangen waren und die Sicherheitsfrage an die Spitze der Prioritätenliste des Präsidenten setzte, der versprach, den Russen ihre Sicherheit zurückzugeben und die heißen Akten in Tschetschenien und der gesamten Kaukasusregion zu schließen.

Doch Putin gelang es nicht, den Tschetschenienkrieg als Teil des globalen Kriegs gegen den Terror durchzusetzen, obgleich er einen gewissen Teilerfolg verbuchen konnte. Dies ist nicht etwa auf eine tschetschenien-freundliche Haltung Amerikas oder Europas zurückzuführen. Ganz im Gegenteil, sie trachten nach einem Tauschhandel für die Akte Tschetschenien, wofür sie im Gegenzug die Durchsetzung weiterer Interessen einfordern, auf die Russland verzichten soll.

Die amerikanische Position

Der amerikanische Botschafter in Moskau, Alexander Vershbow, äußerte in einem Gespräch am 29. Februar 2004: „Die amerikanische Position blieb in dieser Sache während der letzten Jahre unverändert und baut auf bestimmten Elementen auf. Die wichtigsten davon sind die Anerkennung der Einheit russischer Territorien, während gleichzeitig die Konfliktlösung über den Weg von Gewalt und Terror abgelehnt wird. Washington hat die Existenz eines Zusammenhangs zwischen diesem Problem und dem internationalen Terrorismus anerkannt. Wir haben auch die Einmischung der "Al-Qaida" in diesen Konflikt verurteilt. Diesbezüglich haben die USA Moskau durch den Austausch von Informationen Unterstützung zukommen lassen, um die Waffen- und Geldlieferungen nach Tschetschenien abzuschneiden. Trotz allem sind wir in der Bewertung der Tschetschenienfrage jedoch unterschiedlicher Meinung und glauben, dass der dortige Konflikt nicht ausschließlich mit Terrorismus zusammenhängt, da die Auseinandersetzung regionale Wurzeln besitzt und politisch-separatistisch motiviert ist. Daher können die Mittel der Konfliktlösung nur politischer Natur sein. Ferner sind wir davon überzeugt, dass die Anstrengungen, die Moskau bis jetzt unternommen hat, nicht ausreichend sind (die Approbation der tschetschenischen Verfassung und die Wahl eines Republikpräsidenten). Wir verurteilen weiterhin die Verletzung der Menschenrechte, die sowohl seitens der föderalistischen Streitkräfte als auch seitens der Behörden verübt werden, welche Ahmad Kadirow (dem gewählten tschetschenischen Präsidenten) unterstehen.“ Weiter erklärte er: „Die Frage um den Einfluss in der ehemaligen sowjetischen Hemisphäre wird die wichtigste Herausforderung für die russisch-amerikanischen Beziehungen bilden.“

Der US-Außenminister Colin Powell drückte am 26. Januar 2004 während seines Besuchs in Moskau die Sorge seines Landes angesichts „einiger Aspekte in der Innenpolitik Moskaus bezüglich Tschetschenien“ ebenso wie hinsichtlich „der Beziehungen Russlands zu seinen GUS-Nachbarn“ aus. Er fügte hinzu, dass Washington die Einheit der russischen Territorien respektiere, „jedoch in gleichem Maße auf die Rechte der Nachbarn Russlands achtet“. Auffällig ist, dass diese Aussagen in Moskau unmittelbar nach dem Eintreffen Powells aus Georgien geäußert wurden.

Der US-Botschafter Alexander Vershbow stufte diesen Besuch als höchst wichtig ein und erklärte, dass Powell die Absicht habe, mit der russischen Seite Probleme zu erörtern, die mit den ehemaligen Sowjet-Republiken zusammenhängen, unter dem Hinweis, dass eines der wichtigsten Ziele der Visite die Suche nach gemeinsamen „Treffpunkten“ zwischen der russischen und amerikanischen Seite in der Frage der ehemaligen sowjetischen Hemisphäre sei.

Aus der vorangegangenen Darstellung geht hervor, dass die Tschetschenienfrage nicht mehr als ein Handelsobjekt ist, das die USA zum Feilschen verwenden, damit Russland im Gegenzug über die amerikanische Expansion im Kaukasus - Georgien -, in Zentralasien und in Osteuropa hinwegsieht. In diesem Rahmen ist auch die Äußerung Powells zu deuten: „Washington achtet die Einheit russischer Territorien, respektiert jedoch in gleichem Maße die Rechte der Nachbarn Russlands“. Vor diesem Hintergrund ist ebenso das Eingeständnis der georgischen Übergangspräsidentin Nino Burdschanadse zu verstehen, dass Tiflis dem tschetschenischen Widerstand umfangreiche Erleichterungen zukommen lassen habe. Kremlnahe Quellen sehen die Umstände nun als geebnet an, um das gegenseitige Vertrauen

zwischen Russland und Georgien zu stärken, nachdem Burdschanadse sich zu einem Besuch in Moskau einfand und mit Präsident Wladimir Putin zusammentraf.

Was die Verlautbarungen des US-Botschafters Alexander Vershbow in Moskau betrifft, so sind sie nicht mehr als an Moskau gerichtete Einschüchterungs- und Lockversuche. Auf der einen Seite bekräftigt er zwar die Einheit russischer Territorien, sieht aber andererseits den Tschetschenienkonflikt nicht bloß im Kontext des Terrorismus, vielmehr sei er "regional verwurzelt" und "politisch-separatistisch" motiviert.

Demzufolge verkörpert die Tschetschenienfrage nicht mehr als eine Handelsware, welche die USA zur Durchsetzung ihrer Interessen im Kaukasus, in Mittelasien und in Osteuropa gegenüber Russland zum Feilschen verwenden. Unterwirft sich Russland den amerikanischen Forderungen, bleibt die US-Haltung unverändert, und das rücksichtslose Abschlichten der Tschetschenen wird weiter unterstützt. Sollte Russland gegenüber den USA keine Zugeständnisse machen, werden die USA die Akte der Menschenrechtsverstöße in Tschetschenien öffnen und das Recht Tschetscheniens auf Selbstbestimmung ansprechen. Des Weiteren würden sie die Tschetschenienfrage zu einem internationalem Problem erklären, sodass es auf internationalen Zusammenkünften thematisiert wird. Man würde die neue georgische Regierung dazu anregen, den Tschetschenen Hilfe zukommen zu lassen, sie zu fördern und ihnen eine sichere Zuflucht vor den russischen Streitkräften zu bieten.

Im Grunde ist die Rede vom „Tschetscheniendeal“ zwischen Amerika und Russland kein Geheimnis mehr. Schon in der Zeit als Russland im August 1999 den brutalen, verheerenden Krieg gegen Tschetschenien startete, wurde ein Deal mit den USA vereinbart. Die *New-York Times* veröffentlichte am 19. November 1999, dass der russische Außenminister Igor Iwanow der US-Außenministerin Madeleine Albright während eines Zusammentreffens in der Türkei am 18. November 1999 ein inoffizielles Schreiben ausgehändigt habe. Der Brief beinhaltete das Angebot zu einem „Deal“, bei dem die USA über die russischen Militäroperationen gegen die Tschetschenen hinwegsähen, wenn sich im Gegenzug der russische Delegierte im Sicherheitsrat hinsichtlich der Sanktionen gegen den Irak nachgiebig zeige und Russland zur Verlegung der Gas- und Ölpipeline von Aserbeidschan zum türkischen Dscheschyan-Hafen am Mittelmeer Stillschweigen bewahre.

Die europäische Position

Die europäische Haltung unterscheidet sich von der Grundlage her in nichts von der amerikanischen Position. Jeder von ihnen feilscht um Tschetschenien, mit dem Ziel, seine eigenen Interessen zu verwirklichen. Europas Interessen hängen mit der Ost-Erweiterung der Europäischen Union zusammen, die keine russischen Stolpersteine, die ihr in den Weg gelegt werden könnten, gebrauchen kann. Ebenso hegt Europa den Wunsch nach einer strategischen Zusammenarbeit mit Russland, weil es alleine zu schwach ist, sich den amerikanischen Plänen entgegenzustellen. Und genau dafür plädierte der ehemalige französische Außenminister Dominique de Villepin am 23. Januar 2004 in Moskau, als er zum Aufbau „einer wahren strategischen Partnerschaft“ zwischen Russland und Europa im Bereich der Sicherheit, der Außenpolitik und der Verteidigung aufrief.

Der französische Minister schlug insbesondere vor, ein „dauerhaftes institutionelles Instrumentarium“ im Sicherheitsbereich zu schaffen. Dies erklärte er vor Studenten der russischen Akademie für internationale Beziehungen während einer Rede über Frankreich, Russland und Europa in Anwesenheit seines russischen Amtskollegen Igor Ivanow. De Villepin meinte: "Wir können ein dauerhaftes institutionelles Instrument schaffen, das speziell dem Studium der Bedrohungen des europäischen Kontinents dienen soll, insbesondere, was die Verbreitung von Nuklearwaffen und den Terrorismus betrifft.“ Er bekräftigte zudem, dass Frankreich bereit sei, mit seinen europäischen Partnern über eine solide Zusammenarbeit mit Russland im Bereich der Außenpolitik und der europäischen Verteidigung nachzudenken. Ferner schlug er vor, über gemeinsame Operationen im Bereich der Friedenssicherung nachzudenken.

Darüber hinaus wurde am 3. April 2004 sowohl vom russischen Präsidenten Wladimir Putin als auch vom französischen Präsident Jacques Chirac das gegenseitige Vertrauen zwischen Moskau und Paris hervorgehoben. Die EU ist indessen dabei, sich auf Staaten Ost- und Mitteleuropas auszudehnen, die überwiegend kommunistisch waren. Während einer Stippvisite in Russland besuchte Chirac in Begleitung Putins Militäranlagen in Krasnosnamensk, die sich in den Außenbezirken Moskaus befinden. In ihren Gesprächen wurden in erster Linie die Beziehungen Russlands zur EU thematisiert. Dabei erklärte Chirac, dass die Beziehungen zwischen Russland und der EU einen grundlegenden Faktor nicht nur für Russland und die EU verkörpern, sondern auch – was noch wichtiger sei – für das Gleichgewicht und die Stabilität der Welt von morgen. Putin erklärte seinerseits, dass die EU ein wichtiger Partner für das moderne Russland sei und bekräftigte die Notwendigkeit zur Findung akzeptabler Lösungen, mit Anspielung auf die EU-Erweiterung, die, nach Moskaus Ansicht, womöglich seine Interessen beeinflussen könnte. Zur Tschetschenienfrage sagte Chirac, dass sie sich ihr im Rahmen [...] der Terrorismusbekämpfung genähert hätten. Er drückte allerdings seine Hoffnung aus, einen politischen Lösungsweg für die Krise zu finden.

Wladimir Putin äußerte am 22. April 2004 Kritik an der Haltung der EU zu Tschetschenien und verglich den an Moskau gerichteten Appell, den Dialog mit den von ihm bezeichneten „tschetschenischen Terroristen“ zu suchen, mit der öffentlichen Einladung Usama bin Ladens an Europa, sich mit ihm an den Verhandlungstisch zu setzen. Während der gemeinsamen mit dem italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi vorgenommenen Eröffnung eines russisch-italienischen Projekts in Lipetsk sagte Putin: „Es gibt Menschen, die uns ständig dazu aufrufen, einen Dialog mit jenen zu führen, die wir als Terroristen betrachten ... Dabei hat sich doch der Terrorist Nummer eins, Usama bin Laden, mit einer Einladung zu Verhandlungen an Europa gerichtet, von der ich weiß, dass sie abgelehnt wurde. Ich frage mich nach dem Grund, der Europa veranlasste, diesen Appell abzulehnen, wo man doch versucht, sich mit dem gleichen Appell an uns zu wenden.“ Weiter sagte Putin, dass er den Kampf gegen den Terrorismus als grundlegende Frage in den Beziehungen Russlands zur EU betrachte. Er wies darauf hin, dass Moskau am morgigen Tag Romano Prodi, den Präsidenten der EU-Kommission, empfangen und sämtliche Fragen, darunter das Problem des Terrorismus in Tschetschenien und den Aufruf Bin Ladens an Europa, mit ihm am Verhandlungstisch erörtern werde.

Am 23. April 2004 sagte Romano Prodi in einer in Moskau gehaltenen Rede: „Lassen Sie uns klarstellen, dass die EU vollkommen und bedingungslos die Einheit der russischen Territorien unterstützt. Zudem haben wir eine gemeinsame Aufgabe, nämlich die

Notwendigkeit zur Bekämpfung des Terrorismus.“ Einen Tag, nachdem Prodi mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau Gespräche über die EU-Erweiterung führte, die ab 1. Mai die Grenzen Russlands erreichen wird, fügte er hinzu: „Der Kampf gegen den Terrorismus sollte nicht nur über den Weg der Gewalt geführt werden. Der Kampf gegen den Terrorismus macht eine fortlaufende Einhaltung unserer demokratischen Werte umso notwendiger.“ Allerdings bekräftigte der ehemalige Präsident der europäischen Kommission noch einmal: „Die Achtung der Menschenrechte schränkt die Wirkungskraft des Kampfes gegen den Terrorismus nicht ein.“

In ihrer Unterwürfigkeit und ihren verschwörerischen Machenschaften haben die Herrscher der Muslime nichts anderes vorzuweisen, als den im Anschluss an den Gipfel der Arabischen Liga im Oktober des letzten Jahres erlassenen Beschluss, den Tschetschenienkonflikt als „innerrussisches Problem“ zu bezeichnen und Putin, den ungläubigen Kreuzfahrer und Feind Allahs, den Schlächter der Muslime, zur Teilnahme an der Gipfelkonferenz nach Kuala Lumpur einzuladen. Dort wurde er wie ein Held empfangen. Und während ihre Angelegenheit dem Interessenspoker von Staaten unterliegt, die großspurig von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten reden, finden die Tschetschenen keinen anderen Beistand außer bei Allah. Die Tschetschenen werden weiterhin nach ihrer alten Strategie verfahren, einer Strategie, die wahrscheinlich schon zu ihrer heldenhaften Natur geworden ist: Der Kampf ausgehend vom Prinzip, keine Freunde zu haben. Dies ist zu ihrer Gewohnheit geworden, denn die Tschetschenen haben stets alleine gekämpft. Als sie vertrieben wurden, hat kein einziger seine Stimme zum Protest erhoben. Wie lange sollen sie denn noch alleine kämpfen?

Wann werden die Muslime einen Kalifen haben, der die Generalmobilmachung erklärt, die Armeen zur Unterstützung der Tschetschenen und zur Rächung der Greisen, der Frauen und Kinder ausrücken lässt, um den Russen Schläge zu versetzen, die sie die Einflüsterungen des Teufels vergessen lassen und die Muslime zur realen Größe des Islam zurückführen werden?

4.

Afghanistan

Afghanistan ist dadurch gekennzeichnet, dass es einen Pufferstaat zwischen einer Anzahl von Groß- und Regionalmächten in Zentralasien bildet, so auch zwischen Russland und dem indischen Subkontinent. Zudem versperrt es den Russen den Zugang zu den warmen Gewässern des Indischen Ozeans und des Arabischen Golfs.

Während der britischen Kolonialzeit in Indien stellte Afghanistan eine reale Barriere zwischen dem zaristischen Russland und dem Britischen Empire dar. Ein afghanischer Herrscher verglich Afghanistan einmal mit einem Schaf, das zwischen die Fänge eines russischen Bären und eines britischen Löwen geraten war. Bei der Zeichnung der politischen Grenzen Afghanistans zwischen Russland und Großbritannien wurde die Angliederung der Pamirhöhe sowie des Wakhan-Korridors (Khaibar-Pass) als Ausweg aus dem britisch-chinesisch-russischen Konflikt um die Region gesehen. Deswegen gleicht die Landkarte Afghanistans im Nordosten einem Gänsehals, der sich bis nach China erstreckt und Pakistan von Russland samt den ihm ehemals angeschlossenen Republiken Zentralasiens trennt. Lord Curzon, der Vertreter der englischen Krone in Indien, bezeichnete Afghanistan angesichts einer Reihe aufeinander folgender Kriege auf dessen Territorium als „Schlachtfeld Asiens“.

Aufgrund der geographisch sensiblen Lage Afghanistans und der fehlenden Zugänge zum Meer wurde es zu einem Aufenthalts- und Durchzugsgebiet sowie zu einem Tor für sämtliche Invasoren und Eroberer Asiens. Alexander der Große nutzte Afghanistan in der Antike als Passage für die griechische Invasion des Ostens im Jahr 329 v. Chr. Die Muslime eröffneten Afghanistan 654 n. Chr. und gliederten es der Stätte des Islam (Dār al-Islām) an. Von den Heeren Dschingis Khans wurde Afghanistan ebenso durchquert wie von den Turkmenen, den Indern und den Persern. In der neueren Geschichte klopfen die Briten, die Zaren Russlands, die Sowjets und schließlich die Amerikaner an die Tore Afghanistans, nachdem sie seine große Bedeutung erkannten hatten. Von Zentralasien aus bildet nämlich Afghanistan das Tor zur Einkreisung Russlands und Chinas, abgesehen von seiner Wichtigkeit als Transportweg für Öl- und Gaspipelines, die von Zentralasien aus quer durch Afghanistan bis nach Pakistan zu den riesigen Häfen verlaufen würden, die an den Küsten des Indischen Ozeans und des Arabischen Meeres errichtet wurden. Wann immer es auftaucht, wird das Thema Erdöl für die USA zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Aufmerksamkeit; sie streben die Kontrolle darüber und über dessen Transportwege an.

Das afghanische Volk gilt ungeachtet seiner zahlreichen Volksstämme und ethnischen Gruppen, die sich aus Paschtunen, Tadschiken, Usbeken, Hazara und anderen zusammensetzen, als strenggläubiges muslimisches Volk. Es glaubt ausschließlich an den Islam als System für sein tägliches Leben und seine allgemeine Lebensweise.

Im 19. Jahrhundert fiel Afghanistan dem russisch-britischen Hegemonialkampf zum Opfer. Drei Kriege führte Großbritannien gegen das afghanische Volk, um Afghanistan zu beherrschen und Russland einzugrenzen. Beim ersten Krieg von 1839 bis 1842 musste das britische Heer eine vernichtende Niederlage hinnehmen. Nach diesem Krieg kam Dost Muhammad Khan an die Macht, der eine neutrale Außenpolitik gegenüber dem russischen Zarenreich und dem Britischen Empire betrieb. Auch im zweiten Krieg von 1878 bis 1880

wurden die Briten geschlagen und konnten ihre Ziele einer Vorherrschaft über Afghanistan nicht realisieren. Doch was den dritten Krieg von 1919 betrifft, so mündete er im August desselben Jahres in der Unterzeichnung des Abkommens von Rawalpindi zwischen den Briten und dem afghanischen König Amanullah, der den politischen Einfluss der Briten in Afghanistan festigte.

Als dieser Monarch versuchte, das afghanische Land seiner islamischen Kultur zu berauben, die Abschaffung des Hidschab und die Einführung des westlichen Lebensstils in Afghanistan beschloss, brach ein islamischer Volksaufstand gegen ihn aus, der von Habibullah – bekannt unter dem Namen Ibn Saqqa (Baccheh Saqow) – angeführt wurde. Der König wurde abgesetzt und der islamisch geprägte Lebensstil in Afghanistan wieder eingeführt. Doch Großbritannien, das in der Regierungszeit Amanullahs Afghanistan militärisch beherrschte, gelang es, Ibn Saqqa mithilfe Nadir Schahs, einem ehemaligen, Amanullah nahe stehenden Militärführer, zu ermorden. Nadir Schah führte das englandfreundliche monarchistische System in Afghanistan wieder ein.

1933 übernahm Zahir Schah, ein Sohn Nadir Schahs, im Alter von neunzehn Jahren die Macht, die er rund vierzig Jahre lang als Freund der Briten innehatte. Diese Zeit wurde hin und wieder von politisch „unabhängigen“ Phasen unterbrochen. Insbesondere in den Fünfziger- und Sechzigerjahren ging Zahir Schah sowohl zu Russland als auch zu Großbritannien auf politische Distanz, indem er sich die Interessenkonflikte beider Seiten um Afghanistan zunutze machte. Doch er wandte sich dann erneut der englischen Politik zu, bis er schließlich von seinem linksgerichteten Cousin und Sowjet-Sympathisanten Mohammad Daud 1973 vom Thron verbannt wurde.

Während der langjährigen Regierungszeit von König Zahir Schah gelangen der Sowjetunion einige Durchbrüche in ihrem Interesse. Dazu zählt der 1953 abgewickelte Verkauf modernen Kriegsmaterials an die afghanische Regierung sowie die Unterstützung bei der Bildung einer afghanisch-kommunistischen Partei im Jahre 1965 unter der Führung Mohammad Nur Tarakis. In den letzten Jahren der Herrschaft Zahir Schahs gelang es der Sowjetunion, für einige politische Unruhen in Afghanistan zu sorgen, wobei sie nach der typisch kommunistischen Methode voringing, Widersprüche und Klassenkämpfe hervorzurufen.

Mit der Machtübernahme Mohammad Dauds 1973 entglitt Afghanistan der britischen Hand. Fünf Jahre danach gelang es den Kommunisten mühelos an die Macht zu kommen, nachdem sie Mohammad Daud stürzten, der sie dabei unterstützt hatte, den Kommunismus ins Land zu bringen. Sie hieften Mohammad Nur Taraki 1978 an die Macht, der noch im selben Jahr ein Abkommen mit Breschnew, dem Generalsekretär der Sowjetunion, unterzeichnete. Dieses Abkommen erlaubte den Sowjettruppen den Einmarsch in Afghanistan. Dies wiederum rief den Groll Amerikas und Großbritanniens hervor und brachte zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten das empfindliche Gleichgewicht der Weltmächte zugunsten der Russen ins Wanken, und zwar in einer sensiblen und höchst bedeutenden Region.

In dieser Phase kam die Rolle der USA in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion um Afghanistan besonders zum Tragen. Sie arrangierten einen Putsch gegen Mohammad Nur Taraki, der von Hafizullah Amin, einem prowestlichen Kommunisten, initiiert wurde.

Dieser hatte die Russen getäuscht, indem er sich als Kommunist ausgab, während er zur gleichen Zeit einen offenen Kanal zum US-Geheimdienst hatte. 1979 riss er die Macht an sich, ermordete Taraki und ging repressiv gegen die prosovjetschen Kommunisten vor. Dies beantworteten die Russen mit einem gewaltsamen Eingriff und marschierten am 27. Dezember desselben Jahres in Afghanistan ein, töteten Hafizullah Amin und installierten eine neue kommunistische Regierung in Kabul mit Babrak Karmal an der Spitze, der aus Russland mitgekommenen war. Unmittelbar danach brach ein erbitterter landesweiter Widerstand aus. Flüchtlingsströme setzten sich in Bewegung, und Kämpfer organisierten sich in den verschiedenen Milizen. Es war der Auftakt zu einem neuen Kapitel in der Geschichte Afghanistans, das besonders vom Faktor des Dschihad im Kampf gegen die Kommunisten geprägt war. Dieser Geist des Dschihad, der sich gegen die ungläubigen kommunistischen Invasoren richtete, durchzog vehement jeden Winkel der islamischen Welt.

Die USA nutzten ihrerseits die neue Situation in Afghanistan aus und griffen dort mit ganzer Kraft ein, wobei ihnen die sowjetische Invasion afghanischer Gebiete als Vorwand diente, weil sie eine Verletzung historischer Abmachungen mit Großbritannien bedeutete. Diese Abkommen verboten russischen Streitkräften in dieser Region, die Grenzen des Flusses Amu Darya (Jayhun) zu überschreiten. Die militärische und finanzielle US-Hilfe begann ab 1980 an die afghanischen Mudschahedin zu fließen. Die amerikanische Hilfe belief sich jährlich auf siebenhundert Millionen Dollar, neben der Versorgung mit Waffen, insbesondere mit Stinger-Raketen, die die Mudschahedin ab 1986 erhielten. Diese waren die Hauptursache für den Abschuss hunderter sowjetischer Flugzeuge und für die Lahmlegung der sowjetischen Luftwaffe.

Ziel der US-Intervention war es, diese wertvolle historische Chance zu nutzen, um in einer Region Fuß zu fassen, die die USA bis dato noch nicht betreten hatten. Dadurch würden sie sowohl Russland als auch China unmittelbar gegenüberstehen. Zudem wollten sie damit die wirtschaftliche Schwächung der Sowjetunion beschleunigen, um sie in Folge ganz zu Fall zu bringen. Auf diese Weise würden sie zu einem Hauptakteur in einer Region werden, die von signifikanter Bedeutung für eine Supermacht ist. Schließlich verkörpert diese Region im Überfluss langfristige Interessen der USA, besonders aufgrund ihrer Nähe zu zentralasiatischen Gebieten und zum Kaspischen Meer, welches immense Mengen an Erdöl, Erdgas und diversen anderen Ressourcen birgt.

Sieben Jahre nach Beginn der Invasion Afghanistans begann die Sowjetunion zu spüren, dass sie in einem wahren Dilemma steckte. Denn mittlerweile fügte der Widerstand der sowjetischen Streitmacht massive Verluste zu, während die russische Wirtschaft blutete. Die Situation in Afghanistan entwickelte sich inzwischen zu sowjetischem Nachteil, was die UdSSR dazu veranlasste, nach einem politischen Ausweg aus diesem Dilemma zu suchen. In einem missglückten Versuch sorgte es 1987 für die gewaltfreie Ablösung Karmals durch Nadschibullah. Dazu erklärte Karmal seinen Rücktritt, und Nadschibullah – bis dahin der Geheimdienstchef – übernahm die Regierungsmacht. Er proklamierte die Politik der „nationalen Versöhnung“ mit den oppositionellen Strömungen, um so den Weg für einen sowjetischen Abzug aus dem Land zu ebnen. Doch auch diese Politik scheiterte, da die Kriegsgefechte weiter zunahmen und die Mudschahedin immer öfter einen Sieg gegen die Sowjets davontrugen, wobei sie an die 200 sowjetische Flugzeuge abgeschossen hatten.

Die Sowjets realisierten nun, dass sie besiegt waren. Über 15.000 ihrer Soldaten waren ums Leben gekommen. Ihnen wurde ebenfalls bewusst, dass die USA nicht ablassen würden, die Mudschahedin zu unterstützen, was sie am 15. Februar 1989 zum Abzug aus Afghanistan zwang.

Der Kampf zwischen den Mudschahedin und der Regierung Nadschibullahs, die weiterhin von den Sowjets unterstützt wurde, hielt bis 1992 an, als die Hauptstadt Kabul in die Hände der Mudschahedin fiel und die kommunistische Herrschaft in Afghanistan ihr endgültiges Ende fand.

In der Folgezeit übernahm Burhanuddin Rabbani, der Führer der *Islamischen Vereinigung*, die Führungsmacht, unterstützt von den Miliztruppen, die unter dem Kommando Ahmad Masuds standen. Es bestand allerdings das Problem, dass Rabbani und seine Gruppe der Volksgruppe der Tadschiken angehört, die nicht die Mehrheit in Afghanistan bildet. Wichtiger noch ist die Tatsache, dass sie von Pakistan, dem mächtigen und zentralen Nachbarn Afghanistans, der in den langen Kriegsjahren die Mudschahedin im Kampf gegen die Sowjets unterstützt hatte, nicht mehr gefördert wurden. Aufgrund dessen lehnte es die damals pakistannahe paschtunische Gruppierung unter Führung Gulbuddin Hekmatyars ab, sich einem von Tadschiken geführten Staat zu fügen, dessen Führungsmonopol jahrhundertlang in Händen paschtunischer Stämme lag. Daraus resultierten lang anhaltende interne Kämpfe zwischen den Streitkräften Rabbanis und Massuds auf tadschikischer und den Einheiten Hekmatyars auf paschtunischer Seite. 15.000 Afghanen fielen den ethnisch motivierten Kämpfen zwischen den beiden Parteien zum Opfer. In diesem Konflikt unterstützten der Iran und Tadschikistan die Fraktion Rabbanis mit Geld, Waffen und dem nötigen politischen Rückhalt bei internationalen Zusammenkünften, während sich Pakistan der Fraktion Hekmatyars annahm.

Nachdem es jedoch Hekmatyar nicht gelungen war, den Konflikt mit Rabbani zugunsten Pakistans zu entscheiden, kehrte ihm die pakistanische Regierung den Rücken zu und begann 1994 mit der Formierung einer neuen Paschtunen-Gruppe, die unter dem Namen „Taliban“ bekannt wurde. Der pakistanische Geheimdienst übernahm mit Kenntnis des US-Geheimdienstes ihre Ausbildung, um eine Alternative zur Gruppe Hekmatyars zu schaffen.

Schnell und mit voller Kraft brachen die Taliban – von Pakistan gefördert – auf und eroberten im Nu afghanische Territorien und Städte, die ihnen nacheinander in die Hände fielen. Nach nicht mehr als zwei Jahren gelang es den Taliban, die Hauptstadt Kabul einzunehmen. 1996 zogen ihre Streitkräfte dort ein, um in Afghanistan ein islamisches Emirat mit Mullah Mohammad Omar an der Spitze zu errichten. Die Regierung Rabbanis wurde gestürzt, dessen Einheiten zogen sich in die nordwestlichen Gebiete nahe der tadschikischen Grenze zurück.

Pakistan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate erkannten die Taliban-Regierung an. Die Verhältnisse in Afghanistan hatten sich auf diese Weise mit Hilfe Pakistans – Hauptvasallenstaat der USA in der Region –, das die Taliban direkt und massiv unterstützte, zugunsten der USA gewendet.

Die Gefechte in Nordafghanistan zwischen den Truppen der Taliban und den Einheiten Rabbanis und Massuds mit usbekischen Milizeneinheiten unter dem Kommando Abdulraschid Dostums zusammen gingen indes unvermindert weiter. Unterstützung erhielten die Truppen Massuds und Dostums von Russland, Großbritannien, dem Iran und Indien, während die Truppen der Taliban von Pakistan und Saudi-Arabien mit amerikanischer Hilfe gefördert wurden.

Von 1996 bis 1998 fanden zwischen Verantwortlichen der Taliban-Bewegung und den USA Gespräche statt, die die amerikanische Anerkennung der Taliban-Bewegung als offizielle Regierung Afghanistans und die Übertragung des leeren UNO-Sitzes Afghanistans an die Taliban zum Thema hatten. Es fanden darüber hinaus Verhandlungsgespräche zwischen den Taliban und dem US-Konzern Unocal sowie dem saudischen Konzern Delta statt, um einen Deal über den Erdgas-Transport von Zentralasien quer durch Afghanistan nach Pakistan und dem Indischen Ozean abzuschließen. Doch die im Jahre 1998 auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania verübten Anschläge setzten den 1997 in der turkmenischen Hauptstadt Aschgabad unterzeichneten Vertrag außer Kraft.

Die Beziehungen der Taliban zu Amerika und zu Saudi-Arabien waren gut und freundschaftlich, bis sie aufgrund der Sprengstoffanschläge auf die Botschaften vergiftet wurden. Die USA, und mit ihnen Saudi-Arabien, begannen diese Beziehungen noch einmal zu überdenken. Hierauf verhandelten die Taliban mit Saudi-Arabien über eine Auslieferung Usama bin Ladens, der als Drahtzieher der Anschläge auf die Botschaften verdächtigt wurde. Damit wollten sie die Angelegenheit bereinigen. Doch die US-Bombardierung Afghanistans im Jahre 1998 bereitete den Verhandlungen um eine Auslieferung ein Ende. Der saudische Geheimdienstchef Turki al-Faisal erklärte in einem Interview mit dem Fernsehsender MBC: „Die Regierung der Taliban war bereit, Bin Laden an Saudi-Arabien auszuliefern, worüber Verhandlungen im Gange waren. Doch die Ereignisse von 1998 beendeten das Vorhaben.“

Danach nahmen Aktionen, die der Qaida zugerechnet wurden, vermehrt zu. Die USA begannen nun nach neuen Alternativen für Afghanistan zu suchen, außerhalb der Taliban, die man als Schutzherr der Al-Qaida-Organisation betrachtete, welche von den USA nun als terroristische Organisation eingestuft wurden.

Mit den Attentaten vom 11. September drehten sich die Dinge um 180 Grad. Die amerikanische Betrachtung der Islamisten, mit denen sie in der Vergangenheit kooperiert hatten, änderte sich radikal, und die Idee der Terrorismusbekämpfung als Grundlage der neuen US-Außenpolitik der George W. Bush-Regierung wurde herangezogen.

Hastig stellten die USA ihre Kontakte zur Gruppe Rabbanis und Massuds wieder her und sorgten für die Rückkehr Dostums nach Afghanistan, der als rausgeworfener politischer Flüchtling in der Türkei lebte. Sie statteten die Truppen Massuds und Dostums mit Geld und Waffen aus und ließen die Taliban fallen. Das Bündnis der von den USA unterstützten Einheiten wurde unter dem Namen Nordallianz bekannt. Nun begann die grausame Invasion Afghanistans durch die USA, nachdem auch Pakistan seine Unterstützung für die Taliban einstellte und seinen Luftraum, seine Häfen und seine Bodenstationen den USA für ihren Angriff auf Afghanistan zur Verfügung stellte. In ihren letzten Tagen konnte den Taliban noch eine Haltung der Stärke angerechnet werden, da sie es vermochten, sich von

amerikanischer und pakistanischer Einflussnahme zu befreien. Diese Loslösung spiegelte sich in ihrer Weigerung wider, dem Druck Pakistans zur Erfüllung der amerikanischen Forderungen nachzugeben. So kehrten die pakistanischen Regierungsdelegationen, die massiven Druck auf die Taliban ausübten, unverrichteter Dinge wieder zurück, ohne dass sich die Taliban ihren Forderungen fügten. Dies kam jedoch zu spät; da man die Taliban bereits in die Enge getrieben hatte.

Die USA benützten die Truppen der Nordallianz als Fußsoldaten der US-Armee und als lebende Schutzschilde, um eigene Verluste gering zu halten. Und so begannen die USA – das Haupt des Unglaubens – und ihr Verbündeter Großbritannien am 7. Oktober 2001 einen bestialischen Krieg gegen die Muslime. Sie bombardierten die afghanischen Städte Kabul, Kandahar, Dschalalabad und andere mit Tomahawk-Raketen, Jagdbombern und anderem Kriegsgerät. Die Ausgangsorte ihrer Angriffe waren stets der Luftraum, die Gewässer und der Boden der Muslime, die ihnen die verräterischen Regenten, insbesondere jene Pakistans und Usbekistans, zur Verfügung stellten. Mehrere aufeinander folgende Wochen setzte sich die Bombardierung fort. Trotz des großen Mutes und der überwältigenden Standhaftigkeit, die die Muslime im Widerstand gegen die Aggressoren an den Tag legten, obwohl ihnen im Verhältnis zur feindlichen Streitmacht nur einfache Waffen zur Verfügung standen, führten im Jahr 2001 die massiven, barbarischen Angriffe der Aggressoren und der Verrat der Herrscher in den Nachbarländern zum Fall Afghanistans in die Hände der Amerikaner.

Die Zahl der im letzten Vierteljahrhundert umgekommenen Afghanen liegt bei rund zwei Millionen Opfern. Mit anderen Worten: Diese immense Opferzahl ergibt sich lediglich aus dem Zeitraum zwischen dem Beginn der russischen Invasion in Afghanistan im Jahr 1979 und der Zeit nach dem US-Einmarsch im Jahr 2001. Gekrönt wurde diese gewaltige Zahl afghanischer Opfer – zum großen Bedauern – durch die Ernennung Hamid Karsais als Marionettenherrscher Amerikas in Afghanistan.

Am 6. Dezember 2001 wurde das Bonner Abkommen unterzeichnet, das die neue afghanische Verfassung zugrunde legt. Um sie zu besiegeln, erwirkten die USA vom UN-Sicherheitsrat die Resolution 1883. Die im Abkommen aufgeführte Verfassung weist den USA, die im Gewand der UNO auftreten, eine besondere Rolle bei der Bestimmung der Geschicke des afghanischen Volkes zu – nach Innen wie nach Außen – und stellt jede noch so geringe Angelegenheit unter ihre Aufsicht. So setzt das Abkommen bei Gründung der Verfassungskommission, der Kommission für zivile Dienste, bei Festlegung der Regierungsaufgaben und -befugnissen, bei jeglicher Modifizierung prinzipieller Verwaltungsabläufe in sämtlichen Staatsinstitutionen und bei der Überwachung der Umsetzung aller Aspekte des Abkommens eine Präsenz der USA als Bedingung voraus. Mit anderen Worten, die USA haben sich selbst auf immer als faktischen Staatsregenten eingesetzt. Und dies offenbart die verborgenen Absichten der USA, nämlich die Kontrolle über das islamische Gebiet zu erlangen und nicht – wie behauptet – die Schaffung einer unabhängigen Regierung. Vielmehr stellt ihr Krieg, den sie als "Krieg gegen den Terrorismus" rechtfertigen, nichts anderes als ein Tor für einen Kreuzzug gegen den Islam und die Muslime dar, um hierdurch die Hegemonie über ihre Länder zu erlangen und den Islam aus ihrem Leben zu verbannen. So gingen und gehen sie in Afghanistan und dem Irak vor, gemäß ihrem Plan des „Großen Mittleren Ostens“. Es handelt sich also um einen Kreuzzug, den die militärischen, politischen und bildungspolitischen Machenschaften der USA, wo immer sie sich in den islamischen Ländern niederlassen, offenlegen. George W. Bush sprach

dies bereits in den ersten Tagen nach den Ereignissen vom 11. September offen aus, als er in seiner Rede vom 16. September 2001 verkündete, dass sein Kampf gegen den Terrorismus ein Kreuzzug sei. Es waren kaum vier Tage nach diesem gewaltigen Anschlag vergangen, die nicht einmal ausgereicht hätten, den geringen Bruchteil eines solchen Vorfalles aufzuklären. Dies weist darauf hin, was die amerikanischen Politiker alles an Feindseligkeit gegen den Islam und die Muslime in ihren Schränken verbergen.

Bush sprach zwar das Wort „Kreuzzug“ aus, um die Feinde des Islam um sich zu scharen. Gleichwohl hat es die Muslime im Widerstand gegen ihn vereint. Und so tritt der zunehmende und verstärkte Widerstand in Afghanistan offen zutage, der so weit geht, dass von einstigen Gegnern berichtet wird, wie den Taliban und Hekmatyar, dem Führer der Islamischen Partei, dass sie Schulter an Schulter gegen die Amerikaner kämpfen.

Den US-Einheiten war es zusammen mit den ISAF und den NATO-Truppen nicht gelungen, die Einflusszone ihrer Besatzung über die Hauptstadt hinaus auszudehnen - und dort auch nur in unvollkommenem Maße. Die übrigen afghanischen Gebiete außerhalb Kabuls blieben hingegen eine Bühne militärischer Operationen, die seit der US-Besetzung Afghanistans nicht einen Tag aussetzten.

Laut dem erwähnten Abkommen von Bonn sollten in Afghanistan in der letzten Umsetzungsphase im Juni 2004 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden. Doch der massive Widerstand gegen die US-Besatzung zwang die Besatzer dazu – und damit auch Karsai –, die Präsidentschaftswahlen auf den September dieses Jahres und die Parlamentswahlen auf den Frühling nächsten Jahres zu verschieben.

In der Vergangenheit ist es den USA in der ersten Umsetzungsphase des Abkommens gelungen, eine Interimsregierung unter der Führung ihres Vasallen Karsai einzusetzen. Es ist ihnen ebenfalls geglückt, die Rolle Europas klein zu halten, das sich dafür einsetzte, Zahir Schah und sein Gefolge an die Regierungsspitze zu setzen.

So berichtete die New York Times, dass US-Gesandte dahingehend Druck auf den König ausübten, sich von der öffentlichen Bildfläche zurückzuziehen, um der Loya Jirga zu ermöglichen, selbst einen Staatsführer zu wählen. Und noch bevor Zahir Schah die Möglichkeit hatte, seine diesbezügliche Meinung zu äußern, verkündete Zalmay Khalilzad (der heutige US-Botschafter in Afghanistan) bereits der Presse: „Der Ex-König steht für kein Amt der Interimsregierung als Kandidat zur Verfügung und überträgt dem Parlamentspräsidenten Karsai die Vollmachten.“

Schließlich gelang es den USA am 3. Januar 2004 und unter Aufsicht der Vereinten Nationen, auf die Vertreter der Afghanen (Loya Jirga) Druck zur Billigung einer neuen säkularen Verfassung für Afghanistan auszuüben. Mit dieser Verfassung legte man dem Präsidenten umfangreiche Machtbefugnisse in die Hand, während die des Parlaments beschnitten wurden, dem nur noch das Vetorecht in den Ministersitzungen zustand. Der US-Botschafter in Afghanistan, Zalmay Khalilzad, bezeichnete sie als „eine der brilliantesten Verfassungen der islamischen Welt“. Auch Präsident Bush ließ sich in Washington lobend über diese Verfassung aus und äußerte, dass „sie das Fundament für demokratische Institutionen“ in Afghanistan legen würde. Mit dieser Vorgehensweise haben die USA dem afghanischen Volk einen neuen säkularen Weg vorgezeichnet und die Übergangsregierung

Karsais legitimiert. Der letzte Akt der Abkommensphasen besteht für Karsai darin, die Führung der Republik zu übernehmen und im Anschluss an die in der letzten Phase vorgesehenen Wahlen eine neue Regierung zu bilden. Doch die verschärfte Sicherheitslage machte einen Aufschub der Wahlen erforderlich.

Der Widerstand indes loderte weiter, trotz der von den USA mobilisierten internationalen Truppen, der NATO und der US-Streitkräfte neben der Unterstützung Pakistans. Diesen militärischen Konzentrationen gelang es nicht, die Sicherheitslage unter Kontrolle zu bringen, um die Wahlen durchzuführen. Über den Weg politischer Aktivitäten versuchten nun die Strategen der US-Politik, eine Atmosphäre der Sicherheit für die Wahlen herzustellen.

Deswegen wurden in Afghanistan umfangreiche diplomatische Aktionen seitens der Karsai-Regierung und der Amerikaner sichtbar. Darunter fällt die an die Taliban gerichtete Einladung, sich an den Wahlen zu beteiligen, die voraussichtlich im kommenden September stattfinden werden, nachdem sie eigentlich für den kommenden Juni vorgesehen waren. Doch aufgrund der gefährlichen Sicherheitslage hat man sich entschieden, sie auf den September zu verschieben.

Diese Wahlen zielen darauf ab, der Vasallenregierung Karsai die rechtliche Legitimation zu verleihen und eine politische Stabilität in Afghanistan herzustellen, um die US-Pläne für die Region zu vervollkommen. Mullah Dadullah, ein führender Kommandeur unter den Taliban, beeilte sich jedoch am 25. April 2004, das Angebot Karzais abzulehnen, und wiederholte seine Drohung, die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Afghanistan zu torpedieren. Ferner widersprach er der Behauptung, die Taliban würden Verhandlungen mit der Regierung führen. Karsai hatte zuvor geäußert, dass seine Regierung in Verhandlungen mit der radikalen Bewegung getreten sei, um ihrer blutigen Rebellion ein Ende zu setzen.

Dies alles passiert im Schatten ungebrochener Widerstandsaktionen gegen die US-Besatzungsmacht in Afghanistan und seine Schergen aus der Vasallenregierung Karsais, da kaum ein Tag vergeht, ohne dass Detonationen dem ungläubigen Besatzer und seinen Anhängseln den Schlaf rauben würden. Dies veranlasste den Besatzer dazu, sich nach weiteren Staaten umzusehen, die er zur Truppenentsendung überreden könnte, um ihn in Afghanistan zu unterstützen.

Aus diesem Grund sagte Nicholas Burns, NATO-Botschafter der USA, am 26. April 2004, dass Spanien und die Türkei neben Deutschland und sieben weiteren Staaten (die keine Truppen im Irak stationiert haben) ihre Bereitschaft zur Truppenbeteiligung in Afghanistan ausgedrückt hätten, um der Koalition damit zu ermöglichen, ihre Mission auf Gebiete außerhalb der Hauptstadt Kabul auszudehnen. Ferner gab er bekannt, dass die Streitkräfte dieser Staaten für Sicherheit sorgen könnten, wenn im September die Wahlen stattfänden. Dies würde auf Anfrage des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai erfolgen, der sich um die Wahlen in den Unruheregionen sorgt und dort undisziplinierte Privatmilizen fürchtet. Burns erklärte anwesenden Journalisten an Bord eines Flugzeugs, das den NATO-Oberbefehlshaber General James Jones sowie die Botschafter von 26 NATO-Mitgliedsstaaten nach Kabul brachte: „Es gibt eine Anzahl von Regierungen, die sich nicht im

Irak beteiligen bzw. den Irak verlassen, wie z. B. Spanien, die nun einen Truppenüberschuss zur Verfügung haben.“

Die BBC erwähnte am 6. Februar 2004, „dass sich die NATO-Verteidigungsminister bei ihrer Zusammenkunft in München darauf geeinigt hätten, das Kontingent der in Afghanistan stationierten NATO-Friedenstruppen aufzustocken. Andrew Leslie, der scheidende stellvertretende Oberbefehlshaber der NATO-Einheiten in Afghanistan, meinte, dass die ISAF-Truppen auf eine Größe von zwölftausend Mann verstärkt werden müssten, um in der Lage zu sein, die Sicherheit zu gewährleisten. Er fügte hinzu, dass die NATO ihre Mission in Afghanistan möglicherweise bis zu einem Zeitraum von zehn Jahren fortsetzen müsste.

Der US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld pochte darauf, dass vor der Entsendung weiterer Soldaten die derzeitige Mission mit größtmöglicher Effektivität ablaufen müsse. Während seiner Reise sagte er aus Washington kommend: „Ich glaube, dass die vordergründigste Mission der NATO darin bestehen sollte, in Afghanistan das Beste zu geben.“

Der NATO-Generalsekretär schlug vor, darauf hinzuwirken, die Beziehung zwischen den ISAF-Einheiten und den in Afghanistan operierenden US-Truppen, deren Kontingent bei zwölftausend Mann liegt, zu stärken.“

Doch all diese Bemühungen, den Widerstand militärisch und politisch zu schwächen, scheiterten. Das Resultat war, dass der Widerstand der Muslime zunahm und sich verstärkte, gleichgültig, ob von Seiten der Taliban, der al-Qaida oder anderer, und dass der Kampf gegen die Besatzer – weil sie Ungläubige waren – sich in den Köpfen der Afghanen festsetzte und immer stärker wurde.

Das ist Afghanistan und dies das Resultat des Krieges der USA, Großbritanniens und ihrer Verbündeten auf der einen Seite und der Taliban als Staat und später als Widerstand, gemeinsam mit Hekmatyar und den Muslimen Afghanistans auf der anderen Seite. All dies ist von besonderem Interesse, vor allem, was die Taliban-Regierung, die Regierung der Nordallianz, die Karsai-Regierung sowie die Rolle der USA und Pakistans betrifft. Diese Ereignisse bedürfen aufgrund ihrer Bedeutung und der Lehren, die aus ihnen zu ziehen sind, der genauen Betrachtung, damit der Muslim sich seiner eigenen Angelegenheit bewusst ist und sich nicht im Netz des Feindes verfängt und dann bedauert, wenn das Bedauern nichts mehr bringt.

Die erste Lehre besteht darin, sich auf keine Kooperation mit dem ungläubigen Ausländer einzulassen und ihm keinesfalls Vertrauen entgegenzubringen. Denn die Ungläubigen trachten nicht nach dem Wohl für diese Umma. Sie kämpfen auf dem Wege des Satans, verschwören sich gegen die Umma und lauern darauf, dass sie ins Unglück fällt. Selbst die Verbündeten der USA werden keinen Nutzen davon haben; sobald sie ihre Schuldigkeit getan haben, werden sie von den USA wieder fallen gelassen.

Das Vertrauen auf die USA ist gleichbedeutend mit dem Vertrauen auf Satan. Sich auf sie zu verlassen, bedeutet, sich auf einen hasserfüllten Feind zu verlassen, der der islamischen Umma mit all ihren Gruppierungen die dauerhafte Feindschaft erklärt hat. Selbst Pakistan, das die Taliban hintergangen und den USA ermöglicht hat, in Afghanistan einzumarschieren und die Taliban zu beseitigen, konnte als Gegenleistung für diesen

immensen Verrat keinen Vorteil von den USA erlangen. Denn die USA haben sich mit Indien, dem größten Feind Pakistans, verbündet und Druck auf Pervez Musharraf ausgeübt, damit dieser auf Kaschmir verzichtet und die Mudschahedin niederknüppelt.

Die zweite Lehre besteht darin, den US-Vasallen kein Vertrauen zu schenken. Schließlich steckte das herrschende Regime in Pakistan hinter der Schaffung der Taliban. Und als das Interesse der USA etwas anderes vorsah, wendete sich Pakistan von den Taliban ab und zog die Schlinge immer enger um sie zu.

Die dritte Lehre ist das politische Bewusstsein. Denn der Gläubige muss Scharfsinn und Intelligenz zeigen und lässt sich nicht durch Unachtsamkeit einfangen. So pflegten die Taliban starke Beziehungen zum Regenten Pakistans, während dieser in den Armen der USA versunken war. Und die Taliban meinten, das Richtige zu tun.

Die letzte Lehre besteht darin, dass der Islam keine Kompromisse akzeptiert. Die Taliban wären, nachdem sie an die Macht gelangt waren, dazu angehalten gewesen, das **Kalifat** auszurufen, ihre Verbindungen zu den US-Agenten in Pakistan abubrechen und die Unterstützung der fähigen und starken Leute zu suchen und anzunehmen, um die islamischen Gesetze, wie sie sind, zu implementieren und sie auf der Grundlage von fundiertem Wissen zu studieren. Stattdessen proklamierten sie ein Emirat, das sich einerseits zum Islam und andererseits zu Pakistan hingezogen fühlte, obwohl die USA hinter Pakistan stehen, die das **Kalifat** mit aller Härte bekämpfen.

In jedem Fall liegt die Lösung des Problems nicht weit entfernt, sondern näher als angenommen. Es bedarf nur der Befreiung Pakistans aus der Schlinge der USA und der Errichtung einer aufrichtigen Herrschaft dort, einer ehrlichen islamischen Regierung, dem rechtgeleiteten **Kalifat**, das das Gesetz Allahs implementiert und den Dschihad auf dem Wege Allahs führt. Es wird sich mit allen Mudschahedin in und außerhalb Afghanistans für die Beseitigung der US-Hegemonie aus Afghanistan einsetzen, um es dem **Kalifat** anzugliedern. Damit wird das Banner des Islam, das Banner von *La ilaha illa Allah, Muhammadan rasul Allah*⁸ weit emporgehisst. Auch wenn dieses Unternehmen für den ersten Moment schwierig erscheint, so ist es doch leicht für jemanden, dem Allah dafür den Weg geebnet hat.

﴿وما ذلك على الله بعزيز﴾

„Und dies fällt Allah nicht schwer.“⁹

⁸ Islamisches Glaubensbekenntnis: "Es gibt keinen Gott außer Allah und Muhammad ist der Gesandte Allahs"

⁹ Sure Ibrahim 14, Aya 20

5.

Zypern

Zypern ist eines der bedeutendsten und schönsten islamischen Länder. Es ist von strategisch wichtiger Lage und der Eckstein im östlichen Mittelmeerraum. Aus diesem Grund haben die Großmächte stets große Anstrengungen unternommen, um die Insel unter ihre Kontrolle zu bringen.

Die Eröffnung Zyperns und die dortige Ausbreitung des Islam vollzogen sich in der Herrschaftszeit des rechtgeleiteten Kalifen Uthman, der Mu^cāwiya, dem damaligen Gouverneur von al-Scham, den Auftrag zur Eröffnung Zyperns erteilte, was im Jahr 649 n. Chr. erfolgte. Bis Ende des 19. Jahrhunderts hatten die Muslime dort die Souveränität inne. Manchmal, während späterer Epochen, wurde Zypern Opfer byzantinischer Aggressionen, ein anderes Mal Opfer der Kreuzritter. Doch die Muslime vermochten es immer wieder, die Aggressoren zu vertreiben und dort die Souveränität des Islam wiederherzustellen.

Aufgrund dessen handelt es sich bei Zypern um ein islamisches Land und um eine islamische Insel. Wer dort von den Ungläubigen verblieb, wie Griechen und andere, erhalten den Status von Schutzbefohlenen (Dⁱmmiyyūn), ohne aber ein Herrschaftsrecht darauf zu haben. Ihr Status gleicht dem ihrer Glaubensgenossen in den übrigen Ländern der Muslime.

Im 19. Jahrhundert vergrößerte sich die Macht Russlands, was sich zu einer Bedrohung für den osmanischen Staat entwickelte, ebenso wie es eine Gefahr für die damalige Weltmacht Großbritannien darstellte. Großbritannien fürchtete um seine lebenswichtige Ader, die durch die Meerenge von Gibraltar über den Suez-Kanal nach Indien führte. Es war Großbritannien bewusst, dass mit dem Gelangen Russlands nach Zypern, im Zentrum des östlichen Mittelmeers, der Suez-Kanal der russischen Bedrohung ausgesetzt wird, zumal Großbritannien zuvor den gegen Frankreich geführten siebenjährigen Krieg um Indien (1756-1763) beenden und damit der französischen Einflussnahme auf Indien endgültig Einhalt gebieten konnte, so dass es Indien in den alleinigen Besitz nahm. Die Aufrechterhaltung des sicheren Seeweges von den Britischen Inseln bis nach Indien, der über die Straße von Gibraltar und den Suez-Kanal führt, war von vitalem Interesse für Großbritannien. Um an die Insel zu gelangen, wandte Großbritannien seine politische Verschlagenheit im Umgang mit dem osmanischen Staat an, der die Souveränität über die zypriotische Insel innehatte. Dem osmanischen Staat wiederum war die erstarkende Macht Russlands zu jener Zeit nicht entgangen, und er musste befürchten, dass Russland bis nach Zypern gelangen könnte. Während Großbritannien aus einer Position der Stärke darüber sinnierte, wie es in Zypern Fuß fassen konnte, stellte der osmanische Staat aus einer Position der Schwäche heraus Überlegungen an, wie es ihm gelingen könnte, seine Souveränität über Zypern aufrechtzuerhalten. In diesem Zusammenhang schaffte es Großbritannien, den Kalifen Abdulhamid davon zu überzeugen (bzw. zu täuschen), ein Abkommen zu schließen, das scheinbar vorsah, Zypern durch eine zeitlich limitierte Präsenz Englands vor einer Okkupation Russlands zu schützen. Im Anschluss sollte Großbritannien wieder abziehen. Zumindest hatte der Kalif damit gerechnet. Doch im Kalkül der Briten handelte es sich um die Ebnung des Weges für eine dauerhafte britische Besetzung der

Insel. 1876 wurde das Abkommen zwischen dem osmanischen Staat und Großbritannien mit folgendem Inhalt geschlossen:

1. Das osmanische **Kalifat** behält die militärische und politische Souveränität.
2. Die Engländer zahlen eine jährliche Pacht von 92.000 Goldstücken.
3. Während ihrer Präsenz auf der Insel unterstehen die Engländer der osmanischen Militärführung.
4. Die Engländer verlassen die Insel, sobald die russische Bedrohung vorüber ist, worüber angeblich gesicherte Erkenntnisse vorliegen, nämlich dass Russland zunächst die Dardanellen angreifen und weiter über das Mittelmeer schließlich Zypern erreichen werde.

Sultan Abdulhamid, der ebenfalls für seinen politischen Scharfsinn bekannt war, hatte die Absicht, die Schwäche des Staates gegenüber Russland durch eine Verwicklung Großbritanniens in eine Auseinandersetzung mit den Russen zu überwinden. Dies würde die russische Bedrohung Zyperns stoppen und die Insel bewahren, und die Engländer würden anschließend die Insel verlassen. Doch er hatte nicht mit der Verschlagenheit und Hinterhältigkeit der Briten gerechnet, obwohl er sich (Allah möge ihm Gnade schenken) – wie aus seinen Memoiren hervorgeht – der Boshaftigkeit und Hinterlist der Engländer grundsätzlich bewusst war. Anscheinend war er aber der Meinung, dass die Briten - mit oder ohne Abkommen - entschlossen waren, in Zypern Fuß zu fassen. Und so zog er es vor, einem an strenge Konditionen gebundenen Abkommen zuzustimmen, und spekulierte auf eine Veränderung der internationalen Lage und am Ende auf einem Abzug der Briten. Doch der Wunsch des Sultans Abdulhamid sollte sich nicht erfüllen, denn die Feinde Allahs und des Gesandten hatten sich gegen ihn verschworen und sorgten 1908 für seine Entmachtung. Nach ihm kam die „Gesellschaft für Einheit und Fortschritt“ an die Macht, die das politische Gewicht des Staates nicht bewahrte und der die Entschlossenheit fehlte, den Plan des Kalifen Abdulhamid (Allah möge ihm Gnade schenken) fortzuführen. 1914 brach schließlich der Erste Weltkrieg aus, und Großbritannien setzte das Abkommen außer Kraft. Zypern wurde daraufhin von Großbritannien unter dem Vorwand annektiert, der osmanische Staat habe im Ersten Weltkrieg mit Deutschland eine gegen Großbritannien gerichtete Allianz geschlossen.

Offiziell wurde die Annexion am 5. November 1914 verkündet.

Später, im Laufe der von Großbritannien unterstützten Rebellion Kemal Atatürks gegen den Kalifen und im Zuge seiner Bildung einer Parallelregierung in Ankara sowie seiner Entsendung von Delegationen zur Aushandlung der Waffenstillstandsbedingungen mit England, trug Atatürk dem Delegationsführer İsmet İnönü – ebenso ein Agent Großbritanniens wie sein Meister – auf, im Juli 1923 ein Abkommen mit den Engländern bezüglich Zypern zu unterzeichnen. Gemäß diesem Abkommen erkennt die Regierung Ankaras endgültig die Herrschaft Englands über Zypern ebenso wie dessen Annektierung und Betrachtung als englisches Territorium an. Es ist bekannt, dass dies zu den Diensten gehörte, die der Verbrecher Mustafa Kemal Großbritannien erwies. Als Krönung dessen ordnete er

die Abschaffung des **Kalifats** an und lieferte damit den Beweis für seine Loyalität zu England und für seinen Verrat an Allah, Seinem Gesandten und den Gläubigen.

Gemäß dem Abkommen Mustafa Kemals mussten die Muslime Zyperns entweder die türkische oder griechische Nationalität annehmen. Bevorzugte jemand die türkische Nationalität, hatte er die Insel zu verlassen. Diesbezüglich besagt der Artikel 21 dieses Abkommens: „Die Türken Zyperns haben das Recht, die englische Staatsangehörigkeit anzunehmen. Allerdings haben sie die türkische Staatsbürgerschaft innerhalb der nächsten zwei Jahre nach Unterzeichnung dieses Abkommens abzugeben. Wer die Erlangung der türkischen Staatsangehörigkeit anstrebt, muss die Insel innerhalb der nächsten zwölf Monate nach Inanspruchnahme dieses Rechts verlassen.“

Im März 1925 wurde ein englischer Gouverneur über Zypern ernannt, und die Insel wurde zur englischen Kronkolonie deklariert. Der offizielle Status Zyperns als englische Kronkolonie blieb bis 1959 erhalten, danach wurde es offiziell zur „unabhängigen Republik“ erklärt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Situation auf Zypern für die Briten instabil, da sie aufgrund der kriegsbedingten Zerstörungen innerlich geschwächt waren. Zudem hatte Großbritannien international an Gewicht verloren, und die USA betraten als Weltmacht Nummer eins die internationale Bühne. Sie strebten nun die Hegemonie über die Kolonien der Westmächte an, insbesondere Frankreichs und Großbritanniens, und hatten auch Zypern ins Auge gefasst. Die Lage Zyperns begann nun zu wanken. Die USA hatten die politische Bedeutung dieser Insel für Asien, Europa und den Nahen Osten erkannt und waren entschlossen den dortigen britischen Einfluss unter dem Motto der „Auflösung der Kolonien“ zu beenden. Dieses Motto war ein amerikanisches Markenzeichen, um die Westmächte – insbesondere Frankreich und Großbritannien – in ihren Kolonien zu beerben. Und so setzten sie die ersten Schritte in diese Richtung. Der Auftakt war, dass die Kirche mit amerikanischer Unterstützung ein Referendum mit dem Resultat vorlegte, dass das Volk Zyperns gegen die Kolonialherrschaft Großbritanniens und für einen Anschluss an Griechenland sei, wobei die Beteiligung an der Wahl am 15. Januar 1950 bei 96 % gelegen habe. Von dem Zeitpunkt an trat der Anspruch Griechenlands auf Zypern zutage.

Was dieser Forderung Nachdruck verlieh, war die Tatsache, dass Italien, welches den Zweiten Weltkrieg verloren hatte, zwölf im Ägäischen Meer gelegene Inseln, die es in den Jahren 1911 und 1912 okkupiert hatte, nach Unterzeichnung des Friedensvertrages von Paris an Griechenland abtrat. Ein Umstand, der Griechenland – mit der Befürwortung Amerikas – dazu veranlasste, die Augen auf Zypern zu richten. Dem ließen die Griechen zwischen 1952 und 1954 – angestiftet von den USA – einen offiziellen Antrag vor der UNO folgen, wonach sie den Abzug Großbritanniens aus Zypern verlangten. Am 16. August 1954 reichten sie dort eine Beschwerde gegen England ein und forderten für das zypriotische Volk das Recht auf freie Selbstbestimmung. Doch Großbritannien – auf dem internationalen Parkett noch immer ein gewichtiger Akteur – wusste diese Bemühungen zu vereiteln und stachelte die Türkei, deren Regierung den Briten loyal war, dazu an, gegen die griechische Forderung zu protestieren und die türkische Öffentlichkeit gegen einen Anschluss Zyperns an Griechenland zu mobilisieren – ein Zustand, den das türkische Volk ablehnte.

Was die USA betraf, so trieben sie Griechenland weiterhin dazu an, Großbritannien in die Enge zu treiben. Aus diesem Grunde begannen die USA 1955, die römisch-orthodoxen Christen Zyperns mit ihrer chauvinistischen Einstellung gegen die Briten aufzuwiegeln, zumal die römisch-orthodoxen Griechen ursprünglich ohnehin die Idee der „Enosis“, der Vereinigung Zyperns mit Griechenland, und damit den kompletten Anschluss an Griechenland vertraten. Die Engländer standen dieser Idee jedoch ablehnend gegenüber. Die USA ihrerseits nutzten die Lage aus und versuchten die Engländer von der Insel zu vertreiben, indem sie mit Hilfe ihrer Agenten auf der Insel Unruhe stifteten, was solche Ausmaße annahm, dass es - wie im Jahr 1955 - zu Bombenanschlägen kam, bei denen hunderte Briten getötet wurden.

Infolgedessen berief Großbritannien am 29. August 1955 eine Konferenz in London ein, um die Situation auf Zypern zu erörtern. Dabei gelang es Großbritannien, neben Griechenland die Türkei mit in die Zypernfrage einzubinden, obgleich den Briten bewusst war, dass die unterschiedlichen Sichtweisen beider Staaten hinsichtlich Zyperns die Konferenz zum Scheitern bringen wird. Und tatsächlich erzielte die Konferenz keinerlei Resultate. Allerdings bestand die historische Bedeutung der Londoner Konferenz darin, dass die Türkei politisch gesehen zum ersten Mal offiziell als eine Seite, die an dem Problem beteiligt war, akzeptiert wurde.

Die Unruhen auf Zypern gingen unvermindert weiter, angestiftet von den USA über Griechenland und seine Anhänger auf der Insel, um damit dem englischen Einfluss ein Ende zu setzen und den amerikanischen Einfluss, direkt oder indirekt durch den Anschluss an das proamerikanische Griechenland, einzuführen. Was den Konflikt außerdem verschärfte, waren die zwei von Großbritannien auf der Insel errichteten großen Militärstützpunkte, die eine Fläche von fast 256 km² einnahmen. Beide Militärbasen unterstanden vollständig der britischen Autorität.

Deswegen galt das besondere US-Interesse der Räumung dieser beiden Stützpunkte samt der kompletten Eliminierung des englischen Einflusses, zumal die USA meinten, dass sie, nachdem sie Europa im Zweiten Weltkrieg gerettet hatten, Anspruch auf dessen Kolonien als Nachlass hätten. Und so entbrannte – wie oben erwähnt – ein hartes britisch-amerikanisches Ringen um Zypern, das sich im Jahr 1958 zuspitzte, als die USA auf Zypern einen Aufstand gegen die Engländer entzündeten und die Griechen dazu brachten, den Anschluss Zyperns an Griechenland zu fordern. So kämpften sie gegen die Briten, um sie von der Insel zu vertreiben. Doch Großbritannien, das die Zügel der Macht auf Zypern noch immer fest im Griff hatte, regte seinen loyalen Agenten Erzbischof Makarios dazu an, den Aufstand gegen die britische Besatzung anzuführen, mit dem Ruf nach Unabhängigkeit statt einem Anschluss der Insel an Griechenland. Daraufhin schickten die Briten Makarios auf die Seychellen-Inseln im Indischen Ozean ins Exil. Mit dieser Maßnahme sollte seine Popularität gesteigert werden, damit er danach wieder als Führer Zyperns zurückkehrt, die Idee einer Vereinigung der Insel mit Griechenland vereitelt und dafür die Unabhängigkeit einfordert. Auf der anderen Seite brachte Großbritannien die Türken dazu, sich einem Anschluss der Insel an Griechenland zu widersetzen. Somit war es den Briten geglückt, den US-Plan zu durchkreuzen und ihre Präsenz auf Zypern zu bewahren. Ihren Schachzug vervollständigten sie, indem sie der Insel die Unabhängigkeit zuerkannten und Zypern als Ergebnis der Züricher Verhandlungsgespräche vom 5. bis 11. November 1959 zu einer Republik ausgerufen wurde. Die Gespräche mündeten in die Unterzeichnung des Unabhängigkeitsabkommens (dem

Züricher Abkommen), bestehend aus 27 Artikeln, die sowohl den auf Zypern lebenden Türken als auch Griechen das Vetorecht in entscheidenden, das Schicksal der Insel betreffenden Fragen verliehen.

Am 20. November 1960 verstärkte sich die Kontrolle Großbritanniens, indem Zypern zu einem Mitglied des Commonwealth erhoben wurde.

Die USA versuchten jedoch, den Regierungsprozess zu behindern, indem sie den Verfassungsartikel ausnutzten, der beiden Konfliktpartnern das Vetorecht garantiert, wenn es um das Schicksal der Insel geht. Die USA bemühten sich nach Kräften, die Türken aufzuwiegen, und ließen unter ihnen verbreiten, Griechenland strebe den Anschluss Zyperns an. Zwei Faktoren waren den USA hierbei eine Stütze: Erstens war die öffentliche Meinung in der Türkei auf Seiten der zypriotischen Türken und lehnte die Kontrolle Griechenlands über Zypern vehement ab. Zweitens war da der fehlende Mut der türkischen Regenten, die 1960 durch einen Putsch an die Macht kamen, sich entschlossen den USA entgegenzustellen. Denn so mancher von ihnen hatte mit dem Umsturz durch die Hilfe der USA eine Position erlangt, obgleich İsmet İnönü, der Putschführer, ein inniger Freund der Briten war. Diese beiden Faktoren waren den USA dabei dienlich, die türkischen Massen zu bewegen, damit die zypriotischen Türken den Verfassungsartikel in Anspruch nehmen, um den Entscheidungen Makarios' die Insel betreffend zu widersprechen, es sei denn, die zypriotischen Türken wären damit einverstanden. Dies verärgerte Großbritannien, und es reagierte mit der Weisung an seinen Agenten Makarios, dem Präsidenten der Republik, die Verfassung außer Kraft zu setzen und zur Mehrheitsregierung zurückzukehren. Die Folge war, dass sich die Türken gegen Makarios auflehnten. Die USA nutzten dieses Chaos aus und trugen das Problem vor die UNO, mit dem Ziel, die englischen Stützpunkte von der Insel zu entfernen. Großbritannien aber übte Druck auf die Mitgliedsstaaten der UNO aus und grenzte die auf die Insel entsandten UNO-Truppen auf Einheiten befreundeter Staaten ein, die es neben seinen eigenen und den ihm nahe stehenden kanadischen Truppen zuließ. Damit vereitelte Großbritannien den neuen amerikanischen Plan, wonach die UNO zur Beseitigung der britischen Militärbasen von der Insel ausgenutzt werden sollte. Die Insel blieb faktisch in britischer Hand, diesmal im Namen des UN-Sicherheitsrates.

Das britisch-amerikanische Ringen um die Insel setzte sich weiter fort. Während die USA versuchten, den englischen Einfluss und die britischen Militärstützpunkte zu beseitigen, bemühten sich die Briten um den Erhalt von Einfluss und Militärbasen.

Die USA griffen nun auf andere Mittel zurück und machten sich ihren direkten Einfluss in der Türkei und in Griechenland zunutze. Sie nahmen direkten Kontakt zu beiden Staaten auf und setzten jedes ihnen zur Verfügung stehende Druckmittel ein, wobei sie für Zypern drei mögliche Lösungen unterbreiteten, die alle eine Beseitigung der britischen Militärpräsenz auf der Insel zum Ergebnis hatten:

1. Die Insel wird Griechenland angeschlossen, mit dem Vorwand, dass die Griechen die Mehrheit ausmachen würden, und Griechenland gibt im Gegenzug dafür der Türkei eine griechische Mittelmeerinsel.
2. Der Staat Zypern wird aufgelöst und die Insel faktisch zwischen der Türkei und Griechenland aufgeteilt.

3. Es werden zwei Staaten auf der Insel errichtet, die in einem föderalen Staat miteinander vereint sind.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass alle drei Lösungen eine Verbannung der britischen Militärbasen von der Insel garantieren.

Allerdings brachte Großbritannien alle diese Lösungen zu Fall, da der damalige englische Einfluss noch stark war und mit dem amerikanischen Einfluss in der Türkei und Griechenland mithalten konnte. Den USA ließ es jedoch keine Ruhe, und sie schlugen eine neue Lösung vor, die verlangte, dass die Großmächte Russland, die USA, Großbritannien und Frankreich die Unabhängigkeit Zyperns garantieren. Dieser Lösungsvorschlag bedeutete, dass insbesondere Russland in eine Unabhängigkeitsgarantie für die Insel nicht einwilligen würde, solange britische Militärstützpunkte auf der Insel stationiert sind; und dies würde eine Auflösung der Basen zur Folge haben.

Aber auch dieser Lösungsvorschlag war zum Scheitern verurteilt, da sich Großbritannien verstärkt politisch um Griechenland und die Türkei bemühte, so dass beide Länder die Idee einer Garantiererklärung der Großmächte ablehnten.

Derweil hielten die Konflikte und Spannungen zwischen den Türken und Griechen Zyperns unter der Herrschaft Makarios' an. Diese Spannungen kamen den Briten insofern zugute, als sie ihre militärische Präsenz dank der instabilen Lage weiter ausbauen konnten. Es ist die typisch englische Vorgehensweise zur Herbeiführung von Lösungen, die Großbritannien anwandte, als es noch im Besitz von Einfluss und Macht war. Es pflegte stets eine Kommission zu gründen bzw. eine Konferenz einzuberufen, gleichgültig ob diese von Erfolg gekrönt war oder nicht. Die Insel beschäftigte sich mit Debatten und Verhandlungen – eine Zeit der Ruhe für Großbritannien, die dafür genutzt wurde, erneut die Lage abzuwägen. So taten es die Briten, als sie zur ersten Konferenz von London 1955 und am 15. Januar 1965 zur zweiten Londoner Konferenz luden. Beide Treffen blieben ohne nennenswerte Resultate, während die Spannungen auf der Insel weiter anhielten.

In diesem Zeitraum stellten sich Verhältnisse ein, die den weiteren Ablauf der Ereignisse auf Zypern beeinflussten. 1973 fanden Parlamentswahlen in der Türkei statt, und eine Koalition der Republikanischen Volkspartei unter Bülent Ecevit, dem treuen Agenten Großbritanniens, und der Nationalen Heilspartei, einem verlängerten Arm der Nationalen Ordnungspartei, wurde gebildet. Die Heilspartei gilt als Agent der englischen Politik unter dem Vorsitz Necmettin Erbakans. Als sich Erbakan in Europa befand, sprach der englische Außenminister vor dem Unterhaus von der Notwendigkeit einer islamischen Partei in der Türkei. In einem englischen Privatjet kehrte Erbakan in die Türkei zurück. Diese Koalition, die unter der Schirmherrschaft der Briten geschlossen wurde, war es, die die Militäraktion von 1974 durchführte, was einen Wendepunkt in der Zypernfrage darstellte. Diese Militäraktion galt als Neugeburt der Türkei, denn es war die erste militärische Maßnahme in der Geschichte der Republik. Das Ereignis spielte sich folgendermaßen ab:

1973 wurde Rauf Denktasch Vizepräsident der Republik über den türkischen Teil. Auf der anderen Seite wurde Makarios aus den USA beordert und noch einmal zum Präsidenten der Republik gewählt. In der Türkei übernahm im Januar 1974 die aus der Republikanischen Volkspartei und der Nationalen Ordnungspartei gebildete Koalition offiziell die

Regierungsgeschäfte. Und in jenem Jahr, nämlich am 5. Juli 1974, wurde von den USA erfolgreich ein Militärputsch initiiert, bei dem Makarios gestürzt wurde. Ihr Ziel war ein Ende der Unruhen und die Ausdehnung der kompletten Regierungsmacht über alle Inselteile als Vorbereitung für die Beseitigung aller britischen Militärstützpunkte nach der Wiederherstellung der Stabilität. Doch Großbritanniens Antwort auf diesen Umsturz war die Landung türkischer Streitkräfte auf der Insel. Die USA konnten dies nicht verhindern, da die US-Administration unter Nixon zu jener Zeit mit der Watergate-Affäre beschäftigt war. Diese türkische Militärintervention vereitelte den Putschisten die Gelegenheit, einen einheitlichen, stabilen Staat zu schaffen, der in der Lage gewesen wäre, die britischen Stützpunkte zu entfernen.

Das Scheitern der Putschisten im Erlangen der Kontrolle über die Insel und im Sichern der Stabilität half dabei, dass sich die Meinung der Weltöffentlichkeit gegen den von Amerika unterstützten Staatsstreich richtete. Die Folge war eine weltweite tiefe Verurteilung dieses anrühigen Putsches. Russland machte sich gegen diesen Umsturz stark und betrachtete ihn als Bedrohung der eigenen Sicherheit. Zudem verurteilte es die türkische Invasion der Insel. Dies trug ebenfalls dazu bei, dass die Putschistenführer es nicht vermochten, die Hauptstadt unter ihre Kontrolle zu bringen, geschweige denn die ganze Insel.

Die USA trachteten danach, die britischen Militärstützpunkte auf der Insel in NATO-kontrollierte Stützpunkte zu verwandeln, um sie durch ihre Kontrolle über die NATO auch unter ihre Kontrolle zu bringen. Großbritannien hingegen setzte alles daran, die alleinige Kontrolle über die Anlagen zu behalten, die für die Briten von höchst vitaler Bedeutung auf Zypern waren.

So wurde die Insel Zypern für einen langen Zeitraum zu einer zwischen den USA und Großbritannien international hart umkämpften Region, wobei die britischen Armeestützpunkte der Zankapfel des Konflikts waren. In der Frage um Zypern ging es daher mehr um die Frage der Militärstützpunkte als um eine Auflösung von Kolonialgebieten bzw. um das Problem der türkischen und griechischen Volksgruppen.

Nach der türkischen Militärlandung auf der Insel wurde die Teilung der Insel zwischen den zypriotischen Türken und Griechen faktisch zementiert. Die Türken brachten den Norden der Insel unter ihre Kontrolle und öffneten den Bürgern der Türkei die Tore zur Insel, um die Einwohnerzahl der Türken zu erhöhen und ein Gleichgewicht zur griechischen Mehrheit auf der Insel herzustellen. So sollte die Teilung unter den beiden Bevölkerungsgruppen dauerhaft zementiert werden. Ohne Zweifel würde dies die instabile Lage auf der Insel fördern und zur immerwährenden Festigung der britischen Militärstützpunkte beitragen.

Die Situation blieb nach der türkischen Landung so lange unverändert - also ohne offizielle Proklamierung eines Staates im Norden, auch wenn er de facto bereits existierte -, bis Rauf Denktasch, Oberhaupt des nördlichen Teils der Insel, am 15. November 1983 den Staat Nordzypern ausrief. Dies geschah mit klarer Unterstützung der Briten über die Militärregierung in der Türkei auf folgende Weise:

Im Oktober 1981 ging Andreas Papandreu, der Agent Amerikas, aus den griechischen Wahlen als Sieger hervor. Unverzüglich begab er sich im Februar 1982 nach Zypern und ließ in einem Gespräch seinen ganzen Zorn über die Briten aus. Er legte offen, dass Griechenland als Schutzmacht aktiv werden und einen „Kreuzzug“ gegen die Türkei und die zypriotischen Türken beginnen würde. Außerdem sollte das Problem an die UNO herangetragen werden, da es sich um ein internationales Problem handeln würde. Mit anderen Worten, er äußerte sich als Sprachrohr der US-Politik. Anschließend erließ die UNO eine Resolution mit der Empfehlung zum sofortigen Abzug der türkischen Armee, die sie als Besatzer bezeichnete. Daraufhin verabschiedete der föderalistische Staat Zypern (der griechische Teil) am 17. Juni 1982 einen Beschluss zur freien Selbstbestimmung des zypriotischen Volkes. Im Gegenzug riefen die zypriotischen Türken am 15. November 1983 die Gründung der Türkischen Republik Nordzypern aus. Den Briten war damit die Wahrung ihres Einflusses auf Zypern geglückt. Am 18. November verurteilte der UN-Sicherheitsrat die Proklamation – besser gesagt, die USA befürworteten diese Proklamation nicht. Am 13. Mai 1984 verabschiedete der Sicherheitsrat die Resolution 550, die die Ausrufung der Türkischen Republik Nordzypern als Zerstückelung der Insel und als international inakzeptabel betrachtet.

Andererseits kam es in der Türkei zu permanenten und massiven Unruhen. Das Machtgezerre dauerte an, bis Özal, ein Agent der USA, 1983 zum Ministerpräsidenten und schließlich 1984 zum Präsidenten der Republik aufstieg. Dies war der Auftakt zur Ära Özal in der Türkei.

Nach Gründung der Türkischen Republik Nordzypern und während der gesamten Regierungszeit des US-Vasallen Özal (1984-1990) begannen die internationalen Treffen und Diskussionen um Zypern aufs Neue, jedoch in geringerem Ausmaß als vor 1980. Der Plan zum Zypern-Abkommen, der seitens des UNO-Generalsekretärs am 17. Januar 1985 und am 29. März 1986 in New York vorgelegt wurde, zog jedoch keinerlei Resultate nach sich.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und der diesbezüglichen Erleichterung der USA, deren Aufmerksamkeit sich nun auf die islamischen Länder richtete, wurde die Zypernfrage neu belebt. Allerdings wich die Zypernpolitik Amerikas nach dem Kalten Krieg ein wenig ab. Das, was sich verändert hatte, war die Vorgehensweise, nicht die Politik. Denn die US-Politik beruhte immer auf der Grundlage, die Briten endgültig aus Zypern zu vertreiben.

1990 fand der New Yorker Gipfel statt, und der Sicherheitsrat verabschiedete die Resolution 649. Mit dieser Resolution richtete sich die UNO mit einem Aufruf an beide Konflikt-Parteien Zyperns, eine akzeptable Lösung herbeizuführen. Diese Lösung musste das Konzept zweier Gesellschaften und zweier Teile beinhalten. Ebenso sollten die Präsidenten beider Seiten direkt und von Angesicht zu Angesicht zusammentreffen. Was aber den wichtigsten Aspekt dieser Resolution betrifft, ist die Tatsache, dass sie auf das Bezug nimmt, was sich in den Sechzigerjahren abspielte, und nicht auf das Jahr 1974.

Turgut Özal zeigte sein Interesse an diesem Sachverhalt und befasste sich 1991 mit der Idee eines Vierer-Gipfels, der festlegte, dass die Zypernfrage eine Sache zwischen der Türkei, Griechenland, der Türkischen Republik Nordzypern und den römisch-orthodoxen Zyprioten sei. Am 28. Juni 1991 unterrichtete er in seinem Bericht an den Sicherheitsrat den UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar darüber, dass er die Idee eines Vierer-Gipfeltreffens akzeptiere. Die Absicht hinter dem Vierer-Treffen war der Ausschluss Großbritanniens.

Allerdings sollte Özal kein Erfolg darin beschieden sein, da er kurz darauf starb (bzw. getötet wurde).

Am 11. Oktober 1991 akzeptierte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 617, die sich an den vom Generalsekretär Pérez de Cuéllar initiierten Beschluss bezüglich der Zypernfrage anlehnte. Die am 28. Juni dem Sicherheitsrat vorgelegte Resolution umfasste ebenfalls die Idee Özals von einem Vierer-Gipfel. 1992 wurde den Konfliktparteien ein vom Sicherheitsrat vorbereiteter „Ideenkatalog der Vereinten Nationen“ präsentiert, der hundert Artikel mit unterschiedlichen Lösungsvorschlägen für die verschiedenen Aspekte umfasste. Während die türkische Seite nicht alle Artikel des Kataloges akzeptierte, stimmte ihm der Präsident der römisch-orthodoxen Seite, Facilio, ein US-Vasall, komplett zu. Doch in der Zwischenzeit wurde Facilio abgesetzt und ein englischer Vasall, Klerides, trat an seine Stelle, der die gesamten Artikel ablehnte.

Schließlich betrat die Europäische Union, die mit dem am 7. Februar 1992 in den Niederlanden unterzeichneten politischen Abkommen ins Leben gerufen wurde, die Kampfarena, nachdem sie das Beitritts-gesuch des griechischen Zypern zur EU als Repräsentant für (ganz) Zypern angenommen hatte. Die EU erklärte, dass der Antrag alle notwendigen Bedingungen erfülle. Im gleichen Jahre und nach der Wahl Klerides' zum Präsidenten der Republik dachte Großbritannien über die Schaffung eines Präzedenz-falles der bilateralen Abkommen zwischen Griechenland und Zypern angesichts ihrer Betrachtung als zwei eigenständige Gebilde nach. So sollte die amerikanische Idee von einem Gebilde verdrängt werden, d. h. eines Anschlusses Zyperns an Griechenland. Aus diesem Grund legte man sich auf die Idee einer gemeinsamen Verteidigung zwischen Griechenland und dem römisch-orthodoxen Teil Zyperns fest, unter der Voraussetzung, dass der Ideenkatalog der UNO abgelehnt, der EU-Beitritt beschleunigt und die Rüstungsaktivitäten forciert werden. All diese Schritte sollten einer Aufrechterhaltung des Status quo auf Zypern sowie einer Torpedierung der US-Pläne dienen, denn der Ideenkatalog war ein amerikanischer Vorschlag. Großbritannien trieb darüber hinaus den EU-Beitritt voran, da Zypern als EU-Mitglied kein internationales Problem mehr darstellen, sondern zu einer Angelegenheit der Europäer werden würde, ohne Interventionsmöglichkeit seitens der USA.

Was die Aufrüstung betrifft, so stellte die Krise um die S-300-Raketen im Jahr 1997 ein wichtiges Ereignis dar. Großbritannien ließ von der griechischen Armee russische S-300-Raketen auf der griechischen Insel Kreta stationieren, die sich nahe Zypern befindet. Dies sollte Teil der gemeinsamen Verteidigungspolitik zwischen Griechenland und dem griechischen (römisch-orthodoxen) Teil Zyperns sein. Man hatte die Absicht, das Klima zwischen den zypriotischen Griechen und Türken auf der Insel anzuheizen, zumal die Raketen eine Stärkung der griechischen Zyprioten bedeuteten. Aus diesem Grund beherrschten Proteste und Auseinandersetzungen die Situation an der Demarkationslinie auf Zypern. Die Aufstellung der S-300-Raketen sollte die Vorschläge zu einer Friedenslösung, die die USA über den Weg der UNO vorbrachten, zum Scheitern bringen, indem es zur Eskalation zwischen den beiden Konfliktparteien kommen sollte und somit ein Zusammentreffen für gemeinsame Gespräche ausgeschlossen war. Diese Angelegenheit war für die USA von großem Interesse und wurde von ihnen als gefährlich eingestuft. Sie bemühten sich ernsthaft um Russland, dem Ursprungsland der Raketen, und übten massiven Druck auf Griechenland aus, damit es die Raketen abzieht. Dies ist ihnen geglückt und die Raketenkrise war damit beendet.

Parallel dazu vollzog sich in der Politik der Europäischen Union eine relative Veränderung. Im Januar 1997 erklärte die EU, dass die Vollmitgliedschaft Zyperns an eine politische Lösung geknüpft werde und die türkische Seite ebenfalls an den EU-Vorschlägen beteiligt werden müsse, d. h. nicht allein die griechisch-zypriotische Seite war wie bisher als Repräsentant entscheidend. Griechenland reagierte prompt auf diese Erklärung und kündigte an, als Mitglied der EU vom Vetorecht Gebrauch machen zu wollen. Der Kurswechsel in der EU-Politik ist auf den Druck der USA zurückzuführen, die der Ansicht waren, dass eine EU-Mitgliedschaft Zyperns allein nicht ausreichte, die Briten zu vertreiben. Die USA waren zu jener Zeit daran interessiert, die Briten samt ihren Stützpunkten von der Insel zu verdrängen. Sie waren ferner der Meinung, dass Großbritannien ein doppeltes Spiel treibe und es eine UN-Lösung geben müsse, die im Einklang mit den Forderungen der USA stand. Im Dezember 1999 wurde auf dem Helsinki-Gipfel die Türkei als EU-Beitrittskandidat aufgenommen, ohne dass die USA oder Großbritannien Einwände dagegen zeigten, sondern dies eher während der Unterbreitung befürworteten – jeder aus dem Blickwinkel seiner Interessen. Anlässlich der Aufnahme der Türkei als EU-Beitrittskandidat schickte Clinton ein Glückwunschtelegramm mit den Worten: „[...] Ihrer Führung hatte einen deutlichen Anteil bei der Unterstützung des Verhandlungsbegins in der Zypernfrage.“ Während des Gipfels machte die EU deutlich, dass eine politische Lösung für Zypern gefunden werden müsse. Anders gesagt, die EU wünschte keinen Beitritt Zyperns, solange es mit der Teilung und mit Spannungen zu kämpfen hatte, da es der EU nur Unannehmlichkeiten bereiten würde. Denn solange sich die angloamerikanische Auseinandersetzung um Zypern fortsetzt, solange wird dies für die EU nur Ärger und Probleme, jedoch keinen Nutzen bedeuten. Der Gipfel von Helsinki war das Ergebnis einer Politik des Gleichgewichts, die auf der einen Seite zur Türkei sagt "Löse das Zypernproblem und du trittst der EU bei", während sie auf der anderen Seite sagt "Wenn es sein muss, wird Zypern in seinem jetzigen Zustand eintreten". Da sich Zypern in einer strategisch wichtigen Lage befindet und die EU einem internationalen Druck ausgesetzt war, lag die Option eines Verzichtes auf Zypern fern.

Im November 2000 wurde von der EU ein Partnerschaftsdokument bezüglich des EU-Beitritts der Türkei verlautbart. Dort wurde die Zypernfrage in dem Abschnitt der „kurzfristigen Ziele“ erwähnt, was darauf hindeutet, dass der EU-Beitritt der Türkei unmittelbar mit der Zypernfrage zusammenhängt. Kurz darauf zog sich Denktasch von den indirekten Verhandlungsgesprächen zurück, die über den UNO-Generalsekretär geführt wurden. Dann, im Jahr 2001, erklärte der EU-Kommissar Romano Prodi, dass der EU-Beitritt Zyperns mit dem jetzigen Status quo und ohne Lösung des Konflikts möglich sei. Die Türkei reagierte darauf mit der Bereitschaft, jeden Preis und jede Alternative um Zyperns willen zu zahlen. Anschließend wurden die Gespräche im Dezember 2001 zwischen Denktasch und Klerides wieder aufgenommen. An diesen Gesprächen beteiligten sich ebenfalls UNO-Generalsekretär Kofi Annan und Alvaro de Soto, der UNO-Sonderbeauftragte für Zypern. 2001 begab sich der UNO-Generalsekretär persönlich nach Zypern, um an den Gesprächen teilzunehmen. Im Herbst 2002 wurde Denktasch von der EU eingeladen, um seine inoffizielle Meinung einzuholen, und im Zuge dessen lud der UNO-Generalsekretär Denktasch und Klerides zu einem Besuch nach New York ein. Den USA war indes bewusst, dass die permanent von Denktasch geschaffenen Probleme ein Hindernis auf ihrem Weg darstellten. Deswegen nahmen sie seine Erkrankung zum Anlass, ihn nach seinem Eintreffen einige Zeit in New York zu behalten. Im Laufe dessen bereitete UNO-Generalsekretär Kofi Annan den Plan vor, der nach ihm benannt wurde.

Was die Türkei betraf, so wurde sie von einer Dreier-Koalition regiert. Zwar überwog dort der Einfluss der Engländer, doch auch die USA hatten – wenn auch geringfügiger – ihre Hände im Spiel. Es war die Phase der Zypern-Verhandlungen und der von Denktasch geschaffenen Probleme, um jeglicher Lösung, die von den USA über den Weg der UNO unterbreitet wurde, einen Riegel vorzuschieben. Die erwähnte Koalition bestand aus folgenden Partnern: Bülent Ecevit, dem Vasall der Briten und Vorsitzenden der Demokratischen Volkspartei, Devlet Bahçeli, dem Vasall der USA und Vorsitzenden der Partei der Nationalen Bewegung, und Mesut Yılmaz, dem Vasall der Briten und Vorsitzenden der Mutterlandspartei. Aufgrund des Übergewichts englischer Präsenz in der türkischen Regierung hatten es die USA schwer, eine Lösung für Zypern vorzulegen. So gingen die Amerikaner dazu über, den geeigneten Boden für das Scheitern der regierenden Koalition zu schaffen, damit die Gruppe der alten „Islamisten“ an die Macht gelangt, die, angeführt von Abdullah Gül und Recep Tayyip Erdoğan, der amerikanischen Politik folgten. Mit anderen Worten wollten sie die ihnen loyale Partei für Gerechtigkeit und Wachstum (Ak-Partei) an die Macht bringen. Hierfür unternahmen die USA zahlreiche Schritte, von denen der prägnanteste die Abhebung von fünf Milliarden Dollar von der Zentralbank war, was eine Wirtschaftskrise auslöste. Diese Wirtschaftskrise verursachte eine gen Null abfallende Popularität der damaligen Regierung. Vom amerikaloyalen Devlet Bahçeli kam dann die Erklärung: „Entweder es finden am 3. November Wahlen statt, oder wir ziehen uns aus der Koalition zurück.“ Damit war die Regierung zu vorgezogenen Wahlen gezwungen. Am 3. November 2002 wurden die Wahlen abgehalten, die der Partei für Gerechtigkeit und Wachstum unter Recep Tayyip Erdoğan einen Erdrutschsieg bescherten.

Von diesem Moment an wurde eine Regierung in der Türkei gebildet, die in vollkommener Loyalität zu Amerika stand. Nun konnte der UNO-Generalsekretär den Parteien auf Zypern seinen Plan, den „Annan-Plan“, vorlegen, wobei er die Machtergreifung der US-Sympathisanten in der Türkei ausnutzte. Das Konzept wurde Denktasch und Klerides am 11. November 2002 unterbreitet, also eine Woche nach dem Sieg Erdoğan's.

Im Zeichen des Zypernkonflikts, des EU-Beitritts sowie des US-Krieges gegen den Irak, vollzog die Erdoğan-Regierung einen Rekord an Besuchen und Empfängen ausländischer Verantwortlicher. Zudem kündigte sie an, das Zypernproblem und gleichzeitig das Problem um den EU-Beitritt und die AGSP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik) zu lösen. Sie verstärkte den Druck auf Denktasch, vermochte jedoch nicht, ihn zu übergehen, da er tiefe Wurzeln in der Zypernfrage hatte und sich einer starken Unterstützung aus dem türkischen Militär erfreuen konnte. Denktasch war der Kurswechsel in der türkischen Außenpolitik bewusst ebenso wie die Ziele ihrer Bemühungen bei der Lösung des Zypernkonflikts, die darin bestanden, den Annan-Plan durchzusetzen. Deswegen erklärte er auch im Januar 2003 mit harschen Worten: „Wenn die Türkei ihre nationalen Grundprinzipien aufgeben will und bereit ist, dem Annan-Plan – in seiner jetzigen Version – zuzustimmen, so soll sie es offen sagen und jemand anderen als mich suchen, der diesen bestehenden Plan akzeptiert und ihn unterzeichnet, und damit wäre das Problem beendet.“

Der Annan-Plan bestand aus einem Grunddokument und einem Anhang aus fünf weiteren Dokumenten, die wiederum mit zahlreichen anderen Papieren zusammenhingen. Diese Dokumente beinhalteten: einen Gründungsvertrag; auf die Beendigung des Zypern-Problems abgestimmte Regelungen; Abkommen, die zwischen den maßgebenden Staaten (Zypern, Türkei, Griechenland und Großbritannien) zu schließen sind; Angelegenheiten, über

die der Weltsicherheitsrat und die UNO entscheiden sollen; Inhalte, die mit den EU-Beitrittsbedingungen für Zypern zusammenhängen; die Verfassung von 1960; Angelegenheiten, die mit Landbesitz, Nationalität, Eigentum und Sicherheitsdiensten im Inneren im Zusammenhang stehen. Zusammengefasst beinhalteten diese Dokumente alles, was mit der Regelung der Innen- und Außenbeziehungen Zyperns zusammenhängt. Keinerlei Erwähnung finden die beiden britischen Militärstützpunkte in Dhekelia und Akrotiri. Dies deutet darauf hin, dass sich Großbritannien und die USA stillschweigend darauf geeinigt hatten, sie nicht anzutasten. Man kann also sagen, dass der rechtliche Status dieser Militäranlagen gestärkt und gefestigt wurde, wie bereits im Unabhängigkeitsvertrag vorgesehen, dass nämlich die britischen Militärbasen – neben der türkischen und griechischen – eine dritte Struktur bilden. Abgesehen davon, fuhr Großbritannien damit fort, mit Hilfe seines Vasallen Denktasch Hindernisse aufzustellen, was dazu führte, dass der Annan-Plan mehrmals revidiert und seine Umsetzung verschoben werden musste. Ursprünglich sollten die Zusammenkünfte aller Seiten bis zum 28. Februar 2003 abgeschlossen sein, doch der Plan zog sich bis zum März 2004 hin.

Die am 14. Dezember 2003 abgehaltenen Wahlen in Zypern brachten Denktasch eine herbe Niederlage ein. Er konnte erheblich weniger Wahlstimmen für sich gewinnen als in Wahlen zuvor. Als Präsident der Republik war er nun gezwungen, die Aufgabe der Regierungsbildung einem loyalen Mann der USA zu übertragen, nämlich Mehmet Ali Talat, Vorsitzender der Republikanischen Partei. Dieser bildete seinerseits eine Koalition mit dem Sohn Denktaschs, Serdar Denktasch, dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei.

Auf Druck der Regierung Erdoğan und nach der Schaffung eines US-günstigen Bodens auf Zypern verstärkte sich die Tendenz zur Annahme des Annan-Plans. Das Ziel der USA war es, Zypern durch den Annan-Plan zu vereinigen, damit es als Bundesstaat in die EU eintritt und sich in Folge Zypern aus der Umklammerung Großbritanniens löst – mit Ausnahme der britischen Militärbasen. Großbritannien hingegen hatte die Absicht, den Status quo, also zwei getrennte Staaten, beizubehalten. Deswegen bemühte es sich, den Annan-Plan zu vereiteln und eine Zustimmung zu verhindern, indem es heimlich Negativpropaganda gegen ihn betrieb. Aus englischer Sicht würde die Umsetzung des Annan-Plans den Amerikanern die Einflussnahme über das vereinigte Zypern sichern.

Am 24. April 2004 wurde dem Volk Zyperns der Annan-Plan schließlich in Form eines Referendums unterbreitet. Doch das Votum war unerwartet. Während der Plan im Norden auf Zustimmung stieß, wurde er im Süden abgelehnt, was ein Ende des Annan-Plans bedeutete. Alles in allem war aber das Ergebnis sowohl für die USA als auch für Großbritannien und die EU halbwegs akzeptabel. Auch wenn die USA den Plan im Süden nicht durchzubringen vermochten, so konnten sie doch einen wichtigen Etappensieg im Norden erringen. Der Einfluss Großbritanniens war nunmehr rückläufig, und es lag in der Macht der USA, künftig bei Bedarf die Zypernfrage wieder zu bewegen. Sie können die gegen den Norden verhängte Blockade aufheben (jetzt gibt es auch Stimmen, die dies verlangen), seinen wirtschaftlichen Fortschritt sichern, ihn zu einem wichtigen Handels- und Touristenzentrum ausbauen und für seine Popularität sorgen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass sie einen Militärstützpunkt in der Region Dikirkbaz (dem Inselfchwanz) errichten, um eine Waffenmündung auf Asien zu richten. Somit hätten die USA den strategischen Schweif, der nach Asien und den Nahen Osten ragt, unter ihre Kontrolle gebracht und einen – wenn auch nicht vollständigen – Erfolg verbucht.

Was Großbritannien betrifft, so hat es ebenfalls einen Teilerfolg erzielt, denn es konnte verhindern, dass sein Einfluss oder seine Militärstützpunkte auf Zypern Schaden nehmen bzw. angetastet werden. Bei allem, was darüber hinausgeht, ist Großbritannien weit davon entfernt, beruhigt zu sein, wohlwissend, dass das Hauptziel der USA darin besteht, Großbritannien von der Insel Zypern zu vertreiben und sie dieses Ziel nicht so leicht aufgeben werden.

Was die EU betrifft, so hätte sie sich die Vereinigung Zyperns und dessen Beitritt als Föderation gewünscht. Doch dies ist nicht geschehen und bedeutet daher aus dieser Perspektive eine Niederlage für Europa. Allerdings konnte die EU wichtigen Boden gewinnen, indem sie das Beitritts-gesuch Südzyperns allein akzeptierte. Was aber Zypern betrifft, so ist es schwierig, Vorteile zu gewinnen, solange Großmächte wie Großbritannien und die USA sowohl lokale als auch internationale Auseinandersetzungen darum führen. Man kann aber trotzdem sagen, dass Zypern insofern einen Teilnutzen daraus zog, als es von seiner strategisch und politisch wichtigen Lage profitieren konnte.

Das Resultat des Referendums werden die an der Auseinandersetzung beteiligten Staaten (USA, Großbritannien und die EU) als Ausgangspunkt für eine Steigerung ihres Teilerfolgs bis hin zum kompletten Erfolg nutzen, der dann zur Verwirklichung ihrer Ziele führt.

Somit wird Zypern ein ungelöstes, heikles Problem bleiben, solange es keine richtige Lösung erfährt. Diese Lösung kann nur die komplette Rückführung in die Ursprungsform Zyperns bedeuten, nämlich in die des osmanischen Staates bzw. der gegenwärtigen Türkei. Die auf einzelne Bevölkerungsgruppen zugeschnittenen Lösungen, die den Großmächten dienen, sind zweifelsohne kolonialistische Lösungen. Die wahre Problembehandlung liegt ausschließlich in eine Rückführung der Insel zu ihren islamischen Ursprüngen und in nichts anderem sonst.

Diese Problemlösung erfordert von den Muslimen die Solidarität mit ihren Geschwistern auf der Insel und in der Türkei und keine Abkehr von ihren dort lebenden muslimischen Glaubensgeschwistern. Erstaunlich ist, dass die in der islamischen Welt existierenden Vasallenstaaten, stets den Griechen zur Seite standen, gegen die muslimischen Türken. Und keiner dieser Staaten hat nach Schaffung der Türkischen Republik Nordzypern die Souveränität der Muslime auf der Insel unterstützt, während sie die griechische Souveränität über die gesamte Insel anerkannt haben.

Diese unterwürfige Haltung der Regenten der Muslime hinsichtlich der entscheidenden Angelegenheiten der Muslime deutet darauf hin, dass diese Regenten nicht gemäß dem Islam handeln, den sie in ihren Dokumenten vor ihre Namen setzen. Sie handeln nicht einmal aus der Absicht heraus, die Interessen ihrer Völker wahrzunehmen, sondern im Einklang mit den Interessen ihrer Herren; der ungläubigen, kolonialistischen Staaten.

Uns ist bewusst, dass die Vasallenherrscher in den muslimischen Ländern es nicht wagen werden, sich einer vitalen Angelegenheit der Muslime anzunehmen. Ihre Einstellung bezüglich aller Angelegenheiten der Umma ist hinlänglich bekannt, nicht nur im Hinblick auf Zypern. Ihre Sorge liegt allein darin, das Wohlwollen ihrer Herren zu erlangen – ob die muslimischen Länder fortbestehen oder verloren gehen, interessiert sie nicht.

Doch uns ist ebenfalls bewusst, dass die Umma sich mit dem Willen Allahs ihrem Wohle zugewandt hat, dass diese Regenten verschwinden werden und dass das rechtgeleitete **Kalifat** mit Allahs Willen ertstehen wird. Die Umma ist es, die den Anschluss der Insel an die Stätte des Islam vollziehen und sie erneut zu einem strahlenden Leuchtturm im östlichen Mittelmeer erheben wird, damit sie zu ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückkehrt: eine Basis von der aus die Eroberer aufbrechen.

﴿وما ذلك على الله بعزيز﴾

"Und dies fielen Allah nicht schwer"¹⁰

¹⁰ Sure Ibrahim 14, Aya 20

6.

Der Sudan (Der Süden)

Der Sudan erfreut sich einer strategisch wichtigen Lage in Afrika. Neben der Tatsache, dass er die natürliche Fortsetzung Ägyptens verkörpert, des wichtigsten Staates im Ostens, dringt er weit in die Tiefen Afrikas bis zur Demokratischen Republik Kongo, Uganda, Kenia und Zentralafrika vor. Der Sudan blickt außerdem auf das Rote Meer mit Sicht auf Tihama und den Hidschaz auf der Arabischen Halbinsel. Im Osten grenzt er an Äthiopien und Eritrea, während er im Westen an den Tschad und Libyen angrenzt. Diese geographische Ausdehnung wird von der Vielfalt an Ressourcen, an Klimazonen und an immensen Möglichkeiten begleitet, was den Sudan zum potenziell größten Produzenten für Agrar- und Vieherzeugnisse macht, zumal der Nil mit seinen zahlreichen Nebenflüssen für einen der fruchtbarsten Böden überhaupt gesorgt hat. Er könnte der gesamten islamischen Welt damit als Hauptkornkammer dienen und die Nahrungsmittelversorgung der Muslime sichern, was nicht von geringerer Bedeutung ist als die militärische oder politische Sicherheit.

Die Reichtümer des Sudan beschränken sich jedoch nicht nur auf den Agrarbereich. Sein Boden birgt eine Fülle an Edelmetallen und Mineralien, die unerlässlich für die industrielle Produktion sind, wie Gold, Chrom und Glimmer, abgesehen von den Erdölquellen inmitten des Landes, die in reichlichen Maßen sprudeln. Tatsache ist, dass der Sudan alle tragenden Pfeiler einer potentiellen Großmacht besitzt. Deswegen erstaunt es nicht, dass der Sudan sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart von den Großmächten umkämpft wurde und noch immer wird, um seine unvorstellbaren und nicht versiegenden Reichtümer unter ihre Kontrolle zu bringen.

Der Sudan ist ein tief mit dem Islam verwurzelt Land, in das er schon frühzeitig - nämlich im Jahre 31 n. H. - Einzug fand, und zwar durch Abdullah Ibn Abi Al-Sarh, der unter Uthman Gouverneur von Ägypten war.

Im Zuge der britischen Kolonialisierung erließ die britische Verwaltungsbehörde 1922 ein Gesetz, das den Südsudan zum abgesperrten, separaten Gebiet erklärte, mit dem Ziel, die Bevölkerung des Südens am Zustrom in den Norden zu hindern und die Vermischung der Nord- mit den Südbewohnern zu unterbinden. Sie stellte ein lokales Heer aus Bewohnern des Südens zusammen, die der Führung britischer Offiziere unterstellt wurden, um schon früh die Tatsache einer Trennung zwischen Nord und Süd zu manifestieren.

Diese Abschottung des Südens half den Missionaren dabei, in aller Freizügigkeit ausgedehnte Christianisierungsmaßnahmen an der Bevölkerung vorzunehmen. Indessen hat die britische Besatzungsmacht die Entsendung islamischer Gesandtschaften aus dem Norden in den Süden verhindert, so wie im Falle der Gesandtschaft der Absolventenkonferenz von 1938, welche versucht hatte, aus Khartum eine islamische Abordnung zur Verbreitung des Islam in den Süden zu entsenden.

1947 lud die britische Regierung eine Anzahl von Bewohnern des Südens und des Nordens zur Konferenz von Juba ein. Es gilt als erste offizielle Forderung, die Großbritannien dem Sudan stellte, um eine Anerkennung der Existenz zweier Gebilde im Sudan durch die Sudanesen selbst zu erreichen.

Demzufolge war der englische Standpunkt den Sudan betreffend auf der Grundlage zweier existierender Gebilde aufgebaut: eines arabisch-muslimischen im Norden und eines christlich-animistischen im Süden. Es handelt sich um dieselbe Grundlage, die später von den USA übernommen wurde.

Noch bevor sie 1956 den Sudan verließ, löste die britische Besatzungsmacht 1955 im Südsudan eine Revolte aus, mit der alle Regierungen des Sudan, die seit jener Zeit bis in die Gegenwart an die Macht kamen, beschäftigt waren.

Nach der Unabhängigkeit setzte Großbritannien im Sudan Marionettenherrscher ein, die den Süden als ein vererbtes Problem anerkannten, das einer gesonderten Lösung bedarf. Auf der Konferenz des runden Tisches von 1965 kamen die Parteien des Südens und des Nordens zusammen und diskutierten über eine Lösung, die auf der britischen Basis beruhte, ohne jedoch zu einer Einigung zu gelangen. Die Konsequenz war eine weitere Verschärfung des Problems.

Sadiq Al-Mahdi, einer der markantesten Politiker des Sudan, erkannte vor der konstitutionellen Versammlung schon zu dieser frühen Zeit das Problem als solches an und forderte eine Umwandlung des Sudan von einer vereinigten in eine föderalistische Republik. Zudem plädierte er dafür, dem Süden aufgrund seiner Sonderlage die autonome Unabhängigkeit zuzuerkennen. Im Dezember 1965 sagte er: „Die Parteien des Nordens sowie des Südens sind zu einem Abkommensentwurf gelangt, der dem Süden einen lokalen Status zuerkennt, welcher seiner besonderen Lage Rechnung trägt. Ferner wird ihm eine dezentralistische Regierungsform gewährt.“

Über die Art des Sonderstatus für den Sudan kamen die Politiker jedoch nicht überein. 1967 verurteilte der Regierungschef Ismail Al-Azhari eine Regionalherrschaft, für die Al-Mahdi plädiert hatte, aufs Schärfste und empfand es als ausreichend, dem Süden lediglich eine Autonomieregierung zuzuerkennen. Von jenem Zeitpunkt an wurde Uganda damit betraut, einer Exilregierung Zuflucht zu bieten, um so zu einer Operationsbasis für die Invasion des Südens zu werden.

Großbritannien ließ das Südsudanproblem als Keil zurück, der den Sudan noch Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit beschäftigen sollte. Die Saat für die Teilung zwischen Nord und Süd hat Großbritannien gepflanzt, bevor es sich aus dem Sudan zurückzog. Später übernahmen die westlichen Staaten die Pflege und Bewässerung dieser Saat, und zwar bis zu dem Grad wo sich weder die Vasallen Großbritanniens noch die der USA, die den Sudan abwechselnd regierten, in ihrem Standpunkt unterschieden, dass dem Süden ein gesonderter Status zukommt. So herrscht unter den meisten Parteien Einvernehmlichkeit, ob sie nun dem Kurs Amerikas folgen, wie die Volksgruppe der Khatamiyya, die durch die Vereinigte Demokratische Partei unter Al-Mirgani repräsentiert wird, oder ob sie der Linie Großbritanniens folgen, wie die Volksgruppe der Mahdiyya-Ansariyya, die durch die Umma-Partei unter der Führung Al-Mahdis vertreten wird. Sie alle befürworten die Notwendigkeit

einer Trennung in dieser oder jener Form; die Differenzen betreffen lediglich die Vorgehensweise.

Die Regierung Al-Mahdis führte Gespräche auf der Basis einer Autonomie- bzw. Regionalregierung, während die Regierung Numeiris die Regionalregierung unsetzte und einen Hoherat ernannte, der die Verwaltung des Südens übernehmen sollte. Die Regierung der nationalen Rettung, die von Omar Hassan Ahmad Al-Bashir geführt wurde, war föderalistisch und schlug die Idee des Selbstbestimmungsrechts für den Süden vor. Die Oppositionsparteien hatten keinerlei Einwände gegen diese Idee. Dies bewies der Vorschlag zum Selbstbestimmungsrecht für die Südsudanesen und die Nuba-Völker, der von der so genannten Nationalen Demokratischen Allianz, einem Zusammenschluss der Oppositionsbewegungen, stammt. Dieser Vorschlag wurde auf der Konferenz der Schicksalsfragen unterbreitet, die 1995 in Asmara, der Hauptstadt Eritreas, stattgefunden hat.

So wurden verräterische Ideen, wie die des Föderalismus und des Selbstbestimmungsrechts für die Südsudanesen, zu legitimen politischen Forderungen und realen politischen Fakten. Auf diese Weise verwandelten sich die Söhne der islamischen Mahdi-Revolution, die 1881 gegen die englische Besatzungsmacht ausbrach, um den Sudan und den Islam im Sudan zu verteidigen, in Vollstrecker des englischen Kolonialplans. Diese großartige Revolution fügte dem englischen Heer vernichtende Niederlagen zu, gewann die Hauptstadt Khartum 1885 aus britischer Hand zurück und tötete den dortigen britischen Hochkommissar.

Der Sudan wurde – wie alle Kolonialgebiete – zum Zankapfel einer hart geführten internationalen Auseinandersetzung zwischen Großbritannien, dem alten, und Amerika, dem neuen Kolonialherrn, bei der es um die Beherrschung dieses wichtigen Landes ging. In der Zeit der Unabhängigkeit von 1956 befand sich die Kontrolle in der Hand Großbritanniens, was sich unter der einflussreichen Führung der Mahdi-Partei und weiterer Männer Großbritanniens fortsetzte. Dieses Tauziehen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien setzte sich bis ins Jahr 1969 fort, als Dschafar Numeiri – unterstützt von Nasser, dem damaligen Hauptagenten Amerikas in der Region – gegen die Gefolgsmänner Großbritanniens und ihre Parteien einen erfolgreichen Militärputsch anführte. Durch die Macht des Militärs übernahm Numeiri die Herrschaft. Während seiner verhältnismäßig langen Regierungszeit vermochten es die USA, ihren Einfluss in der Armee gut zu festigen.

Während der Regierungszeit Numeiris verschärfte sich das Südsudanproblem und wurde zunehmend komplizierter. Schuld daran waren unter anderem die Vernachlässigung des Südens und eine fehlende Förderung, und zwar von Seiten aller Regenten, die im Sudan an die Macht kamen. Ein anderer Faktor war die von ihnen allen eingeräumte Notwendigkeit, den Bewohnern des Südens einen Sonderstatus zuzuerkennen, der in eine Teilung münden würde. Gegen Ende der Regierungszeit Dschafar Numeiris begann im Süden der Stern John Garangs zu leuchten. Er war ein Offizier der sudanesischen Armee, der zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in den Süden geschickt wurde. Er spaltete sich jedoch von der Regierung ab und stellte mit Unterstützung Ugandas und in Kooperation mit den USA eine eigene Miliz zusammen, um eine christlich-animistische Kraft herzustellen, die sich der Ausbreitung des Islam im Süden entgegenstellt. Die Bewegung Garangs sollte den USA außerdem als Druckmittel gegen die sudanesische Regierung dienen, um – wann immer es

nötig ist – die Regierung nach ihren Wünschen zu dirigieren. Nachdem sich die Probleme im Sudan in sämtlichen Bereichen – in der Sicherheit, der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft - gehäuft hatten, befanden es die USA für notwendig, Dschafar Numeiri loszuwerden. Daraufhin führte Siwar al-Dhahab, ein General der Armee, einen Staatsstreich gegen Numeiri durch, während dieser sich außerhalb des Sudan aufhielt. Als Numeiri versuchte, in den Sudan zurückzukehren und ein Gelingen des Putsches zu unterbinden, hinderte ihn Hosni Mubarak auf Geheiß Amerikas daran und zwang ihn zum Verbleib in Kairo. Siwar al-Dhahab gehörte zu den Militärs, die ehemals für ihre Loyalität zu Numeiri bekannt waren. Dessen Coup lieferte den Beweis dafür, dass der überwiegende Teil der hochrangigen Militärs in der sudanesischen Armee komplett in den Einflussbereich der USA geraten war.

Lediglich ein Jahr hielt sich Siwar al-Dhahab an der Regierung. Die eigentliche Macht lag jedoch in Händen der Armee, die auf Seiten der USA stand. Dann überließ er die Macht den Politikern und erteilte seine Zustimmung zur Durchführung von Wahlen. Nun gelangten die britischen Vasallen erneut an die Macht, und Sadiq Al-Mahdi stellte 1985 die Regierung. Den Sudan ließ man in den drei Jahren seiner Regentschaft herumwanken. In diesem Zeitraum wurde im Zusammenhang mit den Plänen zur Abtrennung des Südsudan im Februar 1987 eine Zusammenkunft in Washington und im Oktober desselben Jahres eine in London zur Erörterung dieser Frage arrangiert. Auch wurden weitere Initiativen in Afrika gestartet, die alle die formelle Einheit des Sudan hervorhoben, wobei man den Fokus auf die Anerkennung der kulturellen Vielfalt, auf die Wichtigkeit von Wachstum und die Teilung von Macht und Reichtum setzte. In dieser Phase beobachtete die Armee die Situation aus kurzer Entfernung, bis sich die Zustände im Sudan derart verschlechterten, dass die Menschen sich nach der Rückkehr des Militärs sehnten. Und just zu der Zeit, im Juni 1989, führte Hassan Ahmad Al-Bashir einen erfolgreichen Militärputsch gegen die Al-Mahdi-Regierung durch. Er hatte von den Fehlern früherer Militärs, wie Numeiri, profitiert und verpasste seiner Militärregierung einen islamischen Anstrich, indem er Hassan al-Turabi, den Vorsitzenden des Nationalkongresses und Führer der wichtigsten islamischen Bewegung des Sudan, mit in die Regierung einband. Somit verlieh er seiner Militärherrschaft eine legitime Färbung und steigerte seine Popularität unter dem Volk, an der es Numeiri in der Vergangenheit fehlte.

Auf diese Weise konnte das den USA loyal ergebene Militär seinen Griff um den Sudan festigen und die USA durch das Militär den Sudan fest umklammern. Den US-Vasallen aus dem Militär ist nun gelungen, was den Vasallen Großbritanniens, die aus Politikern und Parteien bestanden, zuvor durch politische Aktivitäten nicht geglückt war, und zwar den Süden unwiderruflich vom Norden zu trennen.

Nach der Machtergreifung Bashirs im Sudan beschleunigte sich der Turnus von Verhandlungen, Treffen und Initiativen, und zwar einhergehend mit der steigenden Eskalation der Konfrontationen und Gefechte im Süden, um der Sache sowohl die nötige Glaubwürdigkeit als auch die Rechtfertigung zu verleihen, einen schicksalhaften Schritt nach vorn in dieser sensiblen und brisanten Angelegenheit zu setzen.

So stellten die Versammlungen von Nairobi 1989 unter der Schirmherrschaft des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter den Auftakt zu den nachfolgenden Verhandlungen, Zusammenkünften und Initiativen dar. Es kam unter Carters Aufsicht zwischen der sudanesischen Regierungsdelegation, die von General Muhammad Amin Khalifa geführt

wurde, und der von Lam Kol geführten Rebellenorganisation zu einem Treffen. 1992 fanden auf Initiative des nigerianischen Ex-Präsidenten Ibrahim Babanjida hin in Abuja Verhandlungsgespräche statt: zwischen der Regierungsdelegation, die von Muhammad Amin Khalifa geführt wurde, und der Rebellenbewegung, angeführt von William Noon, stellvertretend für die Garang-Gruppe, und Lam Akol für die Nasser-Gruppierung. Diese Verhandlungen führten zu der Erkenntnis, dass die Lösung des Konflikts in der Ressourcenaufteilung und in der Schaffung einer politischen Institution liegen müsse, die auf einer ethnischen, sprachlichen und kulturellen Pluralität im Sudan beruhe. 1993 fanden im ugandischen Antibi unter der Obhut des ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni Unterredungen zwischen der Regierungsdelegation unter Ali Hajj Muhammad und der Delegation der Volksarmee (der Rebellenorganisation) unter Garang statt. Noch im selben Jahr, nämlich einen Monat später, wurde im kenianischen Nairobi eine Zusammenkunft zwischen der von Ali Uthman Muhammad Taha geleiteten Regierungsdelegation und der Delegation der Rebellenorganisation arrangiert. Die Verhandlungen in Kenia und Nigeria wurden weitergeführt, bis am 17. März 1994 auf Initiative des IGAD-Komitees ein Treffen unter dem Vorsitz des kenianischen Präsidenten Daniel Arabmoi und Mitgliedern der Präsidenten Ugandas, Äthiopiens, Eritreas und unter Anwesenheit des Präsidenten Omar Hassan Ahmad Al-Baschir und des Führers der beiden Einheiten der Rebellenorganisation in Nairobi einberufen wurde. Die Verhandlungen wurden so lange weitergeführt, bis sie am 20. Juli 2003 vom Desaster der Unterzeichnung des „Machako-Protokolls“ gekrönt wurden. Dies war das Gefährlichste, was zur Abspaltung des Südens vom Sudan bewerkstelligt wurde. Es stellte die Frucht jahrzehntelanger unermüdlicher Bemühungen und die Einleitung zum endgültigen „Friedensabkommen“ (!) dar. Das Protokoll bestand aus einem präzise formulierten Text von brisanter Gefährlichkeit. Er umfasste alles, was die Vorbereitung für eine Abspaltung erfordert, wie etwa das Selbstbestimmungsrecht. Seine Wortwahl erfolgte in höchster Sorgfalt, um das Ziel mit dem geringsten Kostenaufwand zu erreichen. Die größte Gefahr des Protokolls besteht darin, dass es eine internationale Rolle und ein Instrument vorschreibt, damit die Umsetzung der Artikel des Abkommens gewährleistet und die Abspaltung so verwirklicht wird. Das Protokoll wurde somit zum Grundstein für alle nachfolgenden Verhandlungen. Die Gespräche wurden dann unter internationaler Schirmherrschaft der USA, Großbritanniens, Norwegens und Italiens sowie der IGAD-Staaten wieder aufgenommen, um die Details der Fragen zu erörtern, die damals als noch ausständig angesehen wurden. Dazu zählte die Aufteilung der Macht, des Reichtums und anderes. Bemerkenswert an den Verhandlungen war, dass zwischen den internationalen Parteien keinerlei Differenzen auftraten, insbesondere keine zwischen den USA und Großbritannien.

Am 25. September 2003 wurde das Militär- und Sicherheitsabkommen zwischen der Regierung und der Rebellenorganisation unterzeichnet. Es schreibt die Präsenz dreier Armeen vor: Regierungsarmee, Rebellentruppen und eine gemeinsame Armee aus Regierungs- und Rebellentruppen. Auf diese Weise blieben die kriminellen, separatistischen Rebellenbanden bestehen, die nun parallel und in legitimer Gleichheit neben der offiziellen Armee existieren. Darüber hinaus verpflichtet das Abkommen zum Abzug der Regierungstruppen aus dem Süden innerhalb der nächsten zweieinhalb Jahre.

Es ist unübersehbar, dass die im Abkommen vorgesehene Präsenz mehrerer Armeen im Land die Vervielfachung der Machtzentren zum Ziel hat, was eine Gefahr für Sicherheit und Stabilität bedeutet. Das wiederum vereinfacht es, das Land in Kriege und Konflikte zu verwickeln und es zu zerstückeln, insbesondere wenn wir über die Rebellenarmee sprechen,

die, was Zielsetzung, Training und Bewaffnung anlangt, eng mit dem ungläubigen Westen verbunden ist. Wie kann sich die Bevölkerung des Sudan sicher fühlen, wenn sich die Rebellentruppen in Khartum, im Süden des Blauen Nil und in den Nuba-Bergen breit machen werden und darüber hinaus den gesamten Südsudan allein beherrschen?! Die Idee einer Präsenz zweier und dreier Armeen, die der Regierung aufoktroziert wurde, nachdem die Verhandlungen ins Stocken geraten waren, ist amerikanischen Ursprungs. Die Zeitung *Akhbar al-Yaum al-sudaniyya* erwähnte dies ganz offen in ihrer Ausgabe vom 25. September 2003, wonach die USA der Regierung das Abkommen aufzwingen, und zwar unter Androhung unterschiedlichster Drohmittel, sollte sie die Vereinbarung ablehnen.

Am 7. Januar 2004 wurde das Abkommen zur Vermögensaufteilung zwischen der sudanesischen Regierung und der Rebellenbewegung unterzeichnet. Demnach sollen die Erdölträge sowie andere Einnahmequellen im Südsudan und in den drei Regionen, um die gestritten wird, unter der Regierung und den Rebellen zur Hälfte aufgeteilt werden. Darüber hinaus sollen zwei separate Banksysteme aufgebaut werden: eines für die Regierung und das andere für den Süden. Auf diese Weise soll neben der militärischen auch die wirtschaftliche Teilung verfestigt werden.

Und noch immer dauern die Verhandlungen zur Teilung der Macht und zur Erörterung der Zukunft der drei Regionen, um die gestritten wird, an. Es handelt sich um die Regionen Abyi, den Süden des Blauen Nil und die Nuba-Berge. Die Regierung Bashirs steht kurz davor, Abyi gemäß einem US-Papier, das Pfarrer John Danforth, US-Gesandter Bushs für den Sudan, den Verhandlern in Naivasha vorlegte, an die Rebellen abzutreten. Darin ist vorgesehen, den Bewohnern Abyis – gleich den Südsudanesen – das Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren.

Ferner ist darin die Vereinbarung zu den Sicherheitsmaßnahmen enthalten, die laut Absatz (c) Artikel 4 die Bildung einer gemeinsamen Streitmacht in den Nuba-Bergen (6.000 Mann) und im Süden des Blauen Nil (6.000 Mann) festlegt. Dies bedeutet, dass der Weg für die Schaffung eines Sonderstatuts nach dem Modell des Südsudan für die drei Gebiete geebnet wird.

Die in Khartum erscheinenden Zeitungen vom 20. März 2004 veröffentlichten die Details dieses US-Papiers, das den beiden Verhandlungspartnern in Naivasha (der Regierung ebenso wie der Rebellenbewegung) zur Lösung des Abyiproblems vorgelegt wurde. Es handelte sich dabei fast um die identen Lösungsvorschläge der Rebellenbewegung, die von Seiten der Regierung zurückgewiesen wurden. Der gefährlichste Aspekt am Inhalt dieses Papiers besteht darin, dass die Bürger Abyis zur gleichen Zeit, wie im Südsudan, in einem separaten Referendum darüber entscheiden werden, ob sie weiterhin dem Norden angehören oder sich dem "Bahr al Ghazal" anschließen wollen. Dies soll noch vor Ablauf der Übergangsphase geschehen. John Danforth sagte auf der Pressekonferenz in Naivasha, deren Inhalt in der Ausgabe (3387) von *Akhbar al-Yaum al-sudaniyya* vom 20. März 2004 erschien: „Präsident Bush ist bekümmert [...] und er glaubt, dass der Frieden noch vor Ablauf dieses Monats verwirklicht werden kann. Die US-Administration macht jedwede Seite, die dem Friedensprozess im Wege steht, für ein Scheitern verantwortlich.“ Daraus wird die gänzliche und absolute Parteinahme der US-Administration für die Rebellenbewegung deutlich. Ferner wird die an die Regierung gerichtete explizite Drohung offensichtlich, sollte sie dem Papier nicht zustimmen (wie aus den Äußerungen von John Danforth, dem

Sondergesandten des US-Präsidenten für den Frieden im Sudan, auf der Pressekonferenz deutlich wurde). Danforth betonte, dass das US-Papier den endgültigen Standpunkt der US-Regierung zum Abyiproblem darstelle.

Die Rebellenbewegung begrüßte logischerweise dieses Dokument, da es ursprünglich ihr Vorschlag war.

Was das Regierungslager betrifft, so stimmte es dem Papier als Verhandlungsbasis zu, wie der Ausgabe (2882) der *Sahafa al-sudaniyya* von Sonntag, dem 21. März 2004, zu entnehmen ist. Dies ergab sich auf einem breiten Treffen, an dem Präsident Bashir, seine Assistenten, die Führungsspitze der Regierungspartei und eine Anzahl von Offizieren der bewaffneten Kräfte neben drei Mitgliedern der Verhandlungsdelegation teilnahmen, die aus Naivasha zurückgekehrt waren. Sie diskutierten ausgiebig den Vorschlag der USA und erachteten ihn als Grundlage für Verhandlungen, was die Schwäche der Regierung und ihre magere Haltung offen legt.

Was die Position derer betrifft, die den US-Vorschlag als "vermittelnd" umschrieben, so bestätigt sie ihre Demuthaltung gegenüber dem Druck der USA und ihr Streben nach ihrem Wohlgefallen.

﴿والله ورسوله أحق أن يرضوه﴾

"Jedoch Allahs und Seines Gesandten Würde geziemt es mehr, Ihm zu gefallen."¹¹

Die US-Botschaft in Khartum kündigte am Donnerstag, den 13. Mai 2004 an, dass es im Laufe dieser Woche zur Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Regierung und der „Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung“ unter Führung Doktor John Garangs kommen werde, bei welchem es um die drei Konfliktregionen und die Machtverteilung gehe. Der endgültige Vertrag werde Mitte des kommenden Monats in Nairobi unterzeichnet werden. Ein Verantwortlicher der Garang-Bewegung betonte, dass der Friedensplan in seinen wesentlichen Punkten vorbereitet sei.

Gerard Gallucci, Geschäftsträger der US-Botschaft in Khartoum, erklärte am oben erwähnten Tag: „Mitte des kommenden Juni wird die Unterzeichnung des umfassenden Friedensabkommens in der kenianischen Hauptstadt Nairobi zwischen der Regierung und der ‚Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung‘ (SPLM) stattfinden. Vor ausgewählten Journalisten fügte er in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag hinzu, dass sein Land seit geraumer Zeit damit begonnen habe, konstruktiv mit der sudanesischen Regierung zusammenzuarbeiten. Er sagte außerdem, dass die US-Administration vorhabe, ihre Beziehungen zu Khartum vollständig zu normalisieren, sobald ein Friedensabkommen erzielt und die Phase der Regelung einer endgültigen und umfassenden Waffenruhe erreicht werde.

Gallucci machte die Aufhebung der gegen die sudanesischen Regierung verhängten US-Sanktionen von drei Faktoren abhängig: der Kooperation bei der internationalen Terrorismusbekämpfung, der Realisierung eines Friedensabkommens durch die Bemühungen der IGAD (Intergovernmental Authority on Development) und der Erzielung

¹¹ Sure Al-Tawba 9, Aya 62

umfangreicher Fortschritte im Dossier der Menschenrechte. Er sagte, dass Washington nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Aufhebung der Notstandssituation erwarte.

Andererseits bestätigte die von John Garang geführte SPLM, dass „das Abkommen in den wesentlichen Punkten“ vorbereitet sei, und schlug vor, „eine dritte Seite als Schiedsrichter über die restlichen Details hinzuzuziehen, sollten sich Ali Uthman Muhammad Taha, der erste Vize des sudanesischen Präsidenten, und Garang nicht einigen können“.

Während UNO-Quellen darauf hinwiesen, dass „die sudanesischen Verhandlungspartner auf einige Schwierigkeiten stoßen“, meinte der offizielle Sprecher der Volksbefreiungsbewegung Jasir Irman, dass die Kernfragen bereits gelöst seien und die verbliebenen Detailfragen nicht so viel Zeit in Anspruch hätten nehmen dürfen. Sie bedürften der Entscheidungen beider Seiten, um sie zu lösen, was aus Sicht der Bewegung im Bereich des Möglichen liege. Er betonte: „Das Abkommen ist in den Kernfragen vorbereitet. Den beiden Parteien obliegt es nun, das Abkommen zum Abschluss zu bringen und zu unterzeichnen.“

Er legte offen, dass „die verbliebenen Fragen zweierlei Aspekte betreffen. Der eine hängt mit der Umformulierung und der Änderung der Wortwahl einiger Paragraphen des Abkommens zusammen, während es bei dem anderen inhaltlich um den Blauen Nil, die Nuba-Berge und die Zentralregierung geht.“ Er machte deutlich, dass „Khartum der Bewegung einen 40-prozentigen Machtanteil am Blauen Nil und in den Nuba-Bergen anbot, während sich die Regierung 60 % vorbehielt. 28 % Machtanteil wurden ihr an der Zentralregierung angeboten, während die Bewegung ihrerseits 38 % einfordert.“ Bezüglich der Beteiligung der übrigen politischen Lager wies Irman darauf hin: „Die Diskussion um die Beteiligung anderer fand und findet weiterhin statt.“ Was die Hauptstadtfrage betrifft, äußerte er: „Das Hauptstadtproblem ist beigelegt. Beide Parteien gelangten bezüglich der Kernaspekte zu einer Vereinbarung.“

Im Laufe dieser Gespräche und noch vor Beendigung der Verhandlungen über die Abspaltung des Südsudan unter der Führung des Rebellen John Garang, wurde das Augenmerk auf die Region Darfur im Westsudan gelenkt. An der Entstehung und Verschärfung dieses Problems waren drei Faktoren beteiligt:

Lokale Rivalitäten um Land und Weideböden; die Intervention Fremder, die dieses Problem ins Rollen gebracht haben; schließlich und vor allem aber das Versäumnis der sudanesischen Regierung, die Angelegenheiten ihrer Bürger so zu betreuen, wie es der Islam in gerechter und gebührender Weise vorschreibt.

Was die lokalen Rivalitäten um Land und Weideplätze betrifft, so sind in Darfur die Stämme der afrikanischen Fur sowie andere Stämme arabischen Ursprungs ansässig. Der Konflikt begann mit dem Rückgang natürlicher Ressourcen und dem – diametral dazu – starken Anstieg an Viehbestand und landwirtschaftlich genutzter Fläche. Zudem waren einige arabische Stämme, die sich der Kamelzucht widmeten, bestrebt, Land zu besitzen, um es als Weidefläche zu nutzen. Die afrikanischen Fur-Stämme lehnten wiederum eine Beteiligung der Araber an Land und Weideplätzen ab, da sie sich als die rechtmäßigen Eigentümer des Landes betrachteten, das sie von ihren Ahnen geerbt hatten.

Der Initiator der Revolte war der Stamm der Zaghawa, der jedoch andere Stämme mit hineinziehen wollte. So begann er damit, die Stämme durch Überfälle und die Auferlegung von Tributzahlungen einzuschüchtern. Die Stämme selber sahen nur zwei Optionen vor sich: Entweder sie schlossen sich der Rebellion an oder sie gründeten eigene Milizen, um sich vor den Überfällen zu schützen. So gründeten die Stämme eigene Milizen. Und aufgrund der weiten Verbreitung von Waffen in Darfur, die aus den Nachbarstaaten kamen, gewannen die Milizen rasch an Stärke. Dies führte zur Verschärfung der Situation, die mit jedem Tag zunehmend komplizierter und schlimmer wurde. Tausende Menschen kamen dabei ums Leben, hunderte Dörfer wurden niedergebrannt und tausende aus ihren Häusern vertrieben, sodass ihnen nur mehr Himmel und Erde als Obdach und Ruhebett blieben. Einige von ihnen flüchteten in den Tschad, um der Hölle von Darfur zu entkommen.

Was die Fremdeinmischung und äußere Entfaltung des Problems anbelangt, so waren es die Europäer und insbesondere Frankreich und Großbritannien, die die Ereignisse in Darfur lostraten und die Krise herbeiführten. Der Beweis dafür liegt darin, dass die Rebellen der afrikanischen Fur-Stämme hinsichtlich Versorgung, Operationsbasis und Zufluchtsort Unterstützung aus dem Tschad erhielten. Dessen Regenten sind Vasallen Frankreichs. London hingegen fungierte als Medienplattform für die Führer der Rebellenbewegung.

Die USA versuchten indes, ihren Vasallen Al-Bashir durch bloße Statements zu decken. Sie gaben der Regierung Bashirs nicht die Anweisung, von der Verfolgung der Rebellen abzulassen, obwohl es in ihrer Macht gestanden hätte. Doch nachdem die Situation eskalierte und sich zu einer humanitären Katastrophe verwandelte, übten – auf Initiative der Europäer hin – Menschenrechtsorganisationen und die Vereinten Nationen Druck auf den Sudan aus und verlangten von ihm, die Unterstützung der arabischen Milizen (die Dschandschawid) einzustellen, die laut Medienberichten Gräueltaten gegen die Afrikaner verübten.

Die Medien richteten nun den Fokus auf die Ereignisse in Darfur, und zwar hinsichtlich der Zahl der Toten, die in die Tausende ging, und der Anzahl der Flüchtlinge, die an die Million reichte. Die Vorfälle in Darfur wurden als größte humanitäre Katastrophe der Gegenwart beschrieben, und an die internationale Staatengemeinschaft erging der Appell, umgehend einzugreifen, da ein Nichteingreifen den Tod monatlich tausender Afrikaner bedeuten würde. Erst nach all dem sahen sich die USA genötigt zu intervenieren, auf den Zug aufzuspringen und diesen zu führen. Sie verlangten von der sudanesischen Regierung, die Tragödie zu beenden und zwar anhand mehrerer, an die Regierung gestellten Forderungen. Dazu zählten: 6.000 sudanesisch-polizeikräfte sollten zum Schutz der afrikanischen Bürger nach Darfur entsandt und die Dschandschawid-Milizen aufgelöst werden.

Allerdings gaben sich die Europäer mit diesen US-Maßnahmen nicht zufrieden und plädierten für das Verhängen von Sanktionen gegen den Sudan und die Entsendung ausländischer, nicht sudanesischer Einheiten nach Darfur. Die Europäer und insbesondere Frankreich begannen an der Rolle Amerikas Zweifel zu äußern, was die Sanktionen gegen den Sudan betraf.

Die Haltung Großbritanniens zur sudanesischen Regierung war hingegen erstaunlich feindselig. Großbritannien wollte durch Agitation, durch Übertreibungen und durch provokative Äußerungen gegen die sudanesisch Regierung die USA kompromittieren.

Die USA hatten nämlich die Absicht, die Darfurfrage erst nach Beendigung des Südsudan-Problems und nach dem Vertragsabschluss zwischen Garang und der sudanesischen Regierung durch Einleitung und Abschluss der erforderlichen Schritte aufzurollen. Erst danach wollten sie sich Darfur widmen. Was Europa anbelangt, d. h. Frankreich und Großbritannien, so verfolgten sie das Ziel, das Problem zu vergrößern und die Situation gleichzeitig anzuheizen, um der proamerikanischen Regierung Bashirs Schwierigkeiten zu bereiten und sie zu stürzen bzw. zu infiltrieren.

Gerard Gallucci, Geschäftsträger der US-Botschaft in Khartoum, gab Mitte Mai 2004 bekannt, dass die Situation der im Westen des Landes gelegenen Provinz Darfur eine vitale Angelegenheit im Menschenrechtsdossier des Sudan darstelle. Er fügte hinzu, dass er Vorbehalte dagegen habe, den Friedensprozess im Südsudan mit der Umsetzung des Friedens in der Provinz Darfur zu verknüpfen. Dies weist darauf hin, dass die USA das Ziel verfolgen, zunächst die Maßnahmen für die Abspaltung des Südsudan abzuschließen, bevor sie ihren Fokus auf das Problem der Gebiete im Norden richten.

Doch Europa – also Frankreich und Großbritannien – hat dieses Vorhaben durchschaut und sich darauf konzentriert, das Darfur-Problem in militärischer, politischer und medialer Hinsicht anzuheizen, um die USA zu brüskieren und die proamerikanische Regierung Bashirs ins Wanken zu bringen. Nachdem es den USA nämlich gelungen war, den aktiven Part im Südsudan Konflikt einzunehmen und die Rolle Europas zu marginalisieren, wollte Europa (Frankreich und Großbritannien) in Darfur eine bestimmende Rolle spielen, um sich für die schwache Rolle im Süden zu entschädigen.

Kurz gesagt, die USA waren gezwungen, diese Maßnahmen gegen die sudanesischen Regierung zu ergreifen, nachdem sie wegen der Darfurkrise vor der internationalen öffentlichen Meinung unter Zugzwang gestellt wurden. Diese Krise wurde auf überraschend schnelle Weise aufgebauscht. Wäre das Problem innerhalb der international geduldeten Grenzen unter Kontrolle geblieben, ohne hochgespielt zu werden, hätten die USA nicht eingegriffen. Doch andere Mächte - insbesondere Frankreich und Großbritannien - haben das Problem aufgebauscht und dramatisiert.

Somit haben äußere Intervention und Anstiftung eine wesentliche Rolle bei der Rebellion in Darfur gespielt.

Was die Versäumnisse der sudanesischen Regierung betrifft, die Angelegenheiten ihrer Bürger wahrzunehmen, und ihr konzeptloses Herumwanken bei der Lösung des Problems, so wird dies an der Tatsache deutlich, dass sie das Anwachsen und Zuspitzen des Problems zugelassen hat, obwohl derartige Probleme in tribal geprägten Gebieten üblich sind. Darfur ist eine Region, die sich im Westen des Sudan an der Grenze zum Tschad befindet. Ihre Fläche ist etwa so groß wie die Frankreichs und wird von arabischen ebenso wie von afrikanischen Stämmen bewohnt, die allesamt Muslime sind. Die Region wurde nach dem afrikanischen Stamm „Fur“ benannt. Die arabischen Stämme zogen hinzu und teilten mit ihnen Leben, Glaube und Schicksal.

Bei den Problemen, die üblicherweise unter den Stämmen vorkommen, geht es traditionellerweise und schlichtweg um Ackerflächen, um Bewässerung, um Weidegebiete und um Wasserplätze. Solche Konflikte wurden unverzüglich von den Stammesführern

beigelegt. Es ist bekannt, dass diese Art von Problemen in den tribalen Regionen als etwas Normales betrachtet wird und als Form natürlicher Differenzen, die unter den Nomadenvölkern entstehen können.

Doch was diese Auseinandersetzungen betrifft, so hat es die Regierung versäumt, sie in Weisheit, Besonnenheit und in rechter Wahrnehmung der Bürgerangelegenheiten beizulegen. Sie hätte etwa den Viehbesitzern Weideplätze zur Verfügung stellen und den Landeigentümern, die die Dörfer bewohnen, mit landwirtschaftlichem Material und der Bewässerung aushelfen können. Die Regierung hätte beide Parteien unter ihrer Obhut, ohne Partei zu ergreifen und das Problem zu einer Zielscheibe für äußere Einmischung verkommen zu lassen, zusammenführen können. Die Regierung tat jedoch genau das Gegenteil und ließ es zu, dass die Situation unter den Muslimen, Arabern und Afrikanern, sich zuspitzte und immer komplizierter wurde. Die afrikanischen Milizionäre, die über den Tschad von Frankreich unterstützt und von Großbritannien medial versorgt wurden, verbreiteten sich immer weiter. Hinter den Kulissen wurden sie auch vom Südsudan-Rebell Garang gefördert. Daneben existierten die vom Staat unterstützten arabischen Milizen. Somit war das Chaos perfekt; die Kriminalität breitete sich aus, Menschen wurden vertrieben und Regierung beließ die Milizen in ihren blutigen Auseinandersetzungen, anstatt dem Geschehen als Staat Einhalt zu gebieten und die Angelegenheiten beider Parteien betreuend in die Hand zu nehmen. Wären die USA von Europa nicht dazu genötigt worden, zu intervenieren und der sudanesischen Regierung die Weisung zu geben, als Staat in den Konflikt einzugreifen, würden sich die Milizen abseits von Staat und Ordnung weiter bekämpfen.

Anstatt jene Milizen aufzunehmen und einzubinden und für eine Aussöhnung unter den Stämmen zu sorgen, goss die Regierung Bashir Öl ins Feuer und benutzte die Boden- und Luftwaffeneinheiten ihrer Armee zur Unterstützung der Dschandschawid-Truppen und entfachte somit einen blutigen Konflikt unter den Muslimen. Danach irrte sie ziellos bei der Konfliktlösung herum und erwartete eine Lösung von den anderen Staaten. Sie erhoffte sich sogar eine Lösung von Garang, dem Rebellen des Südsudan, der für die Abspaltung des Südens vom Sudan gesorgt hat. An Garang gerichtet, sagte der sudanesischer Außenminister am 14. Mai 2004: „Sie haben Kontakt zu den Rebelleneinheiten in Darfur und sollten eine positive Rolle bei der Beilegung des Konflikts spielen.“ Zuvor erklärte der Regierungsbeauftragte für die sudanesischen Regierungskomitees, die für die Umsetzung der Regierungsempfehlungen für Darfur zuständig sind: „Die endgültige Lösung des Konfliktes in Darfur muss über John Garang laufen, wenn das Südsudanproblem gelöst ist und er nach Khartum kommt, um sein Amt als Vizepräsident wahrzunehmen. Denn Garang ist der Kompetentere für die Beilegung solcher Konflikte, da er umfangreiche Erfahrungen darin hat.“

Diese Statements kommen von den Verantwortlichen, obgleich ihnen bewusst ist, dass die Rebellion in Darfur von der Bewegung Garangs gefördert wird. Auf einem Pressetermin vom 14. Mai 2004 beantwortete der Außenminister des Sudan die Frage eines Journalisten: „Glauben sie, dass die Bewegung Garangs für die Rebellion in Darfur verantwortlich ist?“, mit „Ja!“. Dennoch verlangen die Verantwortlichen des Sudan von Garang, dass er das Problem löst. Zweifellos besteht seine Lösung für die Provinz Darfur darin, sie wie den Süden vom übrigen Sudan zu trennen.

Die Unterwürfigkeit der Regierung des Sudan hat also einen Grad erreicht, dass sie vom Anführer der Rebellion im Süden verlangt, die Rebellion in Darfur zu beenden!

Die sudanesishe Regierung geht mit dieser Situation noch immer in einer Weise um, die unweigerlich zur Eskalation der Lage in Darfur und in anderen Gebieten des Nordens führen wird. Trotz ihres Wissens, dass die Hilfsorganisationen die dortigen Rebellen mit Waffen versorgen, erteilte sie ihnen die Erlaubnis zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit in diesen Gebieten. Des Weiteren billigte sie den Einsatz afrikanischer Beobachtertruppen, die den Rebellen die nötige Deckung liefern, um sich zu formieren und eine erneute Rebellion vorzubereiten. Als der sudanesishe Außenminister in dem oben erwähnten Interview gefragt wurde: „Sind sie glücklich über dieses Abkommen, das den Eintritt ugandischer Truppen in den Sudan erlaubt?“, erwiderte er: „Sind sie über alles glücklich, was sie tun? Hin und wieder tut man Dinge, weil die Notwendigkeit es erfordert.“ Diese Antwort gab er, weil ihm bewusst ist, was solche Truppen im Hinblick auf das Initiieren und Unterstützen der Revolte tun werden.

Erstaunlich ist, dass die Regierung den Abzug der so genannten "humanitären" UN-Organisationen aus Darfur missbilligte und sie um den weiteren Verbleib zur Betreuung der Angelegenheiten der Bürger Darfurs bat. Dabei ist der Regierung am besten bekannt, dass diese Organisationen dafür arbeiten, Zwietracht zu säen, Waffen in den Hilfspaketen zu schmuggeln und Kontakte zu den Zentren der Rebellion herzustellen. So etwas ereignete sich im Falle eines UNO-Flugzeuges, das dabei ertappt wurde, wie es Waffen und Material zu den Rebellen nach Darfur transportierte. In gleicher Weise ertappte man davor ein Flugzeug des Roten Kreuzes. Die Pflicht der Regierung wäre es gewesen, selber auf gerechte und gebührende Weise die Wahrnehmung der Interessen ihrer Bürger in die Hand zu nehmen, anstatt den Abzug solcher Organisationen zu verurteilen.

Die Nachlässigkeit, die Unterwürfigkeit und Fügsamkeit der Regierung angesichts dieser Schicksalsfragen sind der primäre und hauptsächliche Grund für solche Katastrophen. Anstatt den islamischen Rechtsspruch bezüglich der Ressourcenaufteilung für eine Region aufzuzeigen, die zu 100 % von Muslimen bewohnt wird, sodass den Agenten, die zur Rebellion aufrufen, der Boden unter den Füßen weggezogen wird, kriecht die Regierung demütig vor den internationalen Organisationen, vor der IGAD, dem amerikanischen Feind, der EU, insbesondere vor Frankreich, Deutschland und Großbritannien her. Sie gewährt fremden Truppen, diplomatischen Vertretungen Europas sowie anderen, die im Dienste der UNO stehen, Einlass und hält den Dialog mit der Wurzel des Übels, den USA, aufrecht. Das Land wurde somit zum Schauplatz internationaler Interventionen. Gleichwohl erwartet die Regierung Lösungen für den Darfurkonflikt von Garang und von den USA, die hinter ihm die Fäden ziehen, in der Annahme, dass, solange die Herrschaft im Sudan den USA gehorsam ist, diese sie unter allen Umständen unterstützen und aufrechterhalten werden. Doch für Amerika verlieren die Vasallen jede Bedeutung, sollte ihre Existenz mit US-Interessen kollidieren oder die ihnen zugewiesenen Rollen ausgeschöpft sein.

Außerdem hat die Regierung des Sudan mit ihren Zugeständnissen, die sie auf Befehl des Herrn des Weißen Hauses im Fall des Südsudan gemacht hat, der Rebellion in allen Teilen des Sudan unter Vorgabe jedes politischen oder wirtschaftlichen Vorwandes Tür und Tor geöffnet. Und jedem ist das Ausmaß der verheerenden Wirtschaftskrise bekannt, von der der Sudan trotz seines Reichtums und der Vielfalt seiner Naturressourcen betroffen ist.

Dies ist ausschließlich auf die gescheiterte Politik der Regierung zurückzuführen, weil sie dem Recht Allahs widerspricht, nicht nach dem regiert, was Allah herabgesandt hat und zudem die Angelegenheiten der Bürger nicht in gerechter und gebührender Weise betreut.

Indem sich die sudanesishe Regierung in Naivasha unterwirft, schreitet sie festen Schrittes dem Verrat an Allah, Seinem Gesandten und den gesamten Gläubigen entgegen. Kommt es Mitte des kommenden Juni in Nairobi zur Unterzeichnung des umfassenden Friedensabkommens, wie es der Geschäftsträger der US-Botschaft in Khartum ankündigte, werden den übrigen Regionen des Sudan alle Tore geöffnet, um dieselben Resultate zu fordern, die der Süden erhalten hat. Auf diese Weise wird sich der Sudan weiterhin unaufhörlich in einem Strudel chronischer Konflikten drehen.

Ebendies betonte der sudanesishe Innenminister Abdulrahim Hussein in einem Kommentar zu den Ereignissen in Darfur: „Es scheint, als seien die Forderungen der Rebellen in Darfur dieselben wie die der Verhandlungsführer im Süden, wie etwa das Recht auf Selbstbestimmung und auf eine unabhängige Armee.“ Der Verzicht auf eine Handspanne muslimischen Bodens, damit er Herrschaft des ungläubigen Feindes zufällt, stellt ein Kapitalverbrechen im Islam dar. Dies würde andere Regionen dazu motivieren, sich unabhängig zu machen und den Feind dazu animieren, weitere Zugeständnisse zu fordern. Denn jedes Zugeständnis - sollte es noch so gering sein – öffnet das Tor in weitem Maße für weitere Zugeständnisse.

Wer sich einmal erniedrigen lässt, dem fällt die Erniedrigung leicht.

Wahrlich, den Toten schmerzt die Wunde nicht.

Die Zugeständnisse, die in Palästina und Indonesien gemacht wurden und die gerade im Sudan gemacht werden, bezeugen dies.

Erstaunlich und gleichzeitig schmerzhaft ist die Tatsache, dass die Oppositionsparteien im Sudan, die der Regierung sonst in fast allem widersprechen, mit ihr bezüglich des Verbrechens der Abtretung des Südsudan an den Rebellen Garang - was von den USA geplant und geregelt wurde - einer Meinung sind. Gleiches gilt für die Verhandlungen, die mit den Rebellen in Darfur geführt werden, die möglicherweise auf dasselbe Resultat hinauslaufen werden wie im Süden. Dies offenbart die schlimme Wirklichkeit der Parteien, die sich selber als "Opposition" bezeichnen, die aber Allah nicht fürchten, wenn es um den Verzicht auf die Länder der Muslime geht.

Der Regierung des Sudan stehen nur zwei Lösungsalternativen zur Wahl:

Erstens: Sie taucht weiter ins Unrecht ein und setzt ihre Politik der Zugeständnisse und der Abhängigkeit von den USA im Lösen ihrer Probleme fort. Damit bliebe das Land weiterhin eine Bühne des europäisch-amerikanischen Hegemonialkampfes.

Zweitens: Die Regierung kehrt zur Wahrheit zurück - die Rückkehr zur Wahrheit stellt bekanntlich eine Tugend dar - und folgt dem Gesetz Allahs, indem sie das Abkommen mit Garang annulliert, die Verhandlungsgespräche mit den Rebellen Darfurs stoppt und die Frage der Einheit des Landes als Schicksalsfrage behandelt, die unter keinen Umständen aufzugeben ist, weil sie eine Frage von Leben und Tod bedeutet.

Was die erste Alternative betrifft – Verzicht und Unterwürfigkeit – so würde sie das Land in ein großes Unheil stürzen, in Erniedrigung, Schwäche, Spaltung und Zersplitterung, was ein Verrat an Allah, Seinem Gesandten und den Gläubigen bedeutet.

Die zweite Alternative bedeutet Würde und Stärke, Gemeinschaft, Einheit und Blüte, das Wohlgefallen Allahs, des Preiswürdigen, und Seines Gesandten.

Ob sich die Regenten im Sudan wohl reuevoll zeigen und das wählen, was zum Wohlgefallen Allahs und Seines Gesandten führt, und sie gute Werke vollbringen, die ihnen sowohl im Diesseits als auch Jenseits von Nutzen sein werden? So kann das **Kalifat** entstehen, das den Sudan vereinigt, die Rebellen beseitigt und den amerikanischen und westlichen Einfluss im nördlichen wie im südlichen Sudan eliminiert. Der Islam kann dann kraftvoll vom Sudan aus in alle Gebiete Afrikas die Rechtleitung unter den Menschen verbreiten, durch Verkündung und den Dschihad auf dem Wege Allahs.

﴿لِينصرن الله من ينصره إن الله لقوي عزيز﴾

"Und Allah wird gewiss dem zum Sieg verhelfen, der für Seinen Sieg eintritt. Wahrlich, Allah ist machtvoll und erhaben."¹²

¹² Sure Al-Hağğ 22, Aya 40

7.

Der Irak

Der Irak gilt als Wiege und Quelle der alten Kulturen der Menschheit, wie Assyrien, Babylon, Ninive, Ur und andere. Er ist einer der bedeutendsten, erhabensten und edelsten Orte der Erde, Seine Wurzeln reichen bis tief in die Geschichte hinein.

Der Irak wurde von den Muslimen in der Zeit von Umar Ibn Al-Khattab (13-23 n. H. – 634-644 n. Chr.) eröffnet und entwickelte sich zu einem der bedeutendsten Länder des Islam. Mit ihm begannen die großen islamischen Eröffnungen. Die größten Schlachten des Islam, wie Al-Qadisiyah und Mada'in, fanden auf irakischem Boden statt, und die größten Städte des Islam, wie Basra, Kufa, Wasit, Bagdad, Samarra und Mossul, wurden dort gegründet.

Der Irak ist der Zwilling der so genannten Al-Scham-Länder¹³ und die Verlängerung der Arabischen Halbinsel. Die beiden Flüsse Tigris und Euphrat fließen durch den Irak, die seine weiten Ebenen zu den fruchtbarsten und produktivsten Ländern der Welt machen.

Seine markante geografische Lage an der oberen Spitze des Golfes macht den Irak zu einem der wichtigsten Verbindungswege zwischen Europa und dem Indischen Ozean. In der neueren Kolonialzeit nahm der Irak für Großbritannien in seiner Funktion als zentraler Handelsweg nach Indien – dem britischen Kronjuwel – eine besondere Stellung ein, erst recht nach der Entdeckung von Erdöl Anfang des 20. Jahrhunderts.

Der Irak blieb bis zum Ersten Weltkrieg Teil des osmanischen **Kalifatsstaates**. Mit Ausbruch des Krieges eskalierte das Ringen um ihn zwischen Großbritannien auf der einen und dem osmanischen Staat und Deutschland auf der anderen Seite. Großbritannien versuchte, ihn dem osmanischen Staat zu entreißen, und besetzte Basra im ersten und danach Amara im zweiten Jahr des Krieges. Im dritten Kriegsjahr erlitt Großbritannien eine herbe Niederlage in Kut. Im vierten Jahr, nämlich am 11. März 1917, gelang es den Briten unter General Mood, Bagdad zu besetzen und ihren Vormarsch nach Norden fortzusetzen, wo sie Mossul am 8. November 1918 einnahmen. Der gesamte Irak fiel damit in die Hände der Engländer und wurde 1920 britisches Mandatsgebiet.

Großbritannien brachte nun seinen Agenten Faisal Ibn Hussain Ibn Ali, den Herrscher Mekkas, ins Spiel und krönte ihn zum König über den Irak als Entschädigung für den vom Vater erlittenen Verlust des Hidschaz, welcher der Saud-Familie übertragen wurde.

Großbritannien konnte unter der haschemitischen Monarchie im Irak drei Militärstützpunkte aufrechterhalten: al-Raschid in Bagdad, al-Habbaniyah im Norden Bagdads und al-Schu'aiba nahe Basra. Dessen militärische, politische, wirtschaftliche und kulturelle Berater waren die wahren Herrscher des Landes. Dabei hatte der britische Botschafter in Bagdad während der gesamten haschemitischen Herrschaftszeit – also bis

¹³ Arabische Bezeichnung für das gesamte zusammengehörige Gebiet von Syrien, Jordanien, Libanon und Palästina

1958 – in allen Regierungsfragen des Landes das erste und letzte Wort. Damit wurde der Irak im wahrsten Sinne des Wortes zu einer einzigen britischen Oase.

Im Zweiten Weltkrieg versuchte Hitler, der deutsche Reichskanzler, den Briten den Irak streitig zu machen, und nahm zu Ghazi, dem König des Irak, Kontakt auf. Der Monarch, der den Briten feindlich gesinnt war, ging darauf ein. Doch er stand unter britischer Beobachtung, und als die Engländer seine Verbindungen zu Deutschland aufdeckten, entledigten sie sich seiner schnell durch einen Autounfall. Gemäß der Thronfolgebestimmung wurde sein kleiner Sohn Faisal II. König über den Irak. Die Briten ernannten seinen Onkel Abd Al-Ilah zum Thronverweser und Thronerben. Dieser blieb der englischen Krone bis zu seiner Tötung beim Putsch von 1958 verbunden.

1941 unternahm Deutschland einen erneuten Versuch, den Irak aus den Händen der Briten zu reißen, und unterstützte Raschid 'Āli Al-Kailani, dem es am 2. März 1941 gelang, die Macht an sich zu nehmen. An der Seite Deutschlands erklärte er den Engländern unverzüglich den Krieg. Hitler konnte ihm jedoch keine Bodentruppen zur Verstärkung schicken. Lediglich mit der Entsendung einiger deutscher Luftgeschwader konnte er ihm aushelfen.

Großbritannien, das vom plötzlichen Staatstreich im Irak und der daraus entstandenen deutschen Gefahr für die irakischen Erdölquellen aufgeschreckt war, fasste den Entschluss, die Kailani-Regierung so schnell als möglich zu stürzen. Schnell drangen britische Streitkräfte bis nach Bagdad vor und besetzten es. Al-Kailani floh aus dem Land, während vier Offiziere, die mit am Putsch beteiligt waren, hingerichtet wurden. Abd Al-Ilah wurde wieder auf den Thron gesetzt, und das Land von Großbritannien erneut fest in den Griff genommen.

Der Widerstand der Iraker gegen den britischen Besatzer war während der gesamten Okkupationszeit ungebrochen. 1920 brach ein heftiger Widerstand aus, dem von Zeit zu Zeit weitere starke Widerstandswellen folgten. Doch die Hindernisse seitens der Vasallenregierung unter Abd Al-Ilah und Nuri al-Sa'íd, der der eigentlich starke Mann und faktische Regent war, sowie das gegenseitige Ausspielen der verschiedenen Volksgruppen und der Anhänger der unterschiedlichen Rechtsschulen – gemäß der englischen Politik „Teile und Herrsche“ – ermöglichte es den Briten, für einen solch langen Zeitraum ihre Kontrolle über den Irak aufrechtzuerhalten.

Die USA betraten die Bühne, nachdem sie Ende des Zweiten Weltkriegs aus ihrer Isolation heraustraten. Sie begannen mit Großbritannien um die Kontrolle der irakischen Erdölfelder zu rivalisieren. Seit der Konferenz von San Remo forderten die USA von Großbritannien einen Anteil am Erdöl des Golfs. Doch Großbritannien, die führende Weltmacht in der Zeit, lehnte diese Forderung vehement ab. Dieser Umstand veranlasste den damaligen US-Präsidenten Wilson dazu, ein Schreiben mit den folgenden Worten an die britische Regierung zu richten: „Ihr wollt einer Art von Kolonialismus nachgehen, die bereits außer Mode ist.“ Nach Ende des Zweiten Weltkrieges setzte Großbritannien seinen Widerstand gegen den amerikanischen Druck zum Erhalt eines größeren Anteils am Golföl fort, dem es am Ende jedoch nachgeben musste. Der britische Premierminister Churchill schrieb an Lord Biffer Brook, einem Mitglied des britischen Kriegsministeriums, als Antwort auf ein Memo bezüglich des US-Anspruchs auf das Erdöl: „Ich verstehe Sie sehr gut. Doch ich

befürchte, dass die Nachkriegswelt kollabieren würde, wenn wir sie betreten, während wir uns in einer Schlacht mit den USA um das Erdöl befänden.“

US-Präsident Roosevelt entsandte Ende des Zweiten Weltkriegs ein Präsidialkomitee in den Nahen Osten, das die Länder Saudi-Arabien, Irak, Iran, Kuwait, Bahrain und Katar bereiste. Nach ihrer Rückkehr legte es Präsident Roosevelt einen Bericht vor, der mit folgender Aussage begann: „Das Erdöl im Nahen Osten ist der größte Schatz, den die Natur der Geschichte hinterließ. Der wirtschaftliche und politische Einfluss dieses Schatzes wird überwältigend sein.“ Als der Außenminister James Burns Präsident Roosevelt die Frage stellte: „Wie hoch wird der Anteil des Erdöls sein, über den wir die Kontrolle im Nahen Osten erlangen sollen, Mister President“, lautete die Antwort Roosevelts nach einem kurzen Moment des Schweigens: „Nicht weniger als 100 %.“

Harold X., ein Abgesandter des US-Außenministeriums, schrieb an US-Präsident Roosevelt: „Der Nahe Osten ist eine gewaltige Milchstraße aus Ölfeldern, das seinesgleichen in der Welt sucht. Saudi-Arabien stellt die Sonne dieser Milchstraße dar. Es ist das größte Erdölfeld des Nahen Ostens. Die dortigen Bedingungen sind günstig, denn König Abdulaziz Ibn Saud möchte zwei Dinge: Geld und den Schutz des Thrones. An den Vereinigten Staaten liegt es, diese zu gewährleisten.“ Und tatsächlich wurde die Angelegenheit mit König Abdulaziz arrangiert, als er sich auf dem Suezkanal an Bord des US-Kriegsschiffes U.S.S. Quincy mit Präsident Roosevelt traf. So gelangten die USA in Übereinstimmung mit dem zwischen dem König und dem ARAMCO-Konzern abgeschlossenen Abkommen an das saudische Erdöl. ARAMCO war ein Zusammenschluss aus vier Ölfirmen, nämlich New Jersey, Texaco, Sokal und Socony Vacuum. Der Manager von Socony Vacuum stellte sich 1945 hin und sagte wörtlich: „Die Verwaltung des Erdölgeschäfts unterscheidet sich von der Verwaltung jeder anderen Ware. Denn das Erdölgeschäft besteht zu 90 % aus Politik und lediglich zu 10 % aus dem Erdöl selbst.“ Er sagte weiter: „Wenn es für die Vereinigten Staaten unabdingbar ist, das weltweite Erdölgeschäft zu führen, so müssen sie sich permanent bewusst sein, dass sie angehalten sind, dies sogar außerhalb der Grenzen ihrer regionalen Politik und außerhalb der Grenzen des internationalen Rechts zu tun, sollte es erforderlich sein.“

Großbritannien, das den USA zwar das saudische Erdöl und einen beträchtlichen Teil des iranischen Erdöls überließ, verzichtete zugunsten der USA jedoch nicht auf das irakische Öl. Vielmehr hielt es am Irak als seinen Hauptstützpunkt in der Region fest und nahm im Februar 1955 den Irak neben der Türkei, dem Iran und Pakistan in den Bagdadpakt auf, welcher der britischen Kontrolle unterstand.

Das Ziel Amerikas war es, die britische Vormachtstellung im Irak durch einen Militärputsch zu durchbrechen, der nach dem Muster des in Ägypten von Nasser durchgeführten und gegen König Faruk gerichteten Putsches vorbereitet werden sollte. Dazu wurde, analog zur Bewegung der „Freien Offiziere“ in Ägypten, die gleiche Bewegung im Irak unter der Leitung von Abdulkarim Qasim und Abdulsalam Arif gegründet. Die Zustände in der Region wurden hierbei perfekt ausgenutzt, insbesondere der geglückte Staatsstreich Nassers gegen König Faruk, das Scheitern der dreiseitigen Aggression gegen Ägypten sowie die beginnende Zurückdrängung Großbritanniens aus der Region und dessen Schwächung. Abdulkarim Qasim und Abdulsalam Arif führten am 14. Juli 1958 erfolgreich einen Putsch durch, der dem monarchistischen System im Irak ein Ende setzte und die irakische Republik

begründete. Prompt begrüßte Nasser die Putschisten. Großbritannien hingegen versuchte diesen Staatsstreich durch eine Intervention aufzuhalten, und ließ seine Truppen in Jordanien landen, während die USA ihre Einheiten in den Libanon entsandten. Die Türkei mobilisierte ihre Armee entlang ihrer Grenze zum Irak, und König Hussein sowie die Staaten des Bagdadpaktes riefen dazu auf, das monarchistische System im Irak wiederherzustellen. Die Lage eskalierte und wurde immer komplizierter. Der sowjetische Generalsekretär Chruschtschow warnte die westlichen Staaten und insbesondere Großbritannien und die Türkei eingehend vor den Konsequenzen einer Einmischung in den Irak. Die sowjetischen Einheiten der Armee bezogen entlang der Grenze zur Türkei Stellung. Die USA paktierten mit den Russen, sodass Großbritannien nach dieser Eskalation Angst bekam und zurückwich. Daraufhin entspannte sich die Lage wieder, und das neue republikanische Regime im Irak stabilisierte sich. Der Irak konnte sich nun mit dem Austritt aus dem Bagdadpakt sowohl aus der militärischen als auch aus der politischen Umklammerung der Engländer lösen und sich ebenso aus ihrem monetären Griff befreien, indem er aus dem Sterlinggebiet ausstieg.

1961 wurde ein irakisches Gesetz verabschiedet, wonach die meisten Konzessionsgebiete der ausländischen Ölfirmen wieder an den irakischen Staat gehen sollten, was den Groll Großbritanniens und der westlichen Staaten hervorrief, der sich gegen die Regierung Abdulkarim Qasims richtete.

Die Putschisten waren hinsichtlich Nasser geteilter Meinung. Abdulsalam Arif war ein Anhänger Nassers und präferierte einen Beitritt in die Vereinigte Arabische Republik neben Ägypten und Syrien. Abdulkarim Qasim war dagegen. Als Arif begriff, dass sein Gefährte nicht mit voller Hingabe der Nasser-Politik folgte, sagte er sich von ihm los und wartete eine günstige Gelegenheit ab, um ihn zu stürzen. Qasim entfernte ihn daraufhin aus der Regierung, in der er als zweiter Mann angesehen wurde. Anschließend wurde er verhaftet und vor Gericht gestellt.

Was die Situation im Irak aber zusehends verschärfte, war die Tatsache, dass sich Abdulkarim Qasim in den letzten Jahren seiner Herrschaft verstärkt mit den Kommunisten einließ, was im Laufe seiner Herrschaft zu ihrem Erstarken führte. Dies brachte die Vasallen Amerikas und Großbritanniens gleichermaßen gegen ihn auf den Plan, sodass Nasser ihn und seine kommunistischen Bündnispartner im Irak heftig attackierte. Er bezichtigte sie des Agententums für Moskau, der Abkehr vom "Arabismus" und der Loslösung vom arabischen Nationalismus. Aus diesem Grund unterstützte Nasser einige gegen Abdulkarim Qasim gerichtete Umsturzbewegungen, darunter die Bewegung des Oberst Abdulwahhab Al-Schawwaf, was allerdings missglückte. Ebenso begann die Baath-Partei sich zu formieren und einen Putsch gegen ihn vorzubereiten.

Die Baathisten gingen nun mit den Nationalisten eine Verbindung ein, mit dem Ziel, Abdulkarim Qasim zu stürzen. Und tatsächlich unternahmen sie 1959 einen Attentatsversuch gegen ihn. Unterstützung erhielten sie dabei von Nasser, der - laut Ali Salih Al-Sa'di, dem damaligen Generalsekretär der Baath-Partei - seinem Militärattaché in Bagdad, Abdulmajid Farid, eine Summe von 7000 ägyptischen Pfund zukommen ließ, um das Attentat in die Wege zu leiten. Doch der Versuch scheiterte.

Die politischen Kräfte setzten ihren Zusammenschluss gegen Abdulkarim Qasim jedoch weiter fort. Unterstützt wurden sie von den USA und Großbritannien als auch von den durch

die Annullierung der Konzessionen geschädigten Ölkonzernen. Die Situation verschärfte sich immer weiter, und auch die Kurden beteiligten sich an diesem Tauziehen, so dass die Zahl der Feinde Abdulkarim Qasims immer größer wurde. Die Umstände waren nun reif für einen Umsturz.

Der erwartete Putsch ereignete sich am 8. Februar 1963, als die Baath-Partei zusammen mit den nationalistischen Kräften unter der Führung Abdulsalam Arifs und der Unterstützung Nassers einen gewaltsamen und blutigen Staatsstreich durchführte. Dieser hatte die Ermordung Abdulkarim Qasims und die Zerschlagung und brutale Niedermetzlung der Kommunisten zur Folge. Ali Salih Al-Sa'di, Generalsekretär der Baath-Partei, sagte im Anschluss an den erfolgten Umsturz: „Wir gelangten mit einem amerikanischen Zug an die Regierungsmacht.“ König Hussein von Jordanien sagte in einem Interview, das Muhammad Hasanain Haikal, dem früheren Herausgeber der Zeitung *Al-Ahram*, mit ihm führte: „Erlauben sie mir, ihnen zu sagen, dass das, was im Irak am 8. Februar 1963 geschehen ist, die Unterstützung der US-Geheimdienste genoss.“ Die Putschisten bestanden aus einem Konglomerat aus verschiedenen Lagern, von denen ein Teil proamerikanisch und der andere probritisch war. Daher war nicht zu erwarten, dass der Coup weiter fortbestand, ohne dass eine Seite die andere überwältigte.

Arrangiert wurde der Putsch von den Baathisten unter der Leitung von Ali Salih Al-Sa'di, Mahdi Ammasch, Ahmad Hasan Al-Bakr, Hardan Al-Tikriti und anderen Gefolgsmännern Englands sowie von den Nationalisten unter der Leitung Abdulsalam Arifs, Tahir Yahyas und anderen, die Nasser und damit Amerika zuzurechnen sind.

Schließlich kam es aufgrund der unterschiedlichen politischen Orientierungen und internationalen Loyalitäten zu Differenzen unter den nationalistischen und baathistischen Partnern über die Regierungsbefugnisse. Abdulsalam Arif entfernte daraufhin die Baathisten aus der Regierungsmacht und brachte die Nasseristen in seine Nähe. Er verstärkte seinen Griff um die Macht und begann den Regierungsstil Nassers zu imitieren, dessen Nähe zu suchen und seiner Politik zu folgen. Als Reaktion auf ihre Absetzung planten die Baathisten, Ali Abdulsalam Arif zu stürzen. So begannen sie ihre Kräfte zu sammeln und versuchten ihn 1964 zu stürzen. Ihr Plan flog jedoch auf. Eiligst entsandte Nasser daraufhin 600 ägyptische Streitkräfte zur Unterstützung der Truppen Arifs in den Irak, womit der Umsturzversuch der Baathisten scheiterte. Die Nasseristen, die sich mit den Nationalisten unter der Führung Abdulsalam Arifs verbündet hatten, wurden mit neuen Ministerposten in der irakischen Regierung entlohnt.

Am 13. April 1966 starb Abdulsalam Arif bei einem Flugzeugabsturz, und sein Bruder Abdulrahman wurde zum Präsidenten des Irak ernannt. Die USA spielten bei seiner Ernennung eine große Rolle. Doch Abdulrahman war von schwachem Charakter und für die Politik ungeeignet. Die Verhältnisse im Irak destabilisierten sich nach dem Tod Abdulsalams, und die Einflussphäre, unter welcher der Irak stand, wechselte zwischen den Amerikanern und den Engländern hin und her, bis die Entscheidung schließlich durch den Umsturz vom Juli 1968 zugunsten der Engländer fiel. Denn die Kontrolle über die Regierung erlangten die englandnahen Baathisten unter der Führung Al-Bakrs und seines Stellvertreters Saddam Hussein.

Zehn Jahre später wurde Al-Bakr dazu genötigt, die Macht an Saddam Hussein abzugeben, dem es gelungen war, die Kräfte der Baath-Partei um sich zu sammeln und die Sicherheitskräfte in seiner Hand zu vereinen. Die Situation entwickelte sich zugunsten Saddams, nachdem er sämtliche Zentren der Militärkräfte im Staat eliminiert hatte. Anschließend ließ sich Saddam Hussein im Interesse der Briten, die an der Revolution Khomeinis Schaden genommen hatten, auf einen Krieg mit dem Iran ein. Der Krieg hielt acht Jahre lang an und ließ nichts unzerstört.

1990 ließ sich Saddam Hussein erneut auf einen Krieg ein, diesmal gegen Kuwait, das er im Sommer des gleichen Jahres okkupierte. Großbritannien erhoffte sich von diesem Krieg, dass er zu einem Druckmittel für Verhandlungen wird, wodurch zwei Dinge verwirklicht werden sollten: zum einen sollte sein Vasall Saddam Hussein als starker Mann in der Region hervorstechen, um damit die Position Großbritanniens in der Region zu stärken, zum anderen wollte sich Großbritannien neben Amerika eine Teilhaberschaft am Öl und am Einfluss im Golf sichern.

Allerdings nahmen die USA dies zum Anlass, um sich des Golfes zu bemächtigen, Militärstützpunkte dort zu errichten und sowohl dessen Öl als auch dessen Regenten unter ihre Kontrolle zu bringen - gleichgültig ob diese zu ihren oder zu den Agenten Großbritanniens zählen. All dies setzten sie unter dem Vorwand der Befreiung Kuwaits durch. Großbritannien versuchte eine Lösung auf dem Weg der Verhandlungen herbeizuführen, was nicht gelang. Für die USA stellte es eine seit Jahren vorbereitete Chance dar, die Herrschaft über den Golf zu erlangen. Als Großbritannien die Entschlossenheit der USA erkannte, trat sie der Allianz bei und stellte den USA die Bedingung, das Regime des Irak aus Kuwait zu vertreiben, aber nicht zu zerstören. Denn der Krieg wurde als Befreiung Kuwaits deklariert, und darin waren beide übereingekommen. Und so begann der Krieg 1991. Die USA führten eine Koalition aus über dreißig sowohl ausländischen Staaten als auch arabischen Vasallenstaaten an, um 1991 gegen den Irak vorzugehen und ihn aus Kuwait zu vertreiben. Die USA standen kurz davor, das Regime Saddam Husseins zu stürzen und Bagdad zu zerstören, wäre da nicht die Abmachung mit Großbritannien gewesen, insbesondere der vorgeschobene Grund von der Befreiung Kuwaits. Daher sahen sie von der Beseitigung des Regimes ab und ließen ihm freie Hand bei der Niederschlagung der schiitischen und kurdischen Aufstände gegen seine Herrschaft. US-General Schwarzkopf zeigte sich äußerst verblüfft, als er bei seinem Vormarsch auf den Irak von Bush Senior kontaktiert wurde und er von ihm verlangte, einzuhalten und sich unverzüglich zurückzuziehen. Er sagte: „Sir, vor uns befindet sich kein einziges Hindernis. Innerhalb von Stunden haben wir Bagdad erreicht und das Regime von Saddam beseitigt.“ Doch Bush antwortete ihm, den Deal mit Großbritannien andeutend: „Es gibt Dinge, die Sie nicht kennen. Kehren Sie unverzüglich zurück“. Im Nachhinein nutzten die USA den Fortbestand Saddams, um die Golfstaaten durch das irakische Regime einzuschüchtern, damit Amerika für sie das „sichere“ Refugium bleibt. Ferner diente ihnen seine Existenz als Vorwand, um Flugsicherheitszonen im Süden und Norden zu schaffen und ihn angeblich an feindlichen Luftangriffen auf seine Bürger und Nachbarn zu hindern.

Und so begnügten sich die USA mit einem Embargo gegen den Irak, statt das dortige Regime zu beseitigen. Das unter dem Deckmantel der UNO geführte US-Embargo blieb bis ins Jahr 2003 aufrecht, als amerikanische und britische Truppeneinheiten ein zweites Mal in den Irak einmarschierten, ihn besetzten, das Regime Saddams stürzten und das irakische

Erdöl unter ihre Kontrolle brachten. Zum zweiten Mal geriet der Irak – diesmal unter der Führung der USA – unter direkte Kolonialherrschaft und zum ersten Mal in seiner Geschichte war sein Regent ein US-Amerikaner namens Paul Bremer.

Der Krieg gegen den Irak stellt lediglich den ersten Schritt eines groß angelegten Planes dar, dessen Entwurf – in Koordination mit der Rüstungsindustrie, den Erdölkonzernen und den Zentren des rechten Flügels in den USA – bereits feststand, noch bevor die derzeitige US-Administration an die Macht kam.

Zu Anfang ging es darum, über die Schaffung neuer Grundlagen für die amerikanische Außenpolitik des 21. Jahrhunderts nachzudenken. Das Ziel dieser neuen US-Außenpolitik bestand darin, die Position der USA als erste Macht auf Erden aufrechtzuerhalten, die gesamte Welt dem US-Einfluss zu unterwerfen sowie jeden Staat und jede Nation von dem Versuch abzubringen, Amerika herauszufordern oder an seiner Hegemonialposition zu rütteln, auch wenn dies der unilateralen militärischen Lösungen ohne Zustimmung der UNO bedarf. Diese Politik hatte, wie in einem Pentagon-Dokument von 1992 erschienen, am Anfang noch den Namen „Frieden durch Stärke“ (peace through strength). Verteidigungsminister war damals Dick Cheney.

Die Arbeit an diesem Konzept wurde fortgeführt, bis die endgültige Fassung 1997 feststand. Die Haupturheber dieses Konzepts waren Paul Wolfowitz, Donald Rumsfeld und Dick Cheney. Die Endfassung bekam den Namen „Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert“ (*Project for the New American Century*). Dieses Projekt fordert gemäß einem im September 2000 veröffentlichten Dokument mit dem Titel „Wiederaufbau der amerikanischen Verteidigungskraft: Strategie, Streitkräfte und Ressourcen für ein neues Jahrhundert“ Folgendes: *die Ablösung unerwünschter Regime und die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Südeuropa, in Süd- und Zentralasien sowie im Mittleren Osten; die Kontrolle über die Energieressourcen in der Welt; die Militarisierung des Weltraums und die Absicht zur Nutzung nuklearer Waffen zur Verwirklichung der amerikanischen Ziele.*

Das Dokument, das vom *Sunday Harold* aufgedeckt wurde, weist darauf hin, dass die Bush-Administration seit mehreren Jahrzehnten den Plan hegt, die Golfregion militärisch zu beherrschen, unabhängig davon, ob sich Saddam Hussein an der Macht befindet oder nicht. In dem Papier wird erwähnt, *„dass es an den Vereinigten Staaten liegt, eine größere dauerhafte Rolle bei der Sicherheit der Golfregion zu spielen. Die Differenzen mit dem Irak liefern die Rechtfertigung zur groß angelegten militärischen US-Präsenz im Golf.“*

Demzufolge stand der Plan zur Invasion des Irak schon länger bereit. Was fehlte, waren die passenden Umstände um ihn umzusetzen. Die Ereignisse des 11. September 2001 stellten die erforderliche und günstige Gelegenheit dar.

Somit begannen die USA, das nötige Klima dafür zu schaffen – noch vor der Besetzung Afghanistans. Diese Vorbereitung des Klimas durchlief folgende Phasen:

Der wichtigste Grund, den sie anführten, war der irakische Besitz von Massenvernichtungswaffen. Deshalb markierte die Rede von der "Achse des Bösen" den Beginn. In diesem Zusammenhang wurden der Irak, der Iran und Nordkorea erwähnt. So beschrieb Bush im Januar 2002 in einer Äußerung den Irak, den Iran und Nordkorea als Achse des Bösen. Bush fügte hinzu, dass die drei Staaten sich nicht nur um den Besitz von

Massenvernichtungswaffen bemühten, sondern auch die Absicht hegten, sie an Terroristen weiterzugeben. Bush sagte: *„Die Zeit spielt gegen uns. Ich warte keine neuen Ereignisse ab, während sich die Bedrohungen am Horizont zusammenbrauen. Ich werde dem gefährlichsten Regime der Welt nicht erlauben, uns mit den gefährlichsten Waffen der Welt zu bedrohen.“*

Es war hinreichend bekannt, dass die US-Administration nicht die Absicht zu einer militärischen Intervention im Iran oder in Nordkorea hatte. Zwei Wochen nach der Äußerung Bushs über die Achse des Bösen erklärte Colin Powell bezüglich des Iran und Nordkorea vor dem Kongress: *„Es gibt keinen Plan, gegen diese Staaten einen Krieg zu beginnen. Wir möchten in einen Dialog mit diesen beiden Staaten treten. Wir wollen Nordkorea einkreisen, um es an der Verbreitung von Waffen zu hindern, und werden Druck ausüben. Wir haben keinen Plan zu einem Krieg gegen Nordkorea oder zum Eintritt in eine Auseinandersetzung mit dem Iran.“*

Was die Gründe Bushs betrifft, sowohl den Iran als auch Nordkorea neben den Irak zur Achse des Bösen zu zählen, so lag es zum einen daran, dass es politisch und strategisch negative Auswirkungen gehabt hätte, wenn er den Irak allein als Ziel angeführt hätte. Dies hätte gleich demonstriert, dass die US-Administration es auf Saddam abgesehen hatte und alle Blicke auf die Vorgehensweise Bushs im Irak fokussiert. Die Bush-Administration hätte sowohl vor der amerikanischen als auch vor der internationalen Öffentlichkeit einen schwierigen Stand gehabt. Zum zweiten wäre es möglicherweise als neuer Kreuzzug gegen die Muslime verstanden worden, hätte Bush neben dem Irak nur vom Iran gesprochen, was ihm in den muslimischen Ländern einige Unannehmlichkeiten hätte einbringen können, bevor er in den Krieg gegen den Irak gezogen wäre. Daher stellte Nordkorea den idealen Staat zur Auswahl dar, da er nichtislamisch ist und ebenso als Feind Amerikas versinnbildlicht wird. Daneben erwarteten sich die USA vom Anheizen der Nordkorea-Front, China und Russland damit zu beschäftigen. Die Verlautbarungen Bushs zur Achse des Bösen stimmten die öffentliche Meinung der USA auf einen potentiellen Krieg ein, der die Achse des Bösen zerstören sollte.

Es folgte das Gerede über den irakischen Besitz von Massenvernichtungswaffen, und dass der Irak nicht davor zurückschrecken werde, sie einzusetzen; schließlich hätte er sie gegen sein eigenes Volk eingesetzt. Er würde mit den Terroristen kooperieren und könnte ihnen diese Waffen liefern. Ununterbrochen wurden daraufhin öffentliche Erklärungen aus den höchsten Kreisen der US-Administration zu diesem Thema abgegeben. Condoleeza Rice erklärte den Grund dafür, dass sie Saddam als Ziel ins Auge gefasst hätten, folgendermaßen: *„Der Irak ist ein autoritäres Regime [...] Ja, es ist richtig, dass auch andere autoritäre Regime in der Welt existieren [...] Doch der Irak ist ein Regime, das seine Nachbarstaaten angreift, ein autoritäres Regime, das die US-Interessen sowie die US-Verbündeten in der Region bedroht. Kein Staat ähnelt dem Irak in diesen Aspekten: Saddam war auf der Seite der Terroristen gegen unsere Freunde im Mittleren Osten. Er finanzierte beispielsweise palästinensische Selbstmordattentäter. Er führte einen Attentatsversuch auf den Präsidenten der USA (Bush Senior während seines Besuches in Kuwait) durch. In keinem Land der Erde gibt es einen Staatschef, der Saddam ähnlich wäre. Saddam begnügte sich nicht nur mit der Herstellung von Massenvernichtungswaffen, sondern setzte sie auch ein. Kein Staat der Erde hat je so etwas Ähnliches getan.“*

Lautstark redete die Bush-Administration immer wieder von Saddams Massenvernichtungswaffen und versuchte ihre Verbündeten und die amerikanische Öffentlichkeit davon zu überzeugen. Der Zeitraum zwischen November 2001 und März 2002 gehörte zu den entscheidenden Phasen für den Entschluss, in einen Krieg gegen den Irak zu ziehen. Die Verantwortlichen aus der Bush-Administration, die von den Massenvernichtungswaffen sprachen, beriefen sich auf frühere Analysen der UNO, der CIA und westlicher Geheimdienste. Der Zweck war nicht, den Besitz irakischer Massenvernichtungswaffen zu verifizieren, sondern sich Gehör in dieser Angelegenheit zu verschaffen, die ein Vorwand für einen Krieg sein soll, für den Amerika das nötige Klima schaffen wollte.

Darüber hinaus fürchteten die Neokonservativen, die in der US-Administration die Zügel in der Hand halten, auch die bloße Vermutung einer Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak. Denn dies betrachteten sie als Gefahr und Bedrohung für den Judenstaat und folglich auch für sie, da „Israel“ ihr vitales Interesse in dieser Region verkörpert.

Die Mutmaßungen über eine Weitergabe der Massenvernichtungswaffen an Terroristen durch Saddam war eines der meistdiskutierten Themen in der US-Administration. Wolfowitz selbst gab dies zu, als er erklärte: „Wir haben drei Befürchtungen bezüglich des Saddam-Regimes: erstens: die Massenvernichtungswaffen, zweitens: die unterstützende Haltung gegenüber den Terroristen, drittens: die Verbrechen, die er am irakischen Volk verübte [...] und in Wahrheit gibt es noch einen vierten wichtigeren Grund als diese, nämlich die Verbindung zwischen den Massenvernichtungswaffen und den Terroristen [...].“

Somit begannen die Neokonservativen auf den Besitz von Massenvernichtungswaffen durch Saddam zu fokussieren und auf die Möglichkeit ihrer geheimen Weiterleitung an „Terroristen“, die sie für einen Angriff auf die USA zum Einsatz bringen würden.

Diesbezüglich zeichnete man zahlreiche Szenarien. Ein amerikanischer Verantwortlicher sagte beispielsweise: „Die größte Gefahr, die von Saddam ausgehen könnte, wären chemische Waffen, die auf konventionelle Weise eingesetzt würden, beispielsweise in einem Reisekoffer oder in einem Selbstmordflugzeug.“

In einer Anhörung Rumsfelds vor dem Kongress bezüglich der Verbindungen des Irak zum Terrorismus sagte er: „Zu unseren primären Zielen im Krieg gegen den Terrorismus gehört es, einen weiteren ‚11. September‘ zu verhindern und Amerika vor einer Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen zu schützen. Es ist nicht notwendig, über die Frage zu diskutieren, ob die terroristische Gefahr von einem terroristischen Regime oder einer terroristischen Gruppierung ausgeht. Wichtig ist, diese Bedrohung – von welcher Quelle sie auch kommen mag – zu eliminieren [...]. Das, was wir wissen, ist, dass der Irak in diesem Moment biologische und chemische Waffen besitzt und daneben bestrebt ist, Nuklearwaffen zu erlangen.“

Wenige Wochen nach Ende des Angriffs auf Afghanistan, also nach Dezember 2001, stand der Irak an oberster Stelle der amerikanischen Tagesordnung. Die USA bereiteten die innenpolitische Stimmung vor und bemühten sich ebenfalls – so weit wie möglich –,

international die nötige Atmosphäre herzustellen, mit dem Vorwand, der Irak sei im Besitz von Massenvernichtungswaffen und würde sie an die „Terroristen“ weiterleiten.

Dem fügten die USA noch ein weiteres Ziel hinzu, das sie von Zeit zu Zeit hervorheben, nämlich der Kulturkampf mit den islamischen Ländern, um durch ihn die westliche Kultur zu verbreiten, damit sie den Islam in den Köpfen der Menschen ersetzt. Die Amerikaner glaubten, dass sie damit ihre falschen Werte verbreiten und Lehrpläne ihrer Wahl festlegen können, um den Verstand zukünftiger Generationen in der Region nach ihrem Wunsch zu formen. Sie begannen vermehrt von Demokratie, Freiheit, der Stärkung der Frau und von Menschenrechten zu sprechen. Dahinter steckt die Absicht, die Besetzung des Irak als einen Weg darzustellen, diese „strahlenden“ Werte in die Region zu tragen. In diesem Kontext ist auch das Projekt des „Großen Mittleren Ostens“ zu sehen, an dem sie seit Beginn des Jahres 2004 feilen und das sie dem G8-Gipfel Mitte und der NATO-Konferenz in Istanbul Ende des kommenden Juni vorstellen wollen.

Die USA wollten den Irak zu einem Zentrum der Verbreitung westlicher Ideen in der Region machen, um eine krankhafte politische Kaste aufzubauen, als Hindernis auf dem Weg der Umma hin zu ihrem großen Islam und der Wiederaufnahme ihres islamischen Lebens durch die Errichtung des rechtgeleiteten **Kalifats**. Das **Kalifat** ist zu einem Inbegriff der Angst für den Westen und besonders für die USA geworden. Deshalb werden Pläne zur Bekämpfung des **Kalifats** und des Islam, auf dem das **Kalifat** beruht, geschmiedet, noch bevor es in der Realität etabliert ist.

Auf diese Weise haben die USA das geeignete Klima für ihre Aggression gegen den Irak hergestellt: Sie wollten die Massenvernichtungswaffen vernichten sowie die Grundlagen von Demokratie und Freiheit und die verdorbenen westlichen Werte in der Region verbreiten. Der Krieg begann am 19. März 2003, und den USA gelang die Besetzung des Irak durch die Zerstörung des offiziellen Regimes am 9. April 2003. Das Regime war angesichts seiner Entfernung von der Glaubensüberzeugung (Aqida) der Umma und von ihrer Speerspitze (dem Dschihad) ohnehin schon innerlich besiegt. Am 30. April 2003 verkündete Bush das Ende der Hauptkämpfe. Die USA glaubten durch die Beseitigung des Regimes gesiegt und Fuß gefasst zu haben. Sie wurden jedoch vom heldenhaften Widerstand der Muslime, der sich gegen die Besatzung richtete, überrascht. Es war ein harter, zäher Widerstand, dessen Kraft zuallererst die amerikanischen Feinde zu spüren bekamen. Die Vorgänge in Falludscha, Nadschaf und den übrigen irakischen Gebieten geben dies als lebendige Beispiele wider, und zwar auf eine Weise, die die Amerikaner dazu veranlasste, die Scheinübergabe der "Macht" an die Agenten ihrer zentralen Geheimdienste im Irak (CIA) zu beschleunigen, um so den auf ihnen lastenden militärischen und moralischen Druck zu reduzieren. Sie wendeten darüber hinaus jede Mühe auf, Truppen anderer Staaten zu ihrer Verstärkung in den Irak zu holen, und versuchten sogar, die NATO, wie zuvor in Afghanistan, zu involvieren. Als Termin für die formale "Machtübergabe" an ihre Agenten im Irak setzten sie die letzten Juni-Tage fest, in der Annahme, sich dadurch aus dem Dilemma, in dem sie versunken waren, zu retten.

Im Rahmen ihrer Erklärungen vor dem amerikanischen Kongress hinsichtlich der am 1. Juli 2004 stattfindenden Übergabe der Macht an die Iraker gaben hohe Verantwortliche des US-Außen- sowie des Verteidigungsministeriums bekannt, dass die neue irakische Übergangsregierung, die ihre Aufgaben erwartungsgemäß im kommenden Juli übernehmen werde, sich lediglich einer „begrenzten Souveränität“ über das Land erfreuen und keinerlei

Macht über die dort stationierten US- und Koalitionsstreitkräfte besitzen werde. In einer Anhörung vor dem Komitee der Streitkräfte im Senat erklärten der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz und der Staatssekretär im Außenministerium Mark Grossman: „Die Vereinigten Staaten handeln im Einklang mit dem Gesetz zur Staatsverwaltung während der Interimszeit, welches der irakische Regierungsrat genehmigt hat, und gemäß der Resolution des Weltsicherheitsrates vom vergangenen Oktober. Beide Gesetzgebungen übertragen die Sicherheitsverwaltung des Landes der amerikanischen Militärführung.“ Während die Prozedur der Machtübergabe an die irakische Interimsregierung als Verleihung der vollständigen Souveränität umschrieben wird, bezeichnet sie Grossman hingegen als „begrenzte Souveränität“, da sie durch "das Übergangsgesetz [...] und die UNO-Resolution eingeschränkt wird". Gemäß dem derzeitigen Plan wird der UNO-Sondergesandte Lakhdar Librahimi die Bildung einer Interimsregierung beaufsichtigen, die die Verwaltung der staatlichen Institutionen des Irak für einen Zeitraum von sechs Monaten übernehmen, den Weg für die Wahl eines nationalen Interimparlaments im Januar 2005 ebnen, eine zweite Regierung auswählen und den Entwurf einer dauerhaften Verfassung formulieren wird. Wolfowitz beschrieb die Regierung des 1. Juli als „komplett vorübergehend“, deren Aufgabe es sein wird „die Ministerien zu verwalten [...] und, was noch wichtiger ist, die Wahlen vorzubereiten“. Er fügte hinzu, dass die Regierung darüber hinaus Polizeikräfte leiten werde, „jedoch in Koordination mit dem zentralen US-Kommando, da die Situation von dieser Seite her nicht natürlich ist“. Der republikanische Senator John Warner wandte sich an den Generalstabschef Richard Myers mit der Frage: „Wir übertragen also die Souveränität, aber militärische Entscheidungen bleiben uneingeschränkt in der Hand des US-Militärkommandeurs, ist das korrekt?“ „Ja, das ist korrekt“, lautete die Antwort Myers.

Wolfowitz sagte über die Bemühungen zur Schaffung einer neuen großen Militärmacht im Irak: „Die Souveränität ist nicht etwas, was wir wiedererlangen können oder wollen. Die Sicherheit des Irak wird Teil der multinationalen Streitmacht sein, die unter US-Führung stehen wird, darunter auch irakische Streitkräfte.“

Ferner haben die USA bereits gewarnt, dass die neue irakische Regierung, die die Macht im Irak voraussichtlich am 1. Juli übernehmen wird, möglicherweise genötigt sein könnte, einige ihrer Befugnisse an die Koalitionskräfte abzutreten.

US-Außenminister Colin Powell erklärte, dass es notwendig sei, dass die Koalitionskräfte ihre Mission unter US-Führung fortsetzen.

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters sagte Powell: „Die Koalitionskräfte müssen mit ihrer Arbeit unter amerikanischer Führung fortfahren. Es mag sein, dass dies die volle Souveränität – wie sie von einigen genannt wird – überschreitet.“ Weiter hoffte Powell, dass diese Details in einem UNO-Beschluss formuliert würden.

Je näher der Termin für die "Machtübergabe" – wie sie es nennen – an die Iraker heranrückt, desto heftiger sind die Zusammenstöße zwischen der Besatzungsmacht und dem Widerstand. Während der Belagerung Falludschas entbrannten blutige Kämpfe mit den Anhängern Al-Sadrs, der Mahdi-Armee. Die Besatzungsmacht ersuchte die Islamische Partei des Irak, den Gelehrtenrat der Sunna, ebenso schiitische Seiten wie die Da'wa-Partei sowie einige schiitische Autoritäten wie Al-Sistani darum, vermittelnd einzugreifen – so auch durch

Bremer selbst –, um einen Waffenstillstand zwischen der Besatzungsmacht und den Bewohnern Falludschas sowie den Sadr-Anhängern zu erreichen. Gleichwohl beharrten die Besatzer auf ihre Bedingungen. Und trotz eines Waffenstillstands mit den Einwohnern Falludschas mobilisierte die Besatzungsmacht weiterhin ihre Streitkräfte zur Belagerung der Stadt und bestand auf die Festnahme bzw. Tötung Al-Sadrs sowie auf die Auflösung der Milizen der „Mahdi-Armee“.

Der Einmarsch der USA zur Besetzung des Irak, als Ausgangspunkt und Zugang, um ihr Projekt des "Neuen Amerikanischen Jahrhunderts" beginnen und fortsetzen zu können, erfordert von ihnen die Schaffung einer ihnen grenzenlos hörigen irakischen Übergangsregierung. Diese Vasallenregierung soll den USA umfassende Befugnisse und uneingeschränkte Konzessionen gewähren, damit das irakische Territorium zum Ausgangspunkt der Schaffung eines US-Imperiums wird und das Projekt des amerikanischen Jahrhunderts seine Vollendung findet. Dies geben die Aussagen Wolfowitz' zu verstehen, die er vor dem Kongress machte: „Die Souveränität ist nicht etwas, was wir wiedererlangen können oder wollen. Die Sicherheit des Irak wird Teil der multinationalen Streitmacht sein, die unter US-Führung stehen wird, darunter auch irakische Streitkräfte.“

Und so sind auch die Äußerungen amerikanischer Verantwortlicher zu verstehen, die sie auch vor dem Ministerrat der Übergangsregierung tätigten, dass nämlich die Vereinigten Staaten die Absicht haben, ihre Operationen im Irak auch nach der Übergabe der Regierungsmacht an die Iraker am kommenden 1. Juli fortzusetzen, und zwar durch die Unterzeichnung eines Sicherheitsabkommens mit der irakischen Seite.

Ferner verkündete General Richard Myers, der US-Generalstabschef: „Die Dauer der amerikanischen Militärpräsenz im Irak ist noch immer nicht bekannt.“

Es ist die Rede von über 130.000 Soldaten, die auf mindestens sieben dauerhaft vorhandenen Militärbasen auf irakischem Territorium stationiert werden sollen.

Die USA versuchten ihre barbarischen Aktionen gegen den Widerstand im Irak bis zur formellen Machtübergabe an ihre irakischen Agenten zu intensivieren. Dabei wurden diverse Kampfmittel eingesetzt. Doch trotz der brutalen Gewalt und der bestialischen Vorgehensweise gegen die Menschen schafften sie es weder gegen die Macht des Widerstandes anzukommen noch die nötige Sicherheit für sich selbst zu gewährleisten. Vielmehr werden ihre Soldaten von Angst und Schrecken übermannt, sobald sie ihren Panzern entsteigen. Und selbst ihre Panzer bieten ihnen weder Schutz noch Sicherheit. Falludscha – der Zwilling Dschinins – spricht dies aus und ist Zeuge dessen, trotz aller Luft- und Bodenattacken der USA gegen die Stadt.

Schließlich kamen die von den USA verübten Gräueltaten, die anhand der Foltermethoden im Gefängnis Abu Ghraib sichtbar wurden, ans Tageslicht. Selbst Tiere werden von ihren Instinkten von solchen Taten abgehalten. Doch die USA verübte sie. Sie sind wahrhaftig wie:

﴿كالأنعام بل هم أضل﴾

„wie die Tiere, ja sogar noch schlimmer“¹⁴ Und damit wurde das wahre Wesen der verfallenen Kultur Amerikas und seiner verdorbenen Werte aufgedeckt, die angeblich den Irak und die gesamte Region „befreien“ sollen.

Die US-Aggression gegen den Irak deckte auf, wie verfallen Amerika sowohl in kultureller als auch intellektueller, ja sogar in militärischer Hinsicht ist. Einige junge Gläubige, die an Anzahl und Rüstung nur wenig vorweisen können, haben das Gesicht Amerikas in den Staub gedrückt. Die Ereignisse haben enthüllt, dass die immensen Waffen, die die USA besitzen, von Feiglingen benutzt werden, die keiner Konfrontation oder mutigem Vorgehen gewachsen sind. Hätten sie nicht das gewaltige Arsenal an Waffen, ihre Feigheit wäre genauso wie der Verfall ihrer Kultur und ihrer Werte ans Tageslicht gekommen.

Aus diesem Grund wird die formelle Machtübergabe, die voraussichtlich Ende kommenden Monats erfolgen wird, sie nicht aus dem Sumpf retten, in den sie gefallen sind. Auch die Verschlagenheit John Negropontes, ihres Botschafters im Irak, der für die Zeit nach dem 30. Juni 2004 ernannt wurde, wird sie nicht retten, obwohl er als führender Mann der Politik und des Verbrechens ausgewählt wurde.

Die Wahl John Negropontes zum US-Botschafter im Irak, um Bremers Posten zu füllen, ist im Rahmen der niederträchtigen US-Pläne zu sehen, das irakische Volk zu unterjochen und sämtliche Herde des Widerstands und der Opposition auszuschalten. Negroponte, der in Honduras als US-Botschafter tätig war, hat dort genügend Erfahrung gesammelt, wie man mit Leuten umzugehen hat, die sich dem US-Willen nicht beugen wollen. So war er über das Training und die Bewaffnung des „Batallions 3-16“ genau informiert und in direkter Form darin verwickelt. Es handelte sich hierbei um die Todesschwadron in Honduras, die während der dortigen Tätigkeit Negropontes für den Tod von ca. 200 Dissidenten verantwortlich war, die sich der Benutzung Honduras' als „unsinkbaren Flugzeugträger“ im Kampf der Contra-Milizen gegen die Sandinisten in Nicaragua entgegenstellten. Negroponte zögerte nicht, vor dem Kongress unter Eid zu lügen, als es um seine komplette Mitwisserschaft bezüglich der wahren Ereignisse in Honduras und um seine Verstrickung in die „Iran-Contra-Affäre“ ging. Er gestand, für Honduras vorgesehene US-Hilfen an die Contras umgeleitet zu haben, was gegen geltendes US-Gesetz verstößt. Dieses Vergehen hätte normalerweise ausgereicht, ihn jeden hohen Amtes zu entheben. Doch seine Verbrechenakte überbot sein reales Vergehen. Ein Umstand, der ihn als Botschafter und absoluten Regenten des Irak qualifizierte.

In ihrem Versuch, jede kritische Stimme gegen Negropontes Zeit in Honduras mundtot zu machen, war die Bush-Administration nach der Nominierung Negropontes für das Amt des UNO-Botschafters darauf bedacht, eine Anzahl führender Personen aus dem „Batallion 3-16“ aus den Vereinigten Staaten zu schaffen, darunter dessen Gründer General Louis Allonso Discowa Alivera. Er bekleidete das Amt des stellvertretenden Botschafters von Honduras in Washington und deckte im Nachhinein zahlreiche Fakten über die amerikanische Unterstützung des Bataillons auf.

Das ist also der US-Botschafter, dessen Nominierung im Irak nach der formellen Machtübergabe vorgesehen ist, um in die Fußstapfen Bremers zu treten und damit faktisch zum Herrscher über den Irak und nominellen Botschafter der Vereinigten Staaten zu werden.

¹⁴ Sure Al-A'raf 7, Aya 179

Angesichts der Wahrheit um diesen Mann kann man sich nun die Gräueltaten ausmalen, die er im Irak verüben wird, sollte sich die Zukunft des Irak – Allah behüte – laut ihrem Plan gestalten.

Es ist unwahrscheinlich, dass irgendeine Änderung – sollte Kerry die im kommenden November 2004 stattfindenden Präsidentschaftswahlen gewinnen – in der US-Politik eintreten wird. In Anbetracht der politischen Fakten und Vorgaben, die sich der Welt aufgedrückt haben und es noch immer tun, wird der Sieger, was die internationale Politik betrifft, in seinen Alternativen eingeschränkt sein. John Holsman, ein Analyst des konservativen Heritage-Instituts erklärte: „Die Differenzen der beiden im Kampf gegen den Terrorismus sind weitaus kleiner als allgemein angenommen. Möglich, dass ein Unterschied in dem Grad der Härte existiert, jedoch nicht in der allgemeinen Essenz.“ Diplomatische Analysten aus dem Ausland erklären: „Obgleich es Meinungsverschiedenheiten über den Kurs gibt, so sind es die politischen Wirklichkeiten, wie die eskalierende Gewalt im Irak, die weltweit anhaltenden Anschläge der Extremisten, die begrenzten Ressourcen, die Zusammenstellung des Kongresses und die nationale öffentliche Meinung, die die Politik Bushs und Kerrys diktieren werden.“

Die Aktivitäten der derzeitigen Administration zeichnen der kommenden Administration natürlich einen eingeschränkten Weg vor. Darauf weist Steven Hays, Experte für präsidiale Politik im Brookings-Institut, hin, als er meinte: „Die Regierung und die Welt befinden sich in einem Aufzug. Man kann nicht einfach anhalten und sagen ‚Ich glaube, hier will ich aussteigen.‘“

Ein früherer Verantwortlicher in der Bush-Administration sagte in einem Gespräch mit Reuters: „Kerry könnte einen effektiveren Krieg gegen den Terrorismus führen als Bush, da er angesichts einer ausgedehnteren Gefahrenbetrachtung einen wahrscheinlich komplexeren Kurs einschlagen wird. Dabei könnte er eine Mischung aus militärischer Gewalt und ‚sanfter‘ Stärke anwenden, etwa im Aufbau einer Koalitionsmacht und dem Kampf um einen Sieg der Herzen und Köpfe.“

So viel zur Position der USA, die einen Plan zur Offensive gegen den Irak aufgestellt und Phasen festgelegt haben, um ihre Ziele im Irak zu realisieren und den Irak zu einer Basis sowie zu einer Startrampe in die übrigen Regionen auszubauen.

Um das Bild zu komplettieren, werden wir auch die europäische Position anschneiden, insbesondere jene Frankreichs, Russlands und Großbritanniens.

Die europäische und russische Position

Der französische Präsident Jacques Chirac warnte am 29. April 2004 auf einer Pressekonferenz im Élysée-Palast eindringlich davor, den Irakern symbolisch die Souveränität zu übertragen und den Sicherheitsrat – wie er es nannte – gefügig zu machen, um eine neue Resolution zu verabschieden, welche die (tatsächliche) Autorität in Händen der Koalition belässt. Diesen Zustand betrachtete er als katastrophal. Chirac erklärte: „Es ist gegenwärtig von äußerster Dringlichkeit, den Irakern die Souveränität wiederzugeben. Doch die Frage ist, wie dies vonstatten gehen soll.“ Er fügte hinzu: „Ich bin davon überzeugt, dass

es keinen möglichen Ausweg aus der derzeitigen Situation im Irak hin zu einem Wiederaufbau gibt, ohne eine tatsächliche Machtübertragung unter der wirklichen Aufsicht der UNO zu vollziehen“. Chirac sagte weiter: „Es käme einer Katastrophe gleich, würde die Lösung auf einer verschwommenen Abmachung beruhen, nur um sagen zu können: ‚Seht her, die UNO befindet sich im Irak‘, dies den internationalen Deckmantel liefert, während sich in Wahrheit nichts verändert und die Koalition weiterhin an den tatsächlichen Hebeln der Macht sitzt.“ Der französische Präsident ging noch einmal auf die Vorschläge Lakhdar Librahimis ein, den er zuvor in Paris getroffen hatte und meinte: „Diese Vorschläge werden zur Vorlage eines Resolutionsentwurfs vor dem Weltsicherheitsrat führen.“ Ebendies streben die Vereinigten Staaten an. Er fuhr dann weiter mit der Frage fort: „Ob diese Vorschläge wohl wirklich zu einem klaren und starken internationalen Beschluss führen, der vom Weltsicherheitsrat genehmigt wird, so dass er sich zur Grundlage eines politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbaus des Irak gestalten wird? Ich bin mir da nicht sicher.“ Demgegenüber rief er die Europäische Union dazu auf, die Vorschläge Librahimis mit Nachdruck zu unterstützen und „mit einer Stimme zu sprechen“. In Anbetracht der hinlänglich bekannten Differenzen unter den Mitgliedsstaaten drückte er seine Zweifel darüber aus, dass Europa dieses Ziel verwirklichen wird. Die Äußerungen des französischen Präsidenten spiegeln die Ängste Frankreichs vor dem „Verpassen“ der Chance wider, die sich im Fälligkeitsdatum vom 30. Juni verkörpert, und vor der Weigerung Washingtons, diese Gelegenheit zu nutzen, um stattdessen eine „andere Politik einzuschlagen“, wie es eine französische Quelle ausdrückte. Paris arbeitet zusammen mit Madrid und Berlin an der Herauskristallisierung einer „gemeinsamen Linie“. Vor diesem Hintergrund empfing Chirac den spanischen Ministerpräsidenten José Rodríguez Zapatero, der, aus Deutschland kommend, in Paris eintraf. Dort hatte er sich ausführlich mit Bundeskanzler Schröder über die Lage im Irak beraten.

Frankreich wünscht sich vom Sicherheitsrat die Adoption einer Resolution, die klar die Wiederherstellung der irakischen Souveränität betont und die irakische Regierung, die aus den 2005 stattfindenden Wahlen hervortreten wird, dazu befähigt, die Koalitionstruppen zum Verlassen des Landes aufzufordern.

Eine informierte französische Quelle erläuterte die Position ihres Landes bezüglich des Inhalts der neuen Resolution des Sicherheitsrates, von der angenommen wird, dass sie einen auf die Wahlen zugeschnittenen Kurs definiert. Die Quelle führte weiter aus, Frankreich erwarte sich von der Resolution die Betonung der Notwendigkeit, dass die irakische Souveränität eine „echte“ und die Machtübergabe im nächsten Juni „aufrichtig und komplett“ sein werde.

Die Quelle machte klar, dass sich Frankreich dieser Souveränität anhand „der Taten am Boden“ vergewissern wolle, besonders was die Verwaltung der Ressourcen durch die Iraker selbst betrifft. Sie fügte hinzu: „Das zweite Anliegen von Paris besteht darin, der nach dem 1. Juli gebildeten irakischen Regierung das Recht zu gewähren, die Aktivitäten der multinationalen Truppe zu überprüfen und darauf zu beharren, von einer Angliederung der irakischen Militärkräfte an die US-Streitkräfte abzusehen.“ Sie unterstrich auch die Beharrlichkeit Frankreichs, dies in der Resolution des Sicherheitsrats schriftlich zu fixieren, mit dem Hinweis, dass dies (für ihr Land eine nicht zu unterschreitende) Mindestanforderung darstelle.

Die Quelle wies darauf hin, es sei das Anliegen Frankreichs, dass einer „souveränen und rechtmäßigen“ irakischen Regierung, welche aus den Wahlen hervorgeht, das Recht zugestanden werde, die ausländischen Streitkräfte zum Verlassen bzw. Bleiben zu bitten. „Wichtig ist, dass ihr die Wahl bleibt, ihren Wunsch deutlich kundzutun.“ Weiter sagt er, Frankreich wünsche nicht, dass die neue Resolution irgendeinen Artikel beinhalte, der eine „Revision“ der Umstände nach irgendeinem Datum vorsieht, da es dem Sicherheitsrat nicht zustehe, einen Zeitpunkt für die Revision der Abzugsfrage festzulegen. Denn dies gebühre den Irakern und der Regierung, die aus den Wahlen hervorgehen wird. Er fügte hinzu: „Im Falle, dass dies Frankreich im Rahmen der neuen Resolution nicht zugesichert werden sollte, will es sich der Abstimmung enthalten, ohne vom Vetorecht Gebrauch zu machen.“

Die Quelle betonte, dass europäische Staaten wie Deutschland und Spanien die Haltung Russlands unterstützen, die ein wenig abweiche. Moskau schweben zwei Beschlüsse vor: Der erste soll die Bildung einer neuen Regierung billigen, während der zweite die Wichtigkeit hervorheben soll, den Forderungen dieser Regierung nachzukommen. Die Abstimmung über diese Forderungen soll im Sicherheitsrat erfolgen, um der Regierung die Verantwortung und einen gewissen Teil der Souveränität zu übertragen. Die Quelle erwähnte, dass Frankreich die Verabschiedung einer Resolution bevorzuge, mit der „klare Einhaltung der Wiederherstellung der Souveränität.“

Es ist offensichtlich, dass Frankreich und Russland die Lage im Irak für eine Stärkung Europas nutzen wollen, um einen Wandel in der internationalen US-Politik herbeizuführen. Ihnen sind nämlich die US-Pläne für die postirakische Ära bewusst, ebenso wie die Ambitionen der USA, die Welt in eine amerikanische Ranch zu verwandeln. Dies würde sie und die übrigen Staaten Europas für Jahrzehnte der Gnade Amerikas unterwerfen, ohne dass Frankreich und Russland die Möglichkeit hätten, international eine Rolle zu spielen, nicht einmal ihre Interessen in der Welt aufrechtzuerhalten. Daher werden sie versuchen, die symbolische Übertragung der Souveränität an den Irak, welche durch eine UNO-Resolution gebilligt werden soll und die USA zu einer jahrzehntelangen Präsenz im Irak berechtigen würde, zu verhindern. Es würde den USA erleichtern, Truppen aus anderen Staaten – arabischen wie nichtarabischen - in den Irak zu holen, um sie in die Koalitionskräfte einzubinden und damit selbst für weitere militärische Missionen in der Welt frei zu sein. Aus diesem Grund werden die europäischen Staaten ebenso wie Russland versuchen, einer Instrumentalisierung der UNO für die Interessen Amerikas im Irak vorzubeugen.

Wenngleich Europa noch einen langen Weg vor sich hat, bis es mit einer Stimme sprechen wird, worauf Chirac hingewiesen hat, als er seine Zweifel darüber äußerte, ob Europa dieses Ziel erreichen werde, so wird Frankreich über den Weg Europas versuchen, die US-Pläne im Irak zu unterminieren. Damit sollen die USA von jedem Fortschritt in ihren Plänen zur Errichtung eines amerikanischen Imperiums und der Vollendung des Projektes zum neuen amerikanischen Jahrhundert abgehalten werden, um die eigenen, französischen Interessen zu schützen. Daraus ist jedoch nicht zu verstehen, dass Frankreich bzw. Russland oder irgendein anderer Staat in der Welt das komplette Scheitern der USA herbeisehnt, so dass Amerika aus dem Irak abzieht und ihn frei von jeglichem westlichen Einfluss zurücklässt. Dies hieße, dass die Muslime im Irak ihre Souveränität wiedererlangten, ohne dass eine Bande westlicher Vasallen ihn beherrschen würde. Nein, dies würde ihren Interessen mehr schaden als eine Durchsetzung der US-Pläne. Die größte Angst des kreuzzüglerischen Europas ebenso wie jeder anderen bösen Macht auf der Welt wäre nämlich der

amerikanische Abzug aus dem Irak, ohne dass dieser unter dem Joch eines westlichen Vasallenpacks stünde. Denn Europa, das – im Gegensatz zu den USA – nahe der islamischen Welt liegt, hat den bitteren Geschmack des Krieges gegen die Muslime bereits gekostet und weiß, was eine Befreiung der Muslime aus der Schlinge des Unglaubens bedeutet, insbesondere wenn dies den Beginn der Befreiung der gesamten islamischen Welt aus der Schlinge des ungläubigen Kreuzfahrers markieren würde.

Die britische Position

Was Großbritannien betrifft, so behält es denselben Kurs bei, den es eingeschlagen hat, seitdem es die Fähigkeit verlor, durch selbst entwickelte und konstruierte Pläne, internationale Geschehnisse zu beeinflussen und zu kontrollieren. Seit dieser Zeit lässt Großbritannien die US-Lokomotive niemals ohne britische Begleitung losfahren, auch wenn es sich nur um das 2.-Klasse-Abteil handeln sollte. Großbritannien verfolgt das Ziel, seine Interessen in den Kolonien des untergegangenen Empires zu wahren, und versucht, amerikanische Pläne zu sabotieren, sobald sich eine Gelegenheit bietet. Es hat bereits im Falle des Irak diesen Versuch unternommen und tut es noch immer. Es trachtet danach, neben den USA einen Anteil – auch wenn er klein sein mag – zu erhaschen und als Teilhaber der Weltmacht im Fokus der Ereignisse zu bleiben, auch dann, wenn sich diese Teilhaberschaft nach amerikanischen Plänen richtet. Gleichzeitig lässt Großbritannien keine Gelegenheit aus, um Aufruhr gegen die USA zu stiften, so wie am Vorabend des Irakkrieges, als Großbritannien die USA dazu nötigte, den Sicherheitsrat einzuschalten, um eine Resolution zu erwirken, die ihnen eine Offensive gegen den Irak erlaubt. Dabei war den Briten aufgrund ihrer Kenntnis um die Position der im Sicherheitsrat aktiven Staaten bewusst, dass der Sicherheitsrat nicht zustimmen, die USA jedoch die Aggression notfalls auch ohne Resolution durchführen würden. So würden die USA gegen internationales Recht verstoßen, auch wenn sich die USA nicht darum scheren; den Briten würde es genügen. Und so zieht Großbritannien einerseits mit den USA mit, während es auf der anderen Seite mit Europa darin zusammentrifft, die USA in Bedrängnis zu bringen und deren Pläne zu durchkreuzen. Dies geschieht jedoch nach der eigenen Methode Großbritanniens, d. h. ohne öffentliche Konfrontation. Es richtet sich nach den USA, ohne sich jedoch von Europa zu distanzieren, ganz nach der Politik: „mit einem Bein in Amerika und mit dem anderen in Europa“.

Dies sind die prägnantesten Positionen der anderen Großmächte hinsichtlich der Irakfrage. Sie machen deutlich, dass es außerhalb ihrer Macht liegt, Amerika von seinen Plänen abzubringen bzw. diese zum Scheitern zu bringen.

Die Irakpolitik des US-Präsidenten Bush ist im Rahmen des langfristig angelegten Plans zu betrachten, der von den Strategen der US-Politik festgelegt wurde, um sich des Golfs zu bemächtigen. Die praktische Umsetzung dieser Politik leitete Ex-Präsident Nixon 1970 ein, nachdem die britische Regierung unter Premierminister Harold Wilson Anfang Januar 1968 beschlossen hatte, sich zum Ende des Jahres 1971 aus ihren Kolonialgebieten östlich des Suezkanals, darunter auch aus der Golfregion, zurückzuziehen. Nixon, ebenso wie alle seine Nachfolger, setzten von diesem Plan soviel um, wie es ihnen gemäß den gegebenen

Umständen möglich war und es im Rahmen dieses Planes stand, dessen Realisierung mehrere Jahrzehnte in Anspruch nimmt.

Die Ereignisse des 11. September 2001 lieferten Bush Junior die passende Gelegenheit zur Okkupation des Irak. Neben der Kontrolle über das irakische Öl – nachdem das Öl der meisten Golfstaaten der Kontrolle der USA unterliegt – möchten die USA den Irak nicht mehr als starken, homogenen Staat sehen. Sie wollen ihn vielmehr zerstückelt wissen, der nur schwach zusammengehalten wird, um ihn leichter kontrollieren zu können. Damit wollen sie gleichzeitig das Versprechen, welches sie den Kurden in ihrer Oppositionszeit während der Herrschaft Saddam Husseins gaben, einlösen, nämlich einen starken Stand im irakischen Kurdistan ähnlich einer Staatsstruktur zu haben. Seit dem Ersten Weltkrieg bemühen sich die USA darum, ein Staatsgebilde für die Kurden zu schaffen. Nach der Entstehung des Kurdenproblems kurz nach Ende des Ersten Weltkrieges und der Zerstückelung des osmanischen Staates plädierte US-Präsident Wilson auf der Versailler Konferenz dafür, den Kurden das Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren. Doch Großbritannien, die damalige Weltmacht, ignorierte diesen amerikanischen Wunsch und teilte die Kurdengebiete zwischen der Türkei, dem Iran, dem Irak und Syrien auf – aus damaliger Gefälligkeit gegenüber ihrem Agenten Mustafa Kemal.

Die USA hatten seit jeher die separatistisch-kurdischen Bewegungen im Norden Iraks unterstützt, trotz deren Loyalität zu Großbritannien. Denn die USA möchten die Existenz eines einheitlichen starken Staates im Irak verhindern. Dies legten sie seit ihrem Austritt aus der Isolation als ihre Strategie fest. Nachdem Abdulkarim Qasim mit ihrer Unterstützung an die Macht gelangte, boten sie ihm an, den Irak in einen dreigeteilten föderalistischen Staat zu verwandeln. Nach dem Zweiten Golfkrieg ergriffen die USA die Gelegenheit, die sich aus dem Irakembargo ergab, und festigten die vorhandenen Sicherheitszonen (Flugverbotszonen), um den Irak zu zerstückeln und um den Weg zur Schaffung eines kurdischen Staates zu ebneten. Zu diesem Zweck sorgten die USA für eine Versöhnung unter den verfeindeten kurdischen Gruppierungen und arbeitete auf die Schaffung eines kurdischen Machtgefüges hin, insbesondere auf eine Versöhnung der zwei kurdischen Hauptparteien, der Kurdischen Nationalen Union unter der Führung Talabanis und der von Barsani angeführten Demokratischen Partei Kurdistans. Die USA versuchten die Türkei für diese Idee zu gewinnen, entsandten zu diesem Zweck Kongressdelegationen dorthin. Anschließend beaufsichtigten sie den Wahlvorgang in den kurdischen Gebieten, um einen Staatsapparat und an dessen Spitze ein Parlament aufzubauen.

Graham Fowler, der ehemalige Vize-Chef des US-Geheimdienstkomitees für den Irak, sagte im August 1996: „Der Irak muss in drei Teile aufgeteilt werden [...] und die USA beharren auf ihrem Plan zur Errichtung eines kurdischen Staates.“ Richard Holbrook, Stellvertreter des Ex-Außenministers, der von seiner Regierung in die Türkei entsandt wurde, um sie von der amerikanischen Idee zu überzeugen, sagte zu Demirel, dem türkischen Staatspräsidenten, am 5. September 1995: „Die beste Lösung für den Irak ist die föderalistische Lösung“, woraufhin Demirel antwortete: „Föderalismus bedeutet Teilung, was die Türkei treffen wird.“

Was Großbritannien betrifft, so ist es entschieden gegen die Teilungsidee. So erklärte der britische Außenminister Douglas Hogg: „Unsere klare Politik in Bezug auf den Irak beruht auf der Nichtunterstützung bzw. der Hemmung jeden Versuches zur Errichtung eines

kurdischen Staates innerhalb der irakischen Staatsgrenzen. Wir glauben, dass die Aufrechterhaltung des Irak als einheitlichen Staat notwendig ist und widersetzen uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln seiner Teilung. Wir glauben, dass das Kurdenproblem im Irak durch die Schaffung eines ihnen zugeteilten Autonomiegebiets gelöst werden kann. Darin stimmen wir mit den Türken überein. Auch wenn wir mit der Saddam-Regierung im Zwist sind, so bedeutet dies nicht, dass wir die Aufteilung des Irak wünschen.“

Was die Türkei und die Nachbarstaaten betrifft, so treiben ihre Interessen sie auf die Seite der britischen Politik, die darauf abzielt, eine Teilung des Irak zu verhindern. Der Staatssekretär des türkischen Außenministeriums erklärte: „Es ist falsch, den Nordirak zum Kurdengebiet zu erklären [...], schließlich leben dort 2,3 Millionen Turkmenen.“

Die USA versuchen über Bremer und den ihnen treu ergebenen Regierungsrat im Irak, den speziellen Status der Kurden zu berücksichtigen, als Vorbereitung für die Zerstückelung des Irak in einzelne, schwache Gebilde unter der Bezeichnung Union oder Föderation. Die USA hatten den Kurden (als sie in der Zeit Saddams außerhalb des Irak in Opposition waren) eine ausgedehnte föderative Lösung zugesagt, die Kirkuk umfasst und die den Keim eines (zukünftigen) unabhängigen Staates verkörpert. Auf dieser Grundlage versuchten die Kurden nach der Beseitigung Saddams, praktische Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Versprechen in die Tat umzusetzen und Kirkuk dem noch aus der Saddam-Zeit stammenden Autonomiegebiet anzugliedern. Allerdings standen die USA nach der Okkupation des Irak bezüglich Kirkuk einem Widerstand ihrer übrigen Vasallen im Irak gegenüber. Daher begnügten sie sich mit der Stärkung der ehemals autonomen Gebiete. Sie gestanden ihnen wirksame Befugnisse zu, die in der vom Regierungsrat nach amerikanischen Wünschen festgelegten Verfassung verankert wurden. Und so geschah es auch. Paragraph 53 Absatz (a) der irakischen Verfassung, deren Architekt Bremer war und die vom US-hörigen Regierungsrat angenommen wurde, besagt Folgendes: „Die Regierung Kurdistans wird in ihrer Funktion als offizielle Regierung über die Territorien anerkannt, die von der erwähnten Regierung am 19. März 2003 verwaltet wurden.“ Mit dem in diesem Gesetz verwendeten Ausdruck „Regierung Kurdistans“ ist der Nationalrat Kurdistans, das Ministerkabinett Kurdistans und die regionale Justizbehörde der Provinz Kurdistan gemeint, mit anderen Worten, ein Staat im Staate. Paragraph 54 Absatz (b) besagt: „Was die Anwendung der föderalen Gesetze in der Provinz Kurdistan betrifft, so wird dem kurdischen Nationalrat gewährt, jedes Gesetz innerhalb der Provinz Kurdistan in der Anwendung zu modifizieren.“ Wenn das keine Abspaltung darstellt, was ist es dann?!

So sieht die Verfassung – besser gesagt das Verbrechen – aus, die unter den Gewehren der Okkupation verfasst wurde. Wenn die aufrichtigen Söhne des Irak dem nicht entgegentreten und die Verfassung zu Fall bringen, bevor es zu spät ist, so, wie sie schon einmal die Gesetze des „Al-Basiq“ zu Fall brachten, die von den Tataren eingeführt wurden, als diese Bagdad stürmten, alles niederbrannten und Millionen von Schriften aus den Schätzen islamischer Geistesbildung in den Tigris warfen – wenn sie sich nicht beeilen, die Verfassung zu Fall zu bringen, wird der Irak möglicherweise in schwache, verfeindete Zwergstaaten zerstückelt, zu einer Zuchtstätte der Verdorbenheit werden und zu einem offenen Markt für jede irregeleitete Idee und jedes unrechte und anstößige Gesetz, die aus dem Unglauben hervorgehen.

Die Muslime im Irak werden weder die Hoffnung aufgeben noch kapitulieren. Sie sind Teil einer edlen, erhabenen Umma, der islamischen Umma, die die Welt viele Jahrhunderte lang angeführt hat. Die amerikanische und britische Besatzung ist über kurz oder lang dem Untergang geweiht. Die islamische Umma, vom äußersten Osten bis in den entferntesten Westen, ist im Begriff, sich aus dem Joch des neuen amerikanischen Kolonialismus, von seinen repressiven, ungläubigen Gesetzen und seiner verbrecherischen Macht zu befreien. Mit diesen Gesetzen und dieser Herrschaftsgewalt wurde die Spaltung der Umma verfestigt, ihre Kostbarkeit preisgegeben und ihre Würde verletzt. Die Unmenschlichkeit des Kolonialismus kam in offener Brutalität durch das Abschichten der Muslime in Falludscha, Kerbela, Ba'kuba, Bagdad und Nadschaf zum Vorschein. Der Fäulnisgestank der Kultur des tyrannischen Besatzers trat mit der grauenvollen Behandlung der irakischen Gefangenen im Gefängnis von Abu Ghraib zutage, auf eine Weise, die einem das Blut in den Adern gefrieren lässt, die einen im Innersten betroffen macht und die die Zunge vor Scham zu keiner Beschreibung fähig macht. Der Gestank dieser barbarischen Kultur stieg in einer Zeit an die Oberfläche, als die amerikanischen Medien mit großem Getöse über Demokratie und die verheißene Freiheit sprachen!

Der Irak wurde seit dem Zusammenbruch des osmanischen islamischen Staates von verdorbenen und zur Verdorbenheit führenden Herrschern aus den Reihen seiner missratenen Söhne heimgesucht. Es sind Vasallenherrscher, die der ungläubige Kolonialist den Irakern aufsetzte. Seitdem die Briten während des Ersten Weltkrieges mit ihren unreinen Füßen irakischen Boden betreten haben, ächzen und leiden die Muslime unter der Gewalt dieser verräterischen, unheilvollen Knechte, diese Vasallenherrscher der Engländer und Amerikaner. Sie trieben den Irak in das Feuer der britisch-amerikanischen Interessenkonflikte in der Region. Sie verbreiteten Angst und Terror in jeden Winkel des Irak, als Ergebnis eines Machtkampfes, der unter ihren nationalistischen, kommunistischen, nasseristischen und baathistischen Gruppierungen ausbrach. Diese bittere Auseinandersetzung verwüstete das Land und verwandelte es in eine Ruine, nachdem sie dort Unheil stifteten und für unermessliches Blutvergießen sorgten. Nach dieser langen, blutigen Reise trieben sie den Irak erneut in die direkte Kolonialisierung. Das Fazit von achtzig Jahren Vasallenherrschaft ist simpel: Zerstörung, Verwüstung, Tod, Folter, Zwietracht und die anschließende erneute Rückkehr in die direkte Kolonialisierung.

So sehen Bilanz und Quintessenz aus. Diese bittere und zähe Erfahrung aus der Geschichte des Irak muss von der Umma sehr gut begriffen und deren Gefahr erkannt werden. Wir dürfen an ihr nicht vorüberziehen, als wäre nichts geschehen. Die Lektion daraus muss sich in einer vollständigen und absoluten Überzeugung vom völligen Scheitern nationalistischer, baathistischer, kommunistischer, arabistischer und nasseristischer Strömungen manifestieren. Solchen Bewegungen und Parteien, die derartige Ideen tragen, darf man kein Vertrauen entgegenbringen. Vielmehr muss man überzeugt sein, dass die Loyalität dieser Bewegungen (zu den Kolonialisten) nicht nur politischer, sondern auch intellektueller Art ist. Wann immer sich diese Überzeugung bei der Umma gebildet hat, wird sie keinen anderen Pfad zum Aufstieg mehr finden als über die Rückkehr zum Islam, dieser reinen Quelle. Es gibt keinen anderen Weg, zum richtigen Islam zurückzukehren, als den politischen, der nichts anderes bedeuten kann als die Errichtung des Islamischen Staates: den Staat des **Kalifats**. Allein dieser Staat ist fähig, die Muslime im Irak und in den übrigen islamischen Ländern von den ungläubigen Kolonialisten, den Agenten, den Ungerechten und den Heuchlern zu befreien.

Anhang

Während der Druckvorbereitungen für dieses Buch sind einige Dinge geschehen, worüber im Buch erwähnt wird, dass diesbezüglich Verhandlungen stattfinden:

1. Die sudanesishe Regierung und die Rebellen des Südens haben am Abend des 27. 5. 2004 das Abkommen von Naivasha unterzeichnet. Es besteht aus drei Rahmenverträgen, welche die Machtaufteilung zwischen der Regierung, den Rebellen und einigen anderen politischen Kräften im Bereich der Legislative und Exekutive betreffen, und zwar im Zentralgebiet, den Südgebieten, dem Gebiet südlich des Blauen Nils und den Nubabergen. Das Abkommen sieht ebenso vor, dem Gebiet von Abyi eine Autonomie zu gewähren, gefolgt von einer Volksabstimmung, die über seinen Anschluss an den Norden oder Süden entscheiden soll.
2. Am 8. 6. 2004 wurde die Sicherheitsratsresolution 1546 erlassen, die die Präsenz der amerikanischen Truppen im Irak und ihre Kontrolle des Landes „legalisiert“ und nun arabischen und nichtarabischen Staaten den Weg ebnet, sich der Besatzungsmacht im Irak unter dem Vorwand anzuschließen, dass der Sicherheitsratsbeschluss dies erlaube und die Streitkräfte im Irak künftig „multinationale Streitkräfte“ unter amerikanischer Führung heißen würden, anstatt ihres früheren (richtigen) Namens: amerikanische Besatzungskräfte.
3. Am Abend des 8. Juni trafen sich die Führer der acht großen Industrienationen (G8): USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Kanada, Japan und Russland in Seaisland gegenüber dem Staat Georgia. Ihre Zusammenkünfte zogen sich über drei Tage hin: 8 - 10. 6. 2004. Dabei wurde das Projekt des „Großen Mittleren Ostens“ vorgestellt, das seitens der USA den Konferenzteilnehmern vorgelegt wurde. Nach Anbringung einiger „Retuschen“ wurde das Projekt vom Gipfel angenommen.
4. Am Montag, den 28. 6. 2004, wurde die Regierungsmacht im Irak von Bremer offiziell an die irakische Übergangsregierung übertragen. Ihr gehören Scheich Ghazi Al-Jawer als Präsident der Republik an (symbolischer Posten) und Iyyad Illawi – CIA-Agent – als Premierminister (Exekutivposten).

Die Übergabe fand bei einem kurzen Treffen statt, ohne die große Feier, von der sie ursprünglich sprachen. Sie hatten Angst um die Teilnehmer vor dem Widerstand, trotz den verschärften Sicherheitsvorkehrungen zu Land und in der Luft. Mit anderen Worten können die obersten Herren, Bremer und seine Leute sowie die irakische Übergangsregierung, nicht einmal ihren eigenen Schutz sicherstellen, wie wollen sie ihn dann für andere gewährleisten?

Und unser letzter Bitttruf lautet: „Gepriesen sei Allah, der Herr der Welten!“

